

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Kirche und Politik

36

November 1987 / 8. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:

- Heft 30 „Mythos — cogito, ergo...“
- Heft 31 „Menschenrechte“
- Heft 32 „Wirtschaft und Unternehmer“
- Heft 33 „Wohin sind wir beraten?“
- Heft 34 „Recht und Politik“
- Heft 35 „Gesundheit und Politik“

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark

Medieninhaber: ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion:
Herwig Hösele, Ludwig Kapfer, Dr. Manfred Prisching

Hersteller: Klampfer OHG., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich:
Helmut Wolf

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

- Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER
- Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK
- Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER
- Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY
- Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL
- Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER
- Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK
- Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN
- Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER
- Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER
- Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER
- Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
- Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER
- Univ.-Doz. Dr. Wolfgang ZACH

Inhalt:

Editorial	1
Franz König Aus der Geschichte lernen	2
Erhard Busek Unterscheidung der Geister notwendiger denn je	7
Leopold Neuhold Gedanken zu Christ und Politik	9
Peter A. Ulram Wie katholisch ist Österreich? — Empirische Notizen	11
Dolores Bauer Christ sein — heute	13
Hans Pabst Kirche: Einverständnis oder Widerstand?	17
Heinz Harrich Morgen, Herr	20
Erich Kitzmüller Befreiende Christen / verdrängende Christen	21
Augustinus Vom schwierigen Umgang mit den Sünden unserer Nachbarn	24
Meine Kirche und ich — Frauen antworten! Eine Umfrage von Grete Schurz	25
Über Mündigkeit und das Schreien der Steine Ein Gastkommentar in der Kleinen Zeitung von Josef Fink	28
Hans Semmler Die politische Kirche — Hoffnung für Kirche und Gesellschaft	29
Herbert Schambeck Kirche und Politik	31
Norbert Blüm Arbeit ist Teilhabe an der Schöpfung	33
Wolfgang Kolb Quer und Kreuz	35
Gerhard Beermann „1938 — 1988. Ein Vorwort“	38
Józef Tischner Lüge in der Politik	39
Peter Härtel Wirtschaft zwischen Ethik und Sachzwang	43
cultur-politicum	46
satiricum	48
Ex libris	50
Chronik	52

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes:
„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im
Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden
Prinzipien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben
sind.

EDITORIAL

Als Vorwort stellen wir einige Thesen und Fragen voran, aufgegriffen in einer langen Diskussion in der Redaktion. In den Beiträgen dieses Heftes werden viele weitere gestellt. Zum Weiterdenken darf eingeladen werden.

„(Eine Frage ist), Wie konkret soll sich der Weltauftrag des Christen manifestieren? Die Kirche kann in jenen Fragen, die die persönliche Moral des Menschen betreffen, relativ gut formulieren. Dort, wo es um die sozialen Komponenten geht, um die eigentlich gesellschaftsprägenden Dinge, hat sie Schwierigkeiten. Wir wissen zwar, was der Katholik nicht soll, aber es fällt uns schwer, zu beschreiben, was er konkret positiv tun soll.“

„Wie weit sollen einzelne christliche Organisationen bzw. einzelne Christen politisch tätig sein? Die Antwort darauf kann lauten: Es gibt nichts, wo man nicht politisch tätig ist. Indem christliche Organisationen sind, sind sie in jedem Fall politisch. Indem Christen in einer Gesellschaft leben, sind sie in jedem Fall politisch.“

„Was man den Christen überhaupt nicht erlassen kann, ist die eigene Analyse der gesellschaftlichen Situation. Wir können aus der Bibel keine totalen Verhaltensmaximen ableiten. Christen können auf Grund von Situationserlebnissen, auf Grund ihrer ganz ehrlichen Überzeugung zu verschiedenen Ansichten kommen und jeder muß dies dem anderen zugestehen.“

„Die Kirche hat das gleiche Problem wie die übrige Welt auch, daß sie durch die Intellektualisierung alles begründen kann. Ich glaube nicht, daß für einen Christen alles möglich sein kann. Es gibt Punkte, bei denen Christen nicht mehr argumentieren können. Ein solcher Punkt ist zum Beispiel die Frage von Gewaltanwendung.“

„Uns Christen muß es eigentlich darum gehen, das Heil allen Menschen zu bringen. Was bei Christen oft gar nicht so selbstverständlich ist, ist, daß Gemeinwohl alle Menschen umfaßt und nicht nur die eigene konfessionelle Gruppe.“

„Wenn wir die Bibel anschauen, ist immer vom einzelnen Menschen die Rede, von seiner Bekehrung des Herzens. Nur löst man damit nicht die großen strukturellen Ungerechtigkeiten unserer Welt. Erst die Entwicklung von christlich-sozialen Bewegungen hat da neue Prinzipien geschaffen.“

„Unter der Voraussetzung, daß man an einen Gott glaubt, daß alle Menschen Kinder Gottes sind, hört sich alles Individualistische auf.“

„Wenn Du es überhaupt mit Gott ernst meinst, dann mußt Du Deinen Nächsten mitretten, mit ihm teilen

oder ihn miterhalten als Mensch. Das heißt, daß ich verantwortlich bin, daß niemand verhungert, daß niemand erschossen wird, daß niemand Ungerechtigkeiten ertragen muß.“

„Uns Christen wird immer vorgeworfen: ‚Ihr habt doch die Weltideale, wieso haltet Ihr Euch nicht daran?‘ Wir müssen dann zur Antwort geben: ‚Weil wir unperfekte, begrenzte Menschen sind. Das Christentum ist eine ungeheuer menschliche Religion. Denn es rechnet mit der hinkenden Mentalität des Menschen.“

„Da wird ein Erlagschein eingezahlt mit dem Kirchenbeitrag, das ist dann schon das Bekenntnis. Ganz verderben mit dem Herrgott will man es sich nicht, denn man weiß ja nicht, ob es ihn gibt, aber wenn es ihn gibt, ist es gescheiter, man zahlt! Da darf man nicht erwarten, daß das Christentum in seiner Klarheit vertreten wird.“

„Zu den Problemen, die heute in Österreich bestehen, haben wir innerkirchlich eine enorme Bandbreite von Meinungen. Ich betrachte das als eine ungeheuer spannende, herausfordernde Situation.“

„Die Institution Kirche macht jede Menge Politik. Es gibt eine ganze Reihe von Normen, die bei uns in der Kirche existieren. Wie Normen im sexuellen Bereich, die 10 Gebote usw., sodaß wir einen Normen-topf haben, in dem sich jeder das Seine sucht. Aber es gibt auch für jeden Normen, die ihm ein Stachel im Fleisch sind.“

„Der Christ hat die Verpflichtung, daß er seine Familie und seine Kinder schützt. Der christliche Staat hat dafür zu sorgen, daß nicht irgendwelche Bosnigel über seine Bürger herfallen.“

„Das Problem ist, daß wir Christen eigentlich so leben sollen, als würde alles von Gott abhängen. In Wirklichkeit muß ich aber so leben und so arbeiten und so Politik betreiben, als würde alles von mir abhängen. Und das ist ja auch diese unerträgliche Spannung.“

„Hier müssen wir festhalten: 80% der österreichischen Wähler sind Christen und im demokratischen Österreich ist die Abtreibung nicht nur erlaubt, sondern wird auch gefördert.“

„Politik macht man auch, indem man die Leute zum Nachdenken über bestimmte Themen anregt. Die Kirche müßte die Themen, die wichtig sind (Solidarität, Gerechtigkeit, Menschlichkeit) permanent ins Gespräch bringen.“

AUS DER GESCHICHTE LERNEN*

Kirche und Politik 1938—1945—1988

Da ich hier angesichts einer Konferenz der Katholischen Aktion Österreichs sprechen soll, will ich ein einige damit zusammenhängende Grundsätze erinnern.

1. Vor einigen Wochen hat der Heilige Vater bei einer Ansprache auf dem Petersplatz — wohl mit dem Blick auf die kommende Bischofssynode — auf die Notwendigkeit des Apostolates der Laien hingewiesen (er zitierte dabei wörtlich Nr. 10 aus dem Dekret für das Laienapostolat): „Die Laien haben ihren aktiven Anteil im Leben der Kirche. Innerhalb der Gemeinschaft der Kirche ist ihr Tun so notwendig, daß ohne dieses auch das Apostolat der Hirten nicht zu einer vollen Wirkung kommen kann.“ — Aus zeitgeschichtlicher Sicht meinte im gleichen Dekret ein Passus (Nr. 6): „Da sich aber in dieser unserer Zeit neue Fragen erheben und schwerste Irrtümer verbreitet werden, die die Religion, die sittliche Ordnung, ja die menschliche Gesellschaft selbst von Grund aus zu verkehren trachten, ist es dieser Heiligen Synode ein ernstes Anliegen, die Laien, jeden nach seiner Begabung und Bildung, zu ermutigen, im Geiste der Kirche noch eifriger bei der Herausarbeitung, Verteidigung und entsprechenden Anwendung der christlichen Grundsätze auf die Probleme unserer Zeit ihren Beitrag zu leisten.“

Da manchmal Unklarheit besteht in bezug auf Ziel und Ausrichtung des Laienapostolates bzw. der Katholischen Aktion, möchte ich kurz an einen Brief erinnern, den Jacques Maritain, ein Konvertit aus dem liberalen Protestantismus, Führer der katholischen Erneuerungsbeziehung in Frankreich, Professor am Institute catholique und schließlich in Princeton, im Jahre des zu Ende gehenden Konzils von 1965 an Paul VI. geschrieben hat. In diesem Schreiben geht es um seine persönliche Auffassung vom Laienapostolat. Mir scheint, daß seine Unterscheidung von zwei Richtungen auch für uns nicht ganz ohne Bedeutung ist. Nach seiner Auffassung — man spürt deutlich den französischen Background — geht es um eine Unterscheidung von zwei möglichen Formen des Laienapostolates: Nach der einen wäre KA eine Art von Hilfstuppe des Klerus. Diese gewissermaßen klerikale Auffassung legen den Nachdruck auf organisatorische Fragen. Damit — so Maritain — würde im Grunde nur ein „Ausschnitt aus dem Wirken christlicher Laien“ berücksichtigt.

Die andere Auffassung geht aus von Taufe und Firmung als Sendung der Glieder

Christi ohne spezielle Beauftragung hierzu durch die Hierarchie. In dem damit gegebenen Zeugnis und in der geistlichen Sendung gäbe es verschiedene Ebenen. Als Beispiel bringt er hierfür das Zeugnis, das sich auf der intellektuellen Ebene bekundet: er denkt an Schriftsteller, Künstler, Dichter, Musiker, Gelehrte. Er denkt an das große Zeugnis das etwa von Dante bis Pascal, von Zubaran bis Bach reicht.

In diesem Zusammenhang seien Begriffe wie „apostolische Tätigkeit“ oder „Laienapostolat“ ganz und gar nicht am Platze. Unter den Männern, die eine so tiefe Wirkung ausgeübt haben wie Chateaubriand, Baudelaire, Verlaine, Tolstoi, Dostojewski, Leon Bloy, Claudel, Bernanos, Gilbert K. Chesterton oder T. S. Eliot hatten einige Intentionen, die man als apostolisch bezeichnen kann; andere aber keineswegs. Auf alle Fälle hat sich jeder in seinem eigenen Namen gemäß seiner persönlichen Inspiration und seiner persönlichen Erfahrung geäußert, ohne daß er von der Hierarchie eine Sendung oder einen Auftrag erhalten hatte. Sie waren nicht organisiert, „dennoch hatten sie auf die Geister einen viel tieferen Einfluß und trugen viel mehr dazu bei, sie zu Christus zu führen, als manche Bataillone christlicher Stoßtrupps“. Mir scheint, daß solche Gedanken für Österreich nicht ganz neu sind, ich glaube allerdings, daß für uns das sowohl als auch gilt.

Nachdem aber auch das Konzilsdokument selber im Kapitel 3 von den verschiedenen Bereichen des Apostolates der Laien spricht, wenden wir uns jetzt wieder dem besonderen Bereich der res publica zu.

In der politischen Gemeinschaft ist es Aufgabe aller Christen — in den Spuren der KA — sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Dabei soll deutlich werden, wie Autorität und Freiheit, persönliche Initiative und solidarische Verbundenheit im Interesse des Gemeinwohles sich verbinden lassen — das heißt, notwendige Einheit mit fruchtbarer Vielfalt. Berechtigte Meinungsverschiedenheit im Bereiche der „Ordnung irdischer Dinge“ soll man daher anerkennen.

2. Eine konziliare Mahnung — wenn auch selbstverständlich — soll stets wiederholt werden: „Die politischen Parteien müssen das fördern, was ihres Erachtens nach vom Gemeinwohl gefordert wird; sie dürfen niemals Sonderinteressen über dieses Gemeinwohl stellen“ (a. O. 75).

Darauf bei gegebenem Anlaß, in sachlicher und nicht polemischer Form hinzu-

weisen, ist eine Aufgabe der KA, die noch mehr wahrgenommen werden könnte als bisher.

3. Im Anschluß an das Konzilsdokument ergibt sich noch eine weitere Orientierung: Die jungen Menschen sollen, wie alle Bürger dieses Landes, wiederholt eingeladen werden, am Leben der „politischen Gemeinschaft“, das heißt der staatlichen Gemeinschaft, aktiv teilzunehmen. — Ich lade Sie ein, den folgenden Satz — auf der Weltebene des Konzils formuliert — wieder zu bedenken und auf unser Land, das wir lieben, anzuwenden: „Wer dazu geeignet ist oder sich dazu ausbilden kann, soll sich darauf vorbereiten, den schweren, aber zugleich ehrenvollen Beruf des Politikers auszuüben und sich diesem Beruf unter Hintansetzung des eigenen Vorteiles und materiellen Gewinns widmen. Sittlich integer und klug zugleich, soll er angehen gegen alles Unrecht und jede Unterdrückung, gegen Willkürherrschaft und Intoleranz eines einzelnen oder auch einer politischen Partei. Redlich und gerecht, voll Liebe und politischem Mut soll er sich dann dem Wohle aller widmen.“

4. Gelegentlich gibt es im Bereich der Medien, bei der Berichterstattung über die Tätigkeit der Kirche in diesem Land ein Durcheinander, das heißt, ein Nichtbeachten folgender Konzilsaussagen: Ich zitiere: „Die politische, das heißt staatliche Gemeinschaft und die Kirche sind je auf ihren Gebieten voneinander unabhängig und autonom; beide aber dienen, wenn auch mit verschiedener Begründung, der persönlichen und gesellschaftlichen Berufung der gleichen Menschen... Wer sich dem Dienst am Worte Gottes weihet, muß sich der dem Evangelium eigenen Wege und Hilfsmittel bedienen, die weitgehend verschieden sind von den Hilfsmitteln der irdischen Gesellschaft“ (a. O. 76). — Solche sehr allgemein gefaßten Grundsätze bedürfen einer Diskussion, um sie am Fall Österreich etwas anschaulicher und konkreter zu machen.

Schließlich noch ein letzter Hinweis: „Die Kirche selbst bedient sich des Zeitlichen, soweit es ihre eigene Sendung erfordert; doch setzt sie ihre Hoffnung nicht auf Privilegien, die ihr von der staatlichen Autorität angeboten werden.“ Dazu meine Frage: Gilt das nur für die autoritären Regime oder ist dies auch in unserer demokratischen Ordnung zu beachten?

Das Konzil meint in diesem Zusammenhang: „Sie — die Kirche — wird sogar auf die Ausübung von legitim erworbenen

nen Rechten verzichten, wenn feststeht, daß durch deren Inanspruchnahme die Lauterkeit des Zeugnisses in Frage gestellt ist.“

Mit diesen Hinweisen auf einige Passagen aus den zitierten Konzilsdokumenten möchte ich zeigen, daß sie — wenn sie auf die Situation der Gegenwart angewandt werden — sehr aktuell sein können. Mit diesem Verweis auf grundsätzliche Orientierungen will ich aus meiner Sicht und Erfahrung zum Spannungsverhältnis zwischen Kirche und Politik in den letzten 50 Jahren Stellung nehmen.

Es gibt zwei Möglichkeiten, über die vergangenen 50 Jahre aus meiner Sicht zu sprechen: Entweder versuche ich, Ihnen meine Gedanken, Sorgen aus der Sicht der Vergangenheit und mit dem Blick auf die gegenwärtige Situation von Kirche und Staat vorzulegen. Oder ich versuche, vor allem zu berichten, wie es damals gewesen ist, wie ich die wichtigen Vorgänge in diesen vergangenen Zeitabschnitten erfahren und erlebt habe. Aus dem gegebenen Anlaß scheint es mir aber besser zu sein, die erste Möglichkeit zu wählen, das heißt, ich berichte auf Grund meiner persönlichen Erlebnisse und Erfahrung über meine Gedanken und Sorgen angesichts der heutigen Situation von Gesellschaft und Kirche.

Dazu gleich zwei Vorbemerkungen:

a) Man kann Geschichte mißverstehen oder auch mißbrauchen. Mißverstehen, indem man die Situation der Gegenwart zum Maßstab nimmt für das Verhalten anderer Personen vor 40, 50 Jahren. Zum Beispiel, warum haben katholische Christen in jener Zeit dieses oder jenes nicht getan — etwa protestieren — was man heute selbstverständlich tut. Solches heißt Geschichte mißverstehen.

b) Man kann Geschichte aber auch mißbrauchen: wenn man politisches, menschliches Fehlverhalten — menschliches Defizit — von Gruppen, Slogans als Waffe im politischen Streit und Auseinandersetzung der Gegenwart verwendet. In diesem Fall mißbraucht man Geschichte, die man nicht durch eigene Erfahrung kennengelernt hat. Das Mißverstehen der Geschichte wird man schwer verhindern können, den Mißbrauch der Geschichte soll man soweit als möglich hintanhalt.

Damit wende ich mich einer ersten Überlegung zu:

1. Wir stehen im kommenden Jahr 1988 vor einem schwierigen Gedenken: 50 Jahre seit dem sogenannten Anschluß sind vergangen. Damals wurde die österreichische Selbständigkeit wie auch der Name des Landes ausgelöscht. Die Nacht des NS-Totalitarismus senkte sich über unsere Heimat. Das Fazit vom Kriegsende 1945 war: Hunderttausende Österreicher hatten ihr Leben verloren, sei es, daß sie als Juden in der Vernichtungsmaschinerie des Rassenwahns zugrunde gingen, sei es, daß sie als Widerstandskämpfer von einer Pseudojustiz zum Tode verurteilt wurden, sei es, daß sie als

Zivilisten im Bombenhagel des totalen Krieges starben, sei es, daß sie als Soldaten in einem Krieg getötet wurden, der nicht der ihre war.

Und nun noch einige Präzisierungen, die ich den Angaben Prof. Erika Weinzierls entnehme: Der österreichische Widerstand gegen den Nationalsozialismus hat — abgesehen von den mehr als 200.000 Soldaten, die in der deutschen „Wehrmacht“ gefallen sind, abgesehen von den nach der Deportation im Osten verstorbenen, getöteten 65.459 österreichischen Juden, folgende Opfer von diesem Lande gefordert: 2.000 Österreicher wurden im Gerichtsverfahren als aktive Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt und hingerichtet, 16.493 wurden in Konzentrationslagern ermordet (davon tausende in dem bereits 1938 errichteten KZ Mauthausen, ich füge gleich hinzu: ich wußte im Jahre 1938 hier in dieser Stadt und auch im Jahre 1939 nicht sicher, daß es in Mauthausen ein Konzentrationslager gab), 9.687 wurden in Gestapo-Gefängnissen ermordet. 6.420 gingen in Zuchthäusern und Kerkern in den von der deutschen „Wehrmacht“ besetzten Ländern zugrunde. Nach den Akten haben rund 35.000 Österreicher ihr Leben im Kampf gegen den Nationalsozialismus hingegeben.

2. Der materielle und geistige Schaden von sieben Jahren NS-Herrschaft waren furchtbar. Vielleicht haben wir in Österreich nach 1945 diese Katastrophe zu wenig überdacht, weil damals alle Energien von den unmittelbaren Notwendigkeiten des Wiederaufbaus in Anspruch genommen wurden. Vielleicht auch deswegen, weil der Schock zu groß war und Vergessen das einzige Heilmittel zu sein schien. Aus eigener Erfahrung: Man hat nach 1945 nicht gern darüber gesprochen, was in den vergangenen sieben Jahren der einzelne erfahren, erlebt hat, weil es zu schwer und fast unerträglich war, darüber zu sprechen. Das ist menschlich verständlich. Aber vielleicht stehen wir deshalb mit einer gewissen Ratlosigkeit vor diesem Gedenkjahr 1988, voll von Ängsten und Befürchtungen, daß die Gespenster der Vergangenheit die Gegenwart und die Zukunft vergiften. — Oder aber auch — wie angedeutet — aus Angst, daß man versucht, die Gespenster der Vergangenheit in den Dienst der Tagespolitik zu stellen.

Viele haben Schuld auf sich geladen. Das Wort von der Kollektivschuld hat seinerzeit viele Diskussionen ausgelöst. Eine Kollektivschuld gibt es nicht, wohl aber ein Mittragen an den Belastungen und eine Solidarität im Sinne des Wiedergutmachens. Das Wort von der Kollektivschuld verführt zu einer bedenklichen Argumentation, und zwar in der Art, daß man ein ganzes Volk mit allen Angehörigen verurteilt, weil manche — vielleicht viele — persönlich schuldig wurden. Aber dennoch hat das Problem, um das es geht, auch eine positive sittliche Di-

mension. Es ist, wie gesagt, der Gedanke der Solidarität, anderen helfen, Sühne zu leisten und selber mitzutragen, damit Sühne geleistet wird. — Ein Irrtum kann durch den Sprachgebrauch entstehen: Ich entschuldige mich. Dabei wird ganz unbewußt das Verhältnis umgekehrt, denn man kann sich nicht selbst entschuldigen, die Vergebung der Schuld kann nur der andere aussprechen und mir zusichern.

Wie können wir als Christen uns verhalten, an dieses Gedenken herangehen? Wir wissen, daß Vergeben das Geschehene nicht einfach auslöschen kann. Wir wissen, daß eine Berufung auf Zeitumstände nicht alles erklären, aber auch nicht alles weißwaschen kann. Wir wissen, daß Schuld nur dann zu bewältigen ist, wenn sie einbekannt und Reue bekundet wird. Wir wissen aber auch, daß es leicht ist, Feindbilder zu zeichnen, aber schwer, Versöhnung mit allen Konsequenzen anzustreben und zu erbitten.

Wir können gewiß nicht leugnen, daß 1938 hunderttausende Österreicher Hitler zugejubelt haben, und daß daher auch viele katholische Christen sich in dieser jubelnden Menge befanden. Aus meiner eigenen Erfahrung weiß ich aber, daß damals noch mehr zu Hause saßen und weinten. Ich war in jenen Tagen Kaplan in einer kleinen Stadt, in Scheibbs in Niederösterreich, und konnte gerade das furchtbare Leid, das jene Tage über unzählige Familien brachte, erfahren. Das war die schweigende Mehrheit, die große Angst hatte, was kommt jetzt. Dazu die Masse der Unwissenden, die sicher keine Ahnung hatten, was das NS-Regime bringen wird und die sich nur eine materielle Besserstellung erhofften. Österreich hatte damals 600.000 Arbeitslose. Und viele konnten es einfach nicht glauben, was man hörte von KZ's in Deutschland und von Folterungen, die durch die NS-Organen geschahen. Erst allmählich hat sich die Wahrheit durchgesetzt. Erst allmählich wußte man, sobald Personen aus dem eigenen Bekanntenkreis verhaftet worden waren, was hier wirklich passierte, was sonst sozusagen hinter einem dichten Schirm vor sich ging.

Die Wirklichkeit ist vielschichtig und komplex und kann nicht durch eine vereinfachte Schwarz-Weiß-Zeichnung ersetzt werden. Im Rückblick müssen wir als Christen zweifellos auch ein nostra culpa sprechen für das Versagen und vor allem die Irrtümer der kirchlichen Verantwortungsträger von damals. Wir stellen heute mit Bedauern und Beschämung fest, wie stark der damalige Zeitgeist mit seiner fanatischen Überbetonung des Nationalen in das Denken auch sehr kirchlich engagierter Menschen eingedrungen war.

Dies war ein Endpunkt einer Entwicklung, deren Wurzeln tief in das 19. Jahrhundert zurückreichen. Kardinal Innitzer, der zur gelenkten Volksabstimmung im April 1938 sein Ja gesagt hatte, tat dies in der Hoffnung, für die Kirche von

Österreich Schlimmeres zu verhindern — wie Sie das heute beurteilen, ist Ihre Sache. Er hatte sich der NS-Formel Heil Hitler bedient, weil er von einer kleinen Gruppe katholischer Laien bedrängt, beschworen wurde mit dem Hinweis, wenn er das täte — diese Unterschrift und das Heil Hitler dazu — würde das ein neues Verhältnis zwischen Kirche und Nationalsozialismus mit sich bringen. Ich habe das von Frau Dr. Hildegard Holzer erfahren, die damals im Erzbischöflichen Ordinariat angestellt war und später die Gründerin des Seminars für kirchliche Frauenberufe wurde. Ich habe die Namen jener katholischen Laien schriftlich festgehalten gesehen. Das Dokument mit den sechs Unterschriften jener Männer, die den Kardinal bedrängten, nötigten, ist vorhanden. Derselbe Kardinal Innitzer war es aber, der seinen Irrtum einsah und im Oktober des gleichen Jahres in St. Stephan durch seine Predigt die Begeisterung der jungen Leute in einem Maße angefeuert hat, daß es zur ersten großen Manifestation des Widerstandes auf dem Stephansplatz kam. Es war die größte Manifestation des Widerstandes zwischen 1938 und 1945.

Kardinal Innitzer war es, der als Rektor der Wiener Universität in der Zwischenkriegszeit als einziger den jüdischen Studenten zu ihrem Recht verholfen hatte. Kardinal Innitzer war es, der als einer der wenigen Bischöfe des sogenannten Großdeutschen Reiches mit der Gründung der Erzbischöflichen Hilfsstelle für nichtarische Christen im eigenen Haus den Versuch unternahm, den von der Vernichtung bedrohten jüdischen Menschen Hilfe zu leisten. Dr. Hildegard Holzer teilte mir dazu mit: „Die Gründung der Hilfsstelle im Erzbischöflichen Palais war nicht nur ein Versuch, jüdischen Mitbürgern zu helfen. Für tausende war die dort geleistete Hilfe buchstäblich eine Lebensrettung durch die Nahrung, durch die Medikamente, durch die ärztliche Hilfe und die Vermittlung der Emigration. — In der Kirche von Wien bemühte sich um einen Brückenschlag P. Georg Bichlmaier, der von seinem Orden für diese Arbeit freigestellt wurde, dann aber von der Gestapo nach Oberschlesien verbannt wurde.“

Es gibt eine Dokumentation über die Erzbischöfliche Hilfsstelle (3. Aufl. Wien 1973, Autor P. Groppe). Ich bringe aus dieser Arbeit folgendes in Erinnerung: „Letztlich gebühren Verdienst und Dank Kardinal Innitzer ..., der wohl der einzige Bischof im gesamtdeutschen Raum war, der in seinem Palais eine Hilfsstelle für rassistisch Verfolgte einrichtete. Von Ende 1940 bis Ende des Krieges blieb sie im 2. Hof des Erzbischöflichen Palais ... sie blieb auch in seinem Haus, als die Juden den gelben Stern tragen mußten.“ Alle hatten Zutritt, jeden nahm der Kardinal mit väterlicher Liebe auf. Niemand ging ungetröstet von ihm. Gestärkt durch sein Wort und seine Güte gingen viele mit sei-

nem Segen in die Fremde, in ein dunkles Schicksal.

Viele, vor allem junge Menschen, sagen uns, das alles war viel zuwenig. Die Christen haben zugesehen, als die Synagogen brannten, die Scheiben jüdischer Geschäfte eingeschlagen wurden, als man jüdische Nachbarn im Morgengrauen abholte.

Solche vorwurfsvolle Fragen verstehe ich sehr wohl aus der heutigen Situation. Damals — ich spreche aus zwei Erfahrungen als Kaplan in Scheibbs und in St. Pölten — hatte der Terror nach ganz kurzer Zeit einen lähmenden Schrecken verbreitet. Nicht nur der einzelne stand bei geringstem Verdacht des Widerstandes vor Kerker mit Todesdrohung, sondern er wurde auch zusätzlich noch durch die Angst vor Sippenhaftung belastet. Ich würde es auch heute nicht wagen, denen, die geschwiegen haben, einfach den Vorwurf der Feigheit oder des Mitläufertums zu machen. Ich selbst war wiederholt als Kaplan in St. Pölten von der dortigen Gestapo zu Verhören geladen. Ich habe deren raffiniertes Spitzelsystem kennengelernt, mit dem ich fast täglich zu rechnen hatte. Ich war einmal einen ganzen Tag von früh bis abends zum Verhör in der Wiener Zentrale der Gestapo am Morzinplatz. Ich mußte damals — wegen meiner Seelsorge unter den Jugendlichen — mit der Verschickung in ein Konzentrationslager rechnen. Während der langen Stunden der Verhöre begann ich zu staunen über die Fülle von Informationen, die gegen mich vorlagen und die beständigen Drohungen, mit denen man dabei arbeitete. Das Risiko meiner seelsorglichen Tätigkeit wurde sehr belastet durch die Sorge um die vielen jungen Menschen, die unter Umständen durch die Verbindung mit mir in ähnliche Schwierigkeiten kommen konnten.

Ich habe von vielen aus meinen Gruppen, die eingerückt waren, Briefe bekommen. Im Mai 1945, knapp nach Beendigung des Krieges, kam die Briefträgerin, die durch Jahre hindurch auch mir die Post brachte, persönlich zu mir und sagte: „Es bedrückt mich doch sehr, ich muß Ihnen etwas mitteilen. Ich habe in den letzten vier Jahren, jeden Tag, von der Gestapo benötigt, die ganze Post, die Ihnen zugeht, der Gestapo vorlegen müssen. Ich hatte alle die Jahre hindurch — obwohl ich einen Verdacht hatte — an den Briefen nichts gemerkt, daß sie durch die Zensur gegangen waren.“

Aber die eingerückten Soldaten und ich selber, wir hatten uns natürlich immer wieder gesagt, wir müssen trachten, alles so abzufassen, daß jede dritte Person das lesen kann.“

Aus der Sicht von heute kann man mir ohne Zweifel den Vorwurf machen, ich hätte zuwenig getan. Was kann ich darauf antworten? Wohl nur schweigen. Oder ich könnte die Gegenfrage stellen: Hätten Sie den Mut gehabt, mehr zu tun?

Als katholische Christen müssen wir ein-

gestehen, daß auch kirchliche Kreise Schuld auf sich geladen haben, als sie einem religiös verbrämten Antisemitismus Raum gaben. Denn jene Geisteshaltung ablehnen und der Feindschaft gegen das Judentum oder jüdische Menschen war eine der Voraussetzungen dafür, daß die vom NS-System in Gang gesetzte Massenvernichtung der Juden auf einen so geringen Widerstand stieß. Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß viele Katholiken, mit Ausnahme einer kleinen Minderheit, das große Wort des großen Papstes Pius XI. — „geistlicher Weise sind wir alle Semiten“ nicht zu eigen gemacht haben. So stehen wir als Christen gerade hier in Österreich bis heute und vor dem schrecklichen Ereignis des Holocausts in großer Betroffenheit. Es war diese Haltung einer beschämten Betroffenheit, aus der heraus nach 1945 gerade im kirchlichen Bereich damit begonnen wurde, den Schutz des sogenannten christlichen Antisemitismus wegzuräumen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal Sie bitten, lesen Sie das Konzilsdokument „Nostra Aetate“, zwei Seiten Text über das, was das Konzil zur Beziehung zwischen Christen und Juden zu sagen hatte; ich bitte Sie, lesen Sie den Text der Wiener Diözesansynode, der in Fortsetzung der Konzilerklärung zum Verhältnis Christen/Juden Stellung genommen hat.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat ja in einer sehr noblen Weise diese Frage behandelt. Umsomehr waren viele Menschen bei uns betroffen und besorgt, daß im Zusammenhang mit politischen Auseinandersetzungen in den letzten einhalb Jahren das Thema Antisemitismus wieder aktuell geworden ist. Diese Betroffenheit konzentrierte sich nicht zuletzt darauf, mit welcher Leichtfertigkeit und mit welchem Mangel an Sensibilität die noch immer nicht vernarbte geistige und geistliche Wunde des Antisemitismus als Spielmaterial der parteipolitischen Auseinandersetzungen verwendet wurde. So stehen wir als Österreicher und als Katholiken — nochmals sei es gesagt — in beschämter Betroffenheit vor dem Phänomen, daß vier Jahrzehnte nach Auschwitz in unserem Land mit Argumenten hantiert wird, die wir mit Recht endgültig überwunden glaubten.

3. Betroffen stehen wir aber auch vor Anzeichen eines wieder aufkommenden Lagerdenkens, das über unser Land in diesem Jahrhundert schon so viel Unglück gebracht hat. Gerade auch im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Gedenkjahr 1988 werden Stimmungen und Haltungen spürbar, die in diese Richtung weisen. Die Epoche des Lagerdenkens, die Zeit, als Kirchenparteien und Parteikirchen einander in Unversöhnlichkeit gegenüberstanden, war keine glückliche für Österreich. Die Kirche unseres Landes war in das System des Lagerdenkens verstrickt. Sie hat schwer an den Folgen getragen. Sie hat aber

auch aus den eigenen Fehlern gelernt. Es muß in diesem Zusammenhang noch einmal an die große Gestalt Kardinal Innitzers erinnert werden. In seiner Ära haben die österreichischen Bischöfe 1945 einen Beschluß aus dem Jahr 1934 erneuert, die den Priestern die Annahme eines politischen Mandats untersagte. Niemals mehr sollte es so sein, daß man in einem Priester den politischen Gegner sehen kann.

Dieser Beschluß der Bischofskonferenz hat den Weg der Kirche in der 2. Republik ebenso nachdrücklich geprägt wie jenes im Jahre 1952 formulierte Bekenntnis zur „freien Kirche in einer freien Gesellschaft“, das unter dem Namen „Mariazeller Manifest“ bekannt geworden ist. In einem mutigen Schritt hat die Kirche damals unter die Erinnerungen an die Allianz von Thron und Altar, unter die Verquickung mit einer politischen Partei einen Schlußstrich gezogen. Es war zugleich eine innere Hinwendung zur Demokratie, es war eine Abrechnung mit den eigenen autoritären Versuchungen der Vergangenheit, weil man erkannt hatte, daß die Kirche nur wirklich frei sein kann, wenn die Gesellschaft frei ist.

Es liegt mir besonders am Herzen, an dieser Stelle aufmerksam zu machen, daß zehn bzw. dreizehn Jahre nach dem Mariazeller Manifest (7. 12. 1965) vom Vatikanischen Konzil im Dekret über „Kirche in der Welt von heute“ — in einem anderen Zusammenhang — die gleiche Auffassung vertreten wird über das Verhalten von einer eigenständigen Kirche in der eigenständigen Gesellschaft. Um diese Übereinstimmung deutlich zu machen, zitiere ich aus dem Kapitel „Wie die Kirche den Menschen Hilfe leisten kann“ (Nr. 41): „Die ihr eigene Sendung, die Christus der Kirche übertragen hat, bezieht sich zwar nicht auf den politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Bereich: das Ziel, das Christus ihr gesetzt hat, gehört ja der religiösen Ordnung an. Doch fließen eben aus dieser religiösen Sendung Auftrag, Licht und Kraft, um der menschlichen Gemeinschaft zu Aufbau und Festigung nach göttlichem Gesetz behilflich zu sein“. — Im Bereich dieses Konzilsthemas heißt es dann mit aller Deutlichkeit weiter: „Da sie weiterhin kraft ihrer Sendung und Natur an keine besondere Form menschlicher Kultur und an kein besonderes politisches, wirtschaftliches oder gesellschaftliches System gebunden ist, kann die Kirche kraft ihrer Universalität ein ganz enges Band zwischen den verschiedenen menschlichen Gemeinschaften und Nationen bilden ... Sie selbst (d.h., die Kirche) hat keinen dringlicheren Wunsch, als sich selbst im Dienst des Wohles aller entfalten zu können unter jeglicher Regierungsform, die die Grundrechte der Person und der Familie und die Erfordernisse anerkennt“ (vgl. Kirche und Welt, Nr. 42). Dieses letztere ist ein Hinweis auf demokratische Öffentlichkeitsordnung. Zudem kann ich auf den zu Beginn zitierten Passus verweisen und nochmals

einen Satz daraus wiederholen: „Wer sich dem Dienst am Worte Gottes weihet, muß sich der dem Evangelium eigenen Wege und Hilfsmittel bedienen, die weitgehend verschieden sind von den Hilfsmitteln der irdischen Gesellschaft“ (vgl. a. a. O., Nr. 76).

Auf dem Hintergrund des Totalitarismus in der östlichen Nachbarschaft wird eine solche grundsätzliche Orientierung besonders eindrucksvoll. — Gewiß kann man Probleme von morgen nicht einfach mit den Rezepten von gestern lösen. Aber: die Grundsätze des Mariazeller Manifests werden durch das II. Vatikanum aus dem Wandel des Alltags herausgehoben auf die Ebene der Grundsätze, die durch den steten Wandlungsprozeß in einer pluralistischen demokratischen Ordnung nicht im Wesen berührt werden. Denn jene grundsätzliche Ordnung des II. Vatikanums deutet genau in diese Richtung. Der Traum einer christlichen Gesellschaft kann Impulse geben, aber er bleibt ein Traum.

4. Damit kommen wir zu der Frage: Wie kann die Kirche in einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft „politisch handeln“? Wie können die Christen, die doch Salz der Erde sein sollen, in einer Gesellschaft wirksam werden, die weiterhin vom praktischen Materialismus beherrscht wird. — Diese Fragen haben uns, Sie und mich, während der Jahrzehnte der 2. Republik immer wieder beschäftigt, und sie beschäftigen uns weiterhin.

Die Kirche ist nicht von dieser Welt, aber sie lebt in der Welt. Jedes Handeln und Wirken in der Öffentlichkeit der Welt ist Politik. In diesem Sinne — und nur in diesem Sinne — handelt die Kirche politisch. — Die Kirche soll sich um die Seelen kümmern, sagen die einen, und sich nicht einmischen in die Sorgen der anderen. Aber Seelsorge heißt immer Sorge um den ganzen Menschen mit Leib und Seele. Der Kirche kann es nicht gleichgültig sein, wie die Welt aussieht, in der die Menschen leben. Sie kann auch nicht ihr Auge verschließen vor dem Elend der Welt, dem Hunger, dem Haß, dem Krieg, der Ausbeutung in vielfältiger Form. In diesem Bereich muß sich die Kirche engagieren auch in der Öffentlichkeit; sie muß politisch handeln. Sie muß politisch handeln, aber sie darf nicht politisieren. Das politische Freund-Feind-Verhältnis kommt für die Kirche nicht in Frage, weil sie grundsätzlich für alle Menschen da sein muß.

In der 2. Republik hat die Kirche in Österreich diese Offenheit für alle Menschen zu ihrem Grundsatz gemacht. Sie hat damit — so scheint mir — mehr Zugang zu allen Menschen in diesem Land gefunden, unabhängig von deren politischer Überzeugung. In einer langsamen Entwicklung — mit wiederholten Rückschlägen — wurde die geschichtlich bedingte Frontstellung zwischen Kirche und Sozialdemokratie, aber auch zwischen Kirche und Liberalismus einiger

maßen überwunden. Diese Frontstellung hat zunächst ungezählte Menschen in Österreich, die im Grunde des Herzens den Glauben an Christus nie aufgegeben hatten, von der Kirche ferngehalten. Ebenso hat diese Frontstellung der Kirche und ihren Seelsorgern den Zugang zu vielen Menschen verbarrikadiert.

Die Überwindung einer solchen Frontstellung geschah im Zeichen des Dialogs, wie er durch das II. Vatikanum und Paul VI. als neue Wegmarke deutlich gemacht wurde. Dialog bedeutet Brückenbau, bedeutet nicht, die eigenen Grundsätze oder Glaubensüberzeugungen aufzugeben, ein Christentum zu reduzierten Preisen anzubieten. Ganz im Gegenteil: Die Brücke zum anderen kann nur halten, wenn sie auf dem festen Pfeiler der eigenen Überzeugung aufruht. Die Kirche kann keine Arrangements treffen, dort wo die natürliche und übernatürliche Bestimmung des Menschen auf dem Spiel steht. Die Kirche kann nicht nach Belieben entscheiden, denn sie ist an das Gesetz und an die Botschaft des Evangeliums gebunden.

Die Entflechtung zwischen Kirche und Parteipolitik bzw. Mitarbeit der Kirche in der Parteipolitik, die Überwindung der traditionellen Frontstellung zwischen Kirche und Sozialdemokratie hat nicht dazu geführt, daß alle Sozialdemokraten treue Kirchengänger wurden, wie naive Befürworter und Gegner dieses Prozesses jeweils kritisch feststellten. Der Prozeß der Säkularisierung hat auch in Österreich nicht halt gemacht, aber die neue Entwicklung im Verhältnis zwischen Kirche und Sozialdemokratie hat eines gebracht: Kein Mensch muß sich in Österreich aus politischen Gründen von der Kirche fernhalten oder meinen, sich fernhalten zu müssen.

Diese Entwicklung halte ich nicht für umkehrbar. Aber eine solche Entwicklung ist auch von Mißverständnissen begleitet. Auch dazu könnte ich Ihnen aus persönlicher Erfahrung vieles erzählen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang das mißverständliche Wort der sogenannten Äquidistanz der Kirche zu den Parteien anführen. Dieser Ausdruck hat viel Schaden angerichtet. Der Begriff stammt aus der politischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland; kein österreichischer Bischof hat dieses Wort jemals gebraucht. Die österreichischen Bischöfe sind vielmehr davon ausgegangen, daß es die Parteien selbst sind, die durch ihre Programme, ihre Praxis und die Auswahl ihrer handelnden Personen Nähe oder Ferne zur Kirche bestimmen. Es ist — um ein anderes Mißverständnis zu erwähnen — vielleicht zu wenig deutlich gesagt worden, daß die Entflechtung von Kirche und Parteipolitik in keiner Weise einen Rückzug des einzelnen Christen aus der Politik bedeuten soll. Ganz im Gegenteil: Die engagierten katholischen Laien sollen in die Parteipolitik, in die Gewerkschaften, in die Verbände, in die Kommunalpolitik gehen, um dort als Christen eine Politik zu betreiben, die

sich am Evangelium orientiert. Ohne dieses Engagement von — möglichst vielen — einzelnen Christen bleibt das politische Handeln der Kirche blaß und unverbindlich. Die Kirche muß sich in der politischen Diskussion zurückhalten, sie muß sich auf Grundsatzfragen, auf ethische Grundlinien beschränken, da allerdings wird sie reden müssen, sei es gelegen oder ungelegen.

Eine solche Beschränkung auf Grundsatzfragen hat nichts mit Taktik zu tun. Es ist vielmehr notwendig, weil ja die Bischöfe nicht Fachleute sind, um ethische Grundsätze in Gesetzestexte umzugießen oder in wirtschaftliche Rezepte müssen sie sich und sollen sie sich auf kompetente Laien verlassen, die aufgrund ihres Sachverständnisses das tun, was sie als Christen tun sollen und tun möchten. Sie dürfen sich aber dabei nicht immer auf die Kirche und auf die Gesamtheit des katholischen Volkes berufen.

Christen können politisch verschiedener Meinung sein. Sie können ihrer christlichen Überzeugung in verschiedenen politischen Gruppierungen Ausdruck geben. Freilich geht es dabei um drei Voraussetzungen:

a) Die Einheit im Notwendigen muß gewahrt bleiben. Das betrifft die gemeinsamen Überzeugungen im Bereich von Glaube und Sitte, die Treue zum Lehramt.

b) Der Stil der Auseinandersetzungen zwischen Christen, die in verschiedenen politischen Gruppierungen tätig sind, muß — so schwer das in der Praxis ist — etwas davon ahnen lassen, daß sie beide demselben Volk Gottes angehören.

c) Für Christen, die sich in der Politik engagieren, muß die Kirche „die erste Liebe“ bleiben. Die Parteilaisson darf nicht über den Verpflichtungen gegenüber der christlichen Gemeinschaft stehen.

Leider hat sich in vielen Kreisen die Meinung verfestigt, daß die Beschäftigung mit Politik eines Katholiken unwürdig sei. Er soll dort nicht anstreifen. Ich glaube, daß es in dieser Stunde der Entwicklung der 2. Republik notwendiger denn je ist, aus dem elfenbeinernen Turm

der politischen Isolierung herauszutreten.

5. Zum Schluß noch ein Wort zu einer offenen Wunde in der Geschichte der 2. Republik: Es ist dies die sogenannte Fristenlösung, 1974 mit den Stimmen der Sozialisten allein durchgesetzt.

Diese parlamentarische Lösung von damals ist aus zwei Gründen schmerzlich: a) Wenn einmal in einer staatlichen Rechtsordnung der Grundsatz gefallen ist, daß kein Mensch das Recht besitzt, über das Leben eines anderen Menschen zu verfügen, dann schützt uns nichts vor der totalen Manipulation des Menschen. In einem solchen Fall ist der Mensch nur Material, das nach einem Nützlichkeitswert bzw. nach der politischen Opportunität bemessen wird. Insofern sehe ich heute die Durchlöcherung des Lebensschutzes durch die sogenannte Fristenlösung mehr denn je als einen Dammbruch an. Dem ist umso mehr so, als wir vor noch unbekannten wissenschaftlich-technischen Entwicklungen stehen. In der damit verbundenen Auseinandersetzung geht es der Kirche, wie Sie wissen, nicht um Paragraphen, nicht um Strafe für verzweifelte Frauen, sondern darum, den Dammbruch hintanzuhalten. Die katholische Kirche, aber in einem weiteren Sinn die katholische Christenheit dieses Landes, hat an das Gewissen appelliert — sie tut es auch weiterhin — weil sie die Menschen und nicht nur die Katholiken darauf aufmerksam machen will, was auf dem Spiel steht. Sie tut das, weil der Schutz des menschlichen Lebens kein konfessionelles Sonderanliegen, sondern ein Imperativ der Menschlichkeit ist. Umso größer ist die Enttäuschung über die feindliche Kampagne gegen das von der Kirche unterstützte Volksbegehren zum Schutz des Lebens im Jahre 1975. Enttäuschend war auch die Oberflächlichkeit der von der Mehrheit diktierten parlamentarischen Behandlung angesichts des damaligen Volksbegehrens zum Schutz des Lebens, das eines der eindrucksvollsten in der Geschichte der 2. Republik war.

Enttäuschend sind auch die positiven „flankierenden Maßnahmen“ zur Fri-

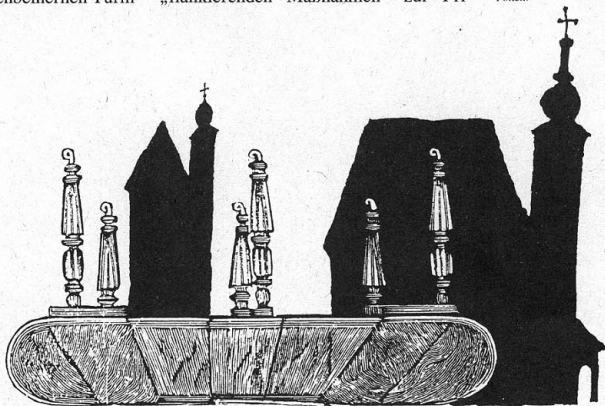
stenlösung im staatlichen Bereich, die zum größten Teil bis heute nicht eingelöst sind. Die Kirche und die Katholiken hingegen haben ein relativ dichtes Netz von Hilfsstellen geschaffen, um Schwangeren in materieller oder seelischer Not direkt und unbürokratisch Hilfe zu leisten. Der Druck auf die Frauen ist durch die Einführung der Fristenregelung nicht geringer geworden — er geht nur in eine andere Richtung als früher.

Mit der parlamentarischen Fristenlösung wurde in aller Öffentlichkeit signalisiert, daß jene gemeinsame Wertbasis zerbrochen ist, die den Wiederaufbau seinerzeit ermöglicht hatte und die das pluralistische Gemeinwesen der 2. Republik so wohlwollend vom Kampf aller gegen alle in der 1. Republik abhob. Diese Wertbasis war etwas wie eine breite Plattform, auf der sich Christen und innerweltliche Humanisten treffen konnten.

Ich frage mich, ob heute, angesichts neuer Herausforderungen im gemeinsamen Ringen eine gemeinsame Wertbasis wieder sichtbar zu machen ist. Für die Zukunft unserer Gesellschaft ist es lebenswichtig, daß wir angesichts des Zerfalls ethischer Grundsätze und Werte nicht in Gleichgültigkeit und Stumpfheit versinken. Zur Zeit sehe ich kaum Anzeichen in dieser Richtung. Ich habe eher den Eindruck, daß so etwas wie eine neue Unduldsamkeit gegenüber der Kirche in unserem Kulturbetrieb und unserer Publizistik wieder Mode wird. Über diesen Kreis hinaus appelliere ich an alle Menschen guten Willens, nach neuen Lösungen zu suchen, nach neuen Modellen für eine Gesellschaft, die dem Menschen mehr Lebensinn, Würde und Freiheit bietet.

Wer die Geschichte vergessen will, ist dazu verurteilt, sie noch einmal zu durchleiden — sagt ein Historiker. Aus diesem Grund wollen wir mit offenen Augen Schatten- und Lichtseiten unserer Vergangenheit in den letzten 50 Jahren schauen, um darauf für unsere Zeit und unsere gemeinsame Zukunft zu lernen.

* Referat von Kardinal Dr. Franz König bei der Herbstkonferenz der Katholischen Aktion Österreichs am 27. September 1987 in St. Pölten.



UNTERSCHIEDUNG DER GEISTER NOTWENDIGER DENN JE*

Kirche und Politik brauchen ein ordentliches Verhältnis

Wahlkampfzeiten bringen es mit sich, daß mit plumpen Anbiederungen und Vereinnahmungen zwischen Parteien und Bevölkerungsgruppen nicht gerade zimperlich umgegangen wird. Sie gehören zum üblichen Mobilisierungsrummel; was und wem sie nützen, bleibt dahingestellt.

Es gibt jedoch darunter auch Anbiederungen, Vereinnahmungen oder Wahlempfehlungen, die dem politischen und geistigen Gesamtklima großen Schaden zufügen können und daher von vornherein ausgeschlossen werden sollten, weil sie unangenehme Reminiszenzen wachrufen könnten: Kunst kann nicht Partei-Kunst sein, Wissenschaft nicht Partei-Wissenschaft, Religion nicht Partei-Religion.

Es ist daher nicht egal, wen eine Partei vereinnahmt und von wem sie sich dem Wähler empfehlen läßt; es können sogar die ehrenwertesten Institutionen und Personen sein, die durch plötzlich zur Schau gestellte Parteilichkeit dem Ansehen der Demokratie (und ihrem eigenen) durch den dabei aufkommenden Verdacht gegenseitiger Abhängigkeiten nur schaden können.

Als Parteiboss der Wiener Volkspartei, als bewußter Österreicher der Zweiten Republik und als Katholik möchte ich klarstellen, daß ich es mit allem Nachdruck begrüße, daß die Zeit offizieller oder versteckter Wahlempfehlungen der Katholischen Kirche und ihrer Gliederungen endgültig vorbei ist.

Ich betone das umso nachdrücklicher, als auf Grund allzu simpler Gedankengänge vereinzelt immer wieder solche Erwartungen entstehen, die nur enttäuscht werden können.

Vor zwanzig Jahren erteilte der damalige Generalsekretär und Klubobmann der ÖVP, Dr. Hermann Withalm, allen historischen Formen des Politischen Katholizismus in Österreich eine eindeutige Absage. Auch diese Absage war nur die deutliche Ratifizierung jener Haltung, die spätestens seit dem „Mariazeller Manifest“ 1952 erklärter Standpunkt der Kirche und auch offizieller Standpunkt der ÖVP war. 1976, am Höhepunkt der Ära Kreisky und nach dem verlorenen Kampf gegen die „Fristenlösung“, fragte Weihbischof Krätzl in einem Referat auf einer Studientagung der Katholischen Aktion, ob „zwischen Kirche und ÖVP ein gestörtes Verhältnis“ bestehe. Das Referat wirbelte einige Emotionen und

auch Staub auf, zeigte aber wiederum deutlich, daß es für die einmal eingenommenen distanzierten Positionen von ÖVP und Kirche keine Alternative gibt. In der Tat würde ein „politischer Katholizismus“ (ob schwarz, rot oder grün) einerseits die Kirche in der Erfüllung ihres Auftrages hindern und andererseits die autonome programmatische Selbstbestimmung der Partei unterlaufen. Im übrigen sei daran erinnert, daß das für die Ära König immer verwendete Schlagwort von der „Äquidistanz“ der Kirche zu den Parteien vom Wiener Kardinal gerade umgekehrt gebraucht wurde: König hat selbst deutlich ausgesprochen, daß die Kirche **nicht** äquidistant zu den Parteien sei, sondern daß es an der autonomen Politik und Programmatik der Parteien selbst liege, ihre Distanz zur Kirche festzulegen. Die Parteien haben daher zu den kultur- und bildungspolitischen, rechts-, sozial-, wirtschaftspolitischen Positionen der Kirche durchaus verschiedene Distanzen. Wichtig dabei ist, daß die Kirche selbst die Gabe der „Unterscheidung der Geister“ pflegt und sich naiver Anbiederung und Vereinnahmung entzieht. Ich meine daher, daß es in diesem Fragenkomplex grundsätzlich keine andere Antwort geben kann als die bisherige, die ich seitens der ÖVP so zusammenfassen möchte:

● Die ÖVP bekennt sich programmatisch zu einem christlichen Menschenbild und Weltbild. Der Mensch ist für sie Geschöpf und Ebenbild Gottes, und daher in seiner Würde unantastbar und unverfügbar.

● Für die ÖVP ist das Christentum nicht nur irgendeine Sozialethik, sondern eben eine Religion. Als Religion muß das Christentum mit seiner Frohbotschaft für alle da sein, daher darf keine Partei die Kirche für sich vereinnahmen und die Kirche keine Partei.

● Wenn sich die ÖVP daher in Staat und Gesellschaft für christliche Wertvorstellungen einsetzt, dann macht sie das aus eigener Überzeugung und autonomem Entschluß, mit der Kirche oder ohne die Kirche. Sie kann dafür keine „Gegenleistung“ erwarten. Sie tritt für diese Werte ja nicht um der Institution Kirche willen ein, sondern um der Sache willen, von der sie als Partei überzeugt ist.

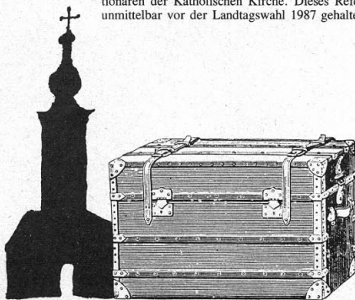
● Es kann also zwischen

der Kirche und der ÖVP kein „do ut des“ geben, auch keine Einladung, „ein Stück Weges miteinander zu gehen“. Die ÖVP muß den Weg ihrer programmatischen Selbstverpflichtung gehen, wobei sich Koinzidenzen und Distanzen zu kirchlichen Positionen ergeben werden.

Das ist nach wie vor der offizielle und programmatisch festgeschriebene Standpunkt der ÖVP. Er ist vor allem von den bewußten Christen in der ÖVP durchgesetzt und aufrecht erhalten worden — gegen alle Rückfallserscheinungen in einen unzeitgemäßen politischen Katholizismus und gegen alle Versuchungen, sich als weltlicher Arm der Kirche aufzuspielen und diese selbst in die Sakristei zu verweisen, damit der Weltauftrag der Kirche auf eine kleinliche Sittenwächter-Rolle reduziert wäre.

Die ÖVP tritt für ein freies Wirken der Kirchen in einem freien Staat ein — Österreich braucht es auch heute mehr denn je. Sie ist nicht interessiert an einem militanten Kulturkampf fundamentalistischer Minoritäten, deren intransigentes Eiferertum nur kontraproduktive Wirkungen für die berechtigten Anliegen der Kirche zeitigen würde. Die Kirche hat eine Frohe Botschaft an alle Menschen zu verkünden; sie muß daher offen sein für alle. Jedes Bündnis mit einer politischen Gruppierung würde die Kirche nur in unnötige Frontstellungen zu konkurrierenden politischen Gruppen bringen und sie daran hindern, ihren Auftrag zu erfüllen. Wer an christlichen Werten in der Gesellschaft, wer an der Kirche als öffentliches Gewissen interessiert ist, vereinnahmt Kirche und Christen nicht. Die Kirche wieder tut gut daran, sich nicht als Behüschung oder für ein finanziell noch so gut dotiertes Foto herzugeben — sie muß frei werden können — „sei es gelegen oder unlegen“.

*Auszüge eines Referates von Dr. Erhard Busek vor Funktionen der Katholischen Kirche. Dieses Referat wurde unmittelbar vor der Landtagswahl 1987 gehalten.



Wenn ich einem Armen ein Stück Brot gebe, dann hält man mich für einen Heiligen;
wenn ich aber den Armen und dem verarmten Volk zeige,
warum sie kein Brot haben, dann werde ich als Kommunist betrachtet.
(Dom Helder Camara, früherer Erzbischof von Recife, Brasilien)



GEDANKEN ZU CHRIST UND POLITIK

Begriffserklärungen und Vorfragen

Politik soll in unserem Zusammenhang im Anschluß an J. Messner als Kampf um die rechte Ordnung mit den Mitteln der Macht verstanden werden. Unter Demokratie wollen wir die „größtmögliche Beteiligung der Glieder eines Sozialgebildes an der Findung und Durchsetzung des Gemeinschaftswillens unter institutioneller Garantie“ (V. Zsifkovits) verstehen. Als Staatsbürger muß sich auch der Christ innerhalb des demokratischen Systems an der Suche nach der rechten Ordnung beteiligen und von seinem spezifischen Hintergrund her Elemente der rechten Ordnung einzubringen versuchen. Dabei sieht sich der Christ zwei heute verbreiteten Extremen gegenüber: — dem totalen Rückzug aus der Politik mit der Beschränkung des Christentums auf den religiösen Bereich;

— der Identsetzung von Christentum und Politik in der Form, daß die Politik als die höchste Form der christlich verstandenen Nächstenliebe begriffen und ein unmittelbarer Bezug von Mystik und Politik hergestellt wird, der die Bezogenheit der beiden Elemente in totalitäre Identität umdeutet.

Wie so oft dürfte die Wahrheit zwischen diesen Extremen liegen: Im Ernstnehmen des Wortes „Ihr seid das Licht der Welt“ auch das politische Leben mitzugestalten, ohne dabei ein endgültiges Konzept für Politik anbieten zu wollen — auch nicht zu können.

Einige Gedanken zur Politik heute

Will man einige Gedanken zum Verhältnis der Christen zur Politik äußern, hat man sich zu fragen, wie sich dem Menschen von heute die Politik darstellt. Hier soll nur auf einige Aspekte Bezug genommen werden. Wenn dies meist negative Punkte sind, so nicht deswegen, weil alles an der Politik negativ wäre, sondern in der Absicht, einige Felder aufzuzeigen, wo der Christ aus seiner Berufung heraus wirksam werden müßte, nicht zuletzt deswegen, weil diese Felder oft brach liegen bleiben.

Ein wichtiger Punkt in Bezug auf Politik ist die Tatsache, daß uns die Politik durch Medien vermittelt wird. Diese Vermittlung prägt das Bild von der Politik wesentlich mit. Politik stellt sich uns in den meisten Fällen nicht dar, wie sie ist, sondern so, wie sie von den Medien gestaltet wird. Dazu kommt noch die weitverbreitete Annahme, daß nur das in Wirklichkeit existiert, was im Fernsehen gezeigt wird. Deswegen müssen eigene „Medienereignisse“ aufgebaut werden (Pressestunden, Wahlkampfkationen),

um sein Imponiergehabe spielen zu lassen. Dies prägt natürlich unsere Anschauung von Politik.

Vereinfachend seien nun einige Punkte eines solchen Bildes von Politik angeführt:

1. Die durch die Medien vermittelte Politik ist am Ungewöhnlichen und Anormalen orientiert. Das Gewohnte ist nicht gefragt, außer es ist so selten geworden, daß es schon wieder außergewöhnlich geworden ist. Politik stellt sich so gesehen als etwas Außergewöhnliches dar, das vom „normalen“ Staatsbürger weit abgehoben ist, das er, wenn die richtigen Garnierungen vorhanden sind, interessiert betrachtet, aber bei dem er schwer auf den Gedanken kommt, mitzutun.

2. Neben der Orientierung am Außergewöhnlichen ist eine Orientierung am Unwesentlichen, das dann zum Wesentlichen stilisiert wird, festzustellen. Ob ein Präsident seinen Scheitel links oder rechts trägt, dürfte recht unwichtig sein, es kann aber von den Medien zu einem wichtigen Problem emporstilisiert werden. Die Imageaufbesserung bzw. -zerstörung von Politikern geschieht zuweilen durch Vernachlässigung der wichtigen politischen Inhalte.

3. Die mediale Wirklichkeitsvermittlung führt zur Personalisierung der Politik. Der starke Mann, die Skandale um einen Politiker, die ausgeschlachteten Schwächen eines am Boden Liegenden lassen sich besser vermarkten als politische Inhalte, die auf den ersten Blick langweiliger, dazu noch schwerer aufzubereiten sind. Diese Personalisierung von Politik kann dazu führen, daß es als hochpolitischer Akt betrachtet wird, im Abstand von 3 Taktstreichen mit einem Politiker in einem Saal gesessen zu sein; eine Steigerung des Hochgefühls besteht darin, einem Politiker die Hand gereicht oder sich an einem in Ungnade gefallenen Politiker die Schuhe abgeputzt zu haben. Solche Politik kann kaum als zu gestaltende Aufgabe begriffen, eher schon mit „Raunzen und Handaufhalten“, nach A. Grinschgl „the Austrian way of life“, in Verbindung gebracht werden.

Das Bild des Politiklers, der für alles eine Lösung weiß und an den man sich vertrauensvoll mit seinen Bitten — vor allem in der Vorwahlzeit — wenden kann, geht Hand in Hand mit den Ohnmachtsgefühlen der Bürger, die sich dann unter dem Motto „Du kannst nichts machen“ lieber dem Politiker, wie er in den Medien vorgestellt wird, anvertrauen, als ihre Ohnmachtsgefühle öffentlich zu dokumentieren oder zu versuchen, aus der — oft nur scheinbaren — Ohnmacht auszubrechen. 4. Politik wird heute auch infolge ihres Mediencharakters nach „Aufmerksamkeitsregeln“ (J. Habermas) betrieben;

das Anschneiden von Themen und Hinlenken der Aufmerksamkeit auf diese ersetzen das Interesse an Entscheidungen (wen interessiert schon, wie bei AKH, WBO usw. entschieden worden ist, das Ergötzen und Erschauern an diesen Themen war ja des Guten genug!). Wichtig ist es, Themen aufs Tapet zu bringen, damit Aufmerksamkeit zu wecken, wenn dies mit dem einen Thema nicht mehr möglich ist, ein neues zu bringen, ungeachtet darauf, wie die erste Sache entschieden worden ist. Dies läßt Wellen und Wenden an uns herankommen, denen zu folgen uns zu — hoffentlich gut geölten — Ventilatoren umfunktionieren würde. Angesichts solcher Entwicklungen ist die Konzentration auf sich schnell ändernde Meinungen das Gegebene. Dazu muß man seine Grundsätze so offen formulieren, um sie dem jeweiligen Publikumsgeschmack nahtlos anpassen zu können. Die „Herrschaft der Meinung“ (E. Traugott) ersetzt die Leitung durch Grundsätze. Dies entspricht dem „außen geleiteten“ Menschen, der sich mittels eines Radarsystems, das die Impulse von außen aufnimmt, orientiert, und nicht wie der „innen geleitete“ Mensch einem Kreiselkompaß, der immer die richtige Richtung anzeigt, folgt (D. Riesman).

5. Die Konzentration auf das Aufmerksamkeits Erregende geht oft Hand in Hand mit einer einseitigen Orientierung am Partikulären. Einzelne und Gruppen, die die Fähigkeit entwickeln, die Öffentlichkeit durch Medien in einer Weise zu dominieren, daß ihre Teilmeinung als Gesamtmeinung erscheint, weil die Mehrheit angesichts der medialen Übermacht schweigt, bewirken eine Zersplitterung der Politik dahingehend, daß das Gemeinsame zugunsten stets virulenter Einzelinteressen vergessen wird. An einem Beispiel gezeigt: So wichtig Bürgerinitiativen für eine funktionierende Demokratie sind, sie können, wenn sie nur auf das eigene Anliegen konzentriert bleiben, übergeordnete Planungen verunmöglichen und ein Anspruchsdenken in Richtung „negativen Florianiprinzip“ in Bewegung setzen unter dem Motto: „Verschone uns're Häuser, zünd' und're dafür an“, oder „Verzicht auf jegliche Autobahn, außer auf die nur für mich zu befahrende zu meiner Haustür“.

6. In der medialen Wirklichkeit scheint die Lösung auf einen Schlag zu dominieren. Nicht die Prozeßhaftigkeit des politischen Geschehens steht im Mittelpunkt, nicht die vielen kleinen, unspektakulären Schritte, sondern die pompöse — wenn auch oft nur für die Medien als solche deklarierte — Lösung. Die Eröffnung einer nicht funktionierenden Entsorgungsanlage läßt sich besser als die Lösung des Müllproblems verkaufen, als die vielen

kleinen Schritte, die etwa zur Müllverringerung und Müllentsorgung gesetzt werden müssen. Die Entsorgungsanlage, die ein, wenn auch wichtiges, Mittel für den ganzen Prozeß ist, wird verkürzt für den ganzen Prozeß gezeigt, und so ergibt sich das Bild einer perfekten Lösung durch einen partikulären Schritt. Dies kann die notwendige Eigeninitiative lähmen, weil die Lösung scheinbar schon geschafft ist.

7. Die Medien vermitteln uns einen Schein von Informiertheit, oft nicht wirkliche Information. Trotz mehrmaliger Wiederholung bleiben die Informationen über Politik in der „Zeit im Bild“ oft uns nicht betreffende, weil für unser politisches Wirken nicht ausschlaggebende Informationen. Politik wird so zum gerne gesehenen und bei entsprechender Garnierung mit Sex und Crime auch reich akklamierten Zuseherport. Wir wissen, wie ein Konflikt zwischen den USA und der UdSSR beizulegen wäre, wie in einer Angelegenheit des Wegbaues etwa die widersprechenden Interessen abzugleichen sind, darüber sagt das Fernsehen uns nichts, deswegen wissen wir es auch nicht.

Aufgaben für den Christen

Aus den kurzen, sehr unvollständigen Anmerkungen über die durch Medien vermittelte Politik ergeben sich aus dem Sinnverständnis des Christentums heraus viele Aufgaben. Einige seien angeführt.

1. Angesichts des partikularistischen, am Anspruchsdenken orientierten Verständnisses von Politik gilt es, das Gemeinwohl ins Bewußtsein zu rufen. Nur auf sich bezogenes, kurzfristig rationales Handeln kann zu Auswirkungen führen, wie sie mit der sozialen Falle der „Tragödie der Allmende“ so beschrieben werden können: Die Bauern eines Dorfes treiben ihre Kühe auf die eigenen Weiden, sie haben aber auch die Möglichkeit, einige Kühe auf der Gemeindefläche, die allen gehört, grasen zu lassen. Für jeden ist es ein Vorteil, wenn er eine Kuh zusätzlich auf die Gemeindefläche treibt, und dieser Vorteil wird umso größer, je mehr Kühe er auf die gemeinsame Wiese, die Allmende, bringt. Die eigenen Wiesen werden geschont, der Ertrag ist höher. Nun denken aber alle so. Dadurch wird die Gemeindefläche überbevölkert, die Kühe geben wegen Futtermangels keine Milch mehr, die Weide wird zertrampelt, die Grasnarbe wird abgefressen, daß überhaupt nichts mehr wächst. Was ursprünglich ein Vorteil für alle war, hat sich zum Nachteil für alle entwickelt. Keiner der Bauern kann noch eine Kuh auf die Allmende treiben.

In seiner sich aus der Forderung nach richtiger Eigen-, Nächsten- und Gottesliebe ergebenden Verantwortung hat der Christ heute der Anwalt des Gemeinwohls zu sein.

2. Angesichts der täglichen, mitunter genußvoll, manchmal mit einem guten Schuß Endzeitstimmung genossenen Horrormeldungen ist das Bewußtmachen solcher mit der Tragödie der Allmende gezeigten Gefahren oft zu wenig. Es gilt auch Taten zu setzen. Vor allem aber

muß der Teufelskreis des „Der andere soll den ersten Schritt setzen“ durchbrochen werden. Dieser Teufelskreis soll mit folgender Geschichte gezeigt werden:

Der Bürgermeister feiert seinen Sechziger. Er ist sehr beliebt, und so beschließen die Gemeindeglieder, ihm ein Geschenk zu machen. Da es sich um eine Weinbaugemeinde handelt, liegt es nahe, daß man dem Gemeindeoberhaupt Wein schenkt. Ein Faß wird aufgestellt, und jeder der Bewohner soll einen Liter seines besten Weines in dieses Faß schütten. Bald ist das Faß voll, und so wird zur Geschenkübergabe geschritten. Aber, welcher Schreck, als der Bürgermeister zur Verkostung seines Geschenkes schreitet: Im Faß ist pures Wasser und nicht bester Wein.

Zur Durchbrechung dieses Teufelskreises bedarf es „Helden“, die nicht primär auf den eigenen Vorteil schauen, es bedarf der Opferbereitschaft um des Gemeinsamen willen, eine Opferbereitschaft, die heute nicht modern zu sein scheint.

3. Mitunter wird die Meinung vertreten, heute bedürfe es in der Politik der großen Visionen und der hohen Werte. Diese sollten die Christen anbieten und nicht mit dem oft kleinlichen Geschäft der Umsetzung solcher Visionen die Zeit verschwenden. Sicherlich bedarf es der Visionen, ebenso aber bedarf es auch des Bemühens um das Umsetzen dieser Visionen, so sie richtig sind, will man nicht in heute so verbreiteten „Rausch der reinen Werte“ verharren. Politik als das „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ (M. Weber) erfordert dieses stetige Bemühen um Konkretisierung von Absichtserklärungen, damit Politik glaubhaft die Suche nach der rechten Ordnung bleibt. Nicht Abstinenz, sondern die konkrete Arbeit der kleinen Schritte ist gefordert. Krankjammern auf dem Hintergrund von hohen Visionen ist zu wenig, es gilt, die Hände in konkreter Umsetzung rauh zu machen.

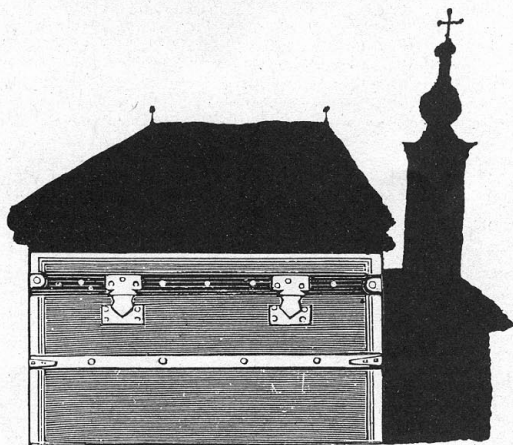
4. Einer Politik, die sich als Allheilmittel anbietet und sich in Heilsversprechungen

ergeht, ist vom Christen eine Absage zu erteilen. Politik ist wichtig, sie gestaltet aber das „Vorletzte“. Dies weist ihr einen wichtigen Platz zu, aber auch eine Begrenzung, und schafft eine notwendige Distanz, aus der heraus ohne Verbissenheit — die sich infolge des Zwanges, den Himmel auf Erden zu schaffen, aus dem dann nach K. Popper doch immer die Hölle resultiert, ergibt — die Aufgabe, eine immer wieder zu verbessernde Ordnung zu suchen, in Angriff genommen werden kann.

5. Den angebotenen Lösungen auf einen Schlag ist vom Christen das Prinzip der offenen Lösungen entgegenzuhalten. Ohne sich der eigenen Vorschläge schämen zu müssen und ohne Leisetreteri sind doch die vorgeschlagenen Lösungen immer als Angebote zur gemeinsamen Suche nach dem Besseren zu halten. Wenn Demokratie in dem Sinne institutionalisierter Zweifel ist, daß immer nach dem Besseren gesucht werden muß, dann hat der Christ ohne Unfehlbarkeitsansprüche seine Konzepte zur Diskussion zu stellen und Sorge zu tragen für Toleranz. Er muß dem anderen die gleiche Gewissenhaftigkeit zubilligen, die er für sich selbst in Anspruch nimmt. Jede Form von Endlösung ist, wie wir aus der Geschichte wissen, das Ende von Lösungen.

6. Angesichts ungeduldiger, oft direkter Anpeilung von Lösungen ist vom Christen daran zu erinnern, daß manchmal in der Politik das Unvollkommenere in Kauf genommen werden muß, um das Vollkommenere nicht zu verunmöglichen. Mitunter ist also eine Ethik des „Umwegs“ gegenüber der scheinbar geradlinigen Lösung angebracht.

7. Die Haltung, die der Christ in die Politik einzubringen hat, ist die Haltung der Hoffnung. Thomas von Aquin beschreibt den Menschen als einen Wanderer, der dadurch diesem seinem Wanderdasein untreu werden kann, indem er meint, sein Ziel nie erreichen zu können, und indem er meint, sein Ziel schon erreicht zu haben. Zwischen Verzweiflung und Vermessenheit liegt die Hoffnung, die antreibt zur Mitgestaltung auch in der Politik.



WIE KATHOLISCH IST ÖSTERREICH? EMPIRISCHE NOTIZEN

Beschäftigt man sich mit dem Thema „Kirche und Politik“ — und damit fast automatisch auch mit dem Thema „Politik in der Kirche“ — so erscheint es zunächst zielführend, der Frage nachzugehen, in welcher Gesellschaft die Kirche heute ihre Wirksamkeit entfaltet. Vereinfacht ausgedrückt: wie christlich (oder auch: wie katholisch) ist die österreichische Gesellschaft in der Mitte der achtziger Jahre?¹⁾

Dies erscheint umso wichtiger, als verschiedenlich die Ansicht vertreten wird, daß es im Zuge eines Wertewandels derzeit wieder zu einer Aufwertung der Religiosität, genauer, zu einem ganz spezifischen Verständnis von Religiosität und Kirche gekommen sei bzw. komme. Nach dieser Ansicht gehe die Zeit zunehmender Infragestellung, wenn nicht Auflösung „traditioneller christlicher“ Werte zu Ende. Es habe eine „geistig-moralische Wende“ stattgefunden, die Menschen hätten wieder ein Bedürfnis nach traditionellen Formen von Ehe, Familie, Moral, Autorität u. ä. m. Nicht ganz zufällig verbindet sich diese Sichtweise mit bestimmten gesellschafts-, aber auch kirchenpolitischen Konzeptionen: die Autorität der kirchlichen Hierarchie soll betont bzw. wiederhergestellt werden, „Glaubenswahrheiten“ und traditionelle Moralvorstellungen sollten bekräftigt, gefestigt und als verbindlich durchgesetzt werden — nicht zuletzt auch durch entsprechende Beeinflussung politischer Instanzen.²⁾

Empirische Befunde zum Wertewandel in Österreich zeichnen freilich ein anderes Bild:

- ein umfassender Wertewandel — sei es im Sinne einer „konservativen Werterevolution“, sei es im Sinne einer generellen Ablösung von „materialistischen“ durch „postmaterialistische“ Werte — ist nicht nachzuweisen³⁾;
 - eher kommt es zu einer Pluralisierung und Differenzierung von Wertvorstellungen — sowohl als Ausprägung unterschiedlicher „Wertkulturen“ wie als Differenzierung des Wertesystems beim einzelnen Menschen; generell ist zudem eine Anreicherung des Wertespektrums festzustellen (additiver Wertewandel);
 - zudem erfolgt eine Hinwendung zu kleineren Gruppen und Gemeinschaften (nicht zuletzt aufgrund eines zunehmenden Bedürfnisses nach emotionaler Geborgenheit) auf Kosten großer und organisierter Bezugsgruppen.
- Diese Entwicklungen lassen sich aber kaum als Rückkehr zum traditionell-katholischen Wertesystem interpretieren; ebenso fehlt es an Belegen für eine ver-

stärkte Hinwendung größerer Gruppen, insbesondere der Jugend, zur Großinstitution Kirche.

Was das Ausmaß an Religiosität und Kirchenbindung im engeren Sinne betrifft, so ist bislang kein Anwachsen, sondern eher eine weitere Abnahme zu konstatieren. So hat der Anteil regelmäßiger Kirchgänger 1985/86 gegenüber 1980 leicht abgenommen; bei Jugendlichen ist diese Tendenz sogar stärker ausgeprägt.

Tabelle: Regelmäßiger Kirchgang am Sonntag (1980 und 1985)

in Prozent der	
Gesamtbevölkerung:	1980 28
	1985 24

Quelle: P. Zulehner, Religion im Leben des Österreicher, Wien 1981; Dr. Fessel + GfK, Alternative Lebensstile und Konsummuster (1985).

Tabelle: Kirchgangsfrequenz bei 14 — 24jährigen (1980—1986)

in Prozent der Kirchenmitglieder	1980	1986	1980—1986
● jeden Sonntag und gebeten			
Feiertag	29	18	— 11
● monatlich mindestens einmal	19	14	— 5
● nur an hohen Feiertagen, mehrmals im Jahr	19	25	+ 6
● fast nie	18	29	+ 11
● nie	11	14	+ 3

Quelle: Dr. Fessel + GfK, Jugendstudie (1980, 1986).

Zwei Drittel der Österreicher geben an, an einen Gott zu glauben, zu dem sie persönlich beten können; weniger als die Hälfte bezeichnen sich selbst als religiös bzw. sehen im christlichen Glauben eine Hilfe zur persönlichen Lebensgestaltung; ein Viertel geht jeden Sonntag zur Kirche. Andererseits haben zwei Drittel das Gefühl, daß die großen Kirchen und Religionen „heute unglaublich“ geworden seien; die Standpunkte der katholischen Kirche werden mehrheitlich als „unzeitgemäß“ betrachtet; fast jeder Zweite glaubt, daß man keine Kirche zum persönlichen Glauben brauche. In etwa jeder Fünfte zeigt ein diffuses Bedürfnis nach „Glauben“, ohne ihn jedoch finden zu können. Dies bestätigt im wesentlichen den von Zulehner (op. cit.) erstellten Befund einer mehrheitlichen Ablehnung bestimmter kirchlicher Wert- und Moralvorstellungen und eines sinkenden Ausmaßes an Kirchlichkeit — nicht zuletzt aufgrund der geringeren Religiosität und Kirchenbindung jüngerer Menschen.⁴⁾

Mit der nach wie vor fortschreitenden Säkularisierung schwächt sich auch die Bedeutung der politischen Konfliktlinie „religiös / a-religiös“ (katholisch / antiklerikal) ab.⁵⁾

Unter den Anhängern der Österreichischen Volkspartei sind zwar Religiosität und Kirchenbindung weiter verbreitet als bei anderen (politischen) Gruppen; auch hier gibt es freilich einen relevanten Anteil an kirchenkritischen und kirchendistanzierten Menschen. Dies wird vor allem im langfristigen Zeitvergleich deutlich: waren 1955 noch zwei Drittel der ÖVP-Anhänger regelmäßige Kirchgänger, so sind es 1985 nur noch 45 Prozent. Die österreichische Gesellschaft der achtziger Jahre kann somit nicht mehr als „christliche Gesellschaft“ im traditionellen Sinn angesehen werden. Vielmehr handelt es sich um eine mehrheitlich säkularisierte Gesellschaft auf einem christlich-kulturellen Hintergrund. Dabei zeigt sich auch bei vielen Menschen mit noch vorhandener Kirchenbindung und religiöser Orientierung eine Skepsis gegenüber der Institution Kirche und (zu mindest Teilen) ihrer Vorstellungen. Eine automatische Folgebereitschaft in Hinblick auf die kirchliche Lehrmeinung und Moralvorstellungen ist nicht mehr gegeben; diese werden selbst „begründungspflichtig“.

Die aktiven Kirchenmitglieder — ihrerseits nur ein Teil der im weitesten Sinn religiösen und kirchengebundenen Österreicher — lassen sich grob in vier Gruppen unterteilen:

- ein konservativ-integralistischer Flügel, der auf eine Akzentuierung des traditionellen Glaubens-, Moral- und Verhaltenskodexes sowie auf Rückgewinnung hierarchischer Autoritätsstrukturen in der Kirche drängt;
- ein liberaler Flügel, der eine Anpassung der Kirche an die gesellschaftliche Entwicklung, innerkirchliche Mitsprache des Kirchenvolkes und eine generelle Offenheit wie Dialogbereitschaft propagiert;
- ein utopisch-gesellschaftsreformatorischer Flügel „linker“ politischer Ausrichtungen mit deutlicher Frontstellung zur (jedenfalls römischen) Hierarchie;
- eine Gruppe — vor allem in den Pfarrgemeinden, aber auch anderen kulturellen und sozialen Bereichen — engagierter Christen, die an den innerkirchlich-richtungs politischen Auseinandersetzungen nur in Grenzen interessiert ist und in ihren (wiewohl religiös geleiteten) Wertvorstellungen und Verhaltensweisen relativ unabhängig von den Vorgaben der Amtskirchen erscheint.

In der letzten Zeit vertiefen sich offensichtlich die Gegensätze zwischen den drei erstgenannten Strömungen, was nicht zuletzt in den — für Österreich ungewohnt — heftigen Auseinandersetzungen um die Person und den Bestellungsmodus für einen Wiener Weihbischof zum Ausdruck gekommen ist. Der konservativ-integralistische Flügel ist offenbar bestrebt (mit Rückhalt der römischen Zentralinstanzen), eine generelle Ausrichtung der Kirche in seinem Sinne zu erreichen, und dafür auch bereit, den Verlust vermeintlicher „Randgruppen“ in Kauf zu nehmen. Dies, wie oben ausgeführt, auch in der Annahme, daß die allgemeine „Wertentwicklung“ in Richtung einer konservativen Wende verläuft. Angesichts einer mehrheitlich säkularisierten Gesellschaft und einer — auch dem eigenen Selbstverständnis nach — in Wertorientierungen und Verhaltensweisen mehrheitlich eher selbständigen Aktivmitgliedschaft erscheint allerdings wahrscheinlich, daß eine Prägung der Kirche durch die konservativ-integralistische Richtung⁶⁾ weder zu einer Verbreiterung der Glaubigenbasis noch zu einer Stärkung der Wirksamkeit der Kirche in der Gesellschaft führen wird. Vielmehr dürfte der Versuch einer zwangsweisen Durchsetzung von Autoritätsstrukturen und Wertvorstellungen zu einer Verstärkung der internen Desintegrationstendenzen und zu einer Verbreiterung der Kluft zwischen der Mehrheit der aktiven Christen und der Amtskirche führen. Letztere könnte sich dann zwar auf einen „harten Kern“ disziplinierter und (jedenfalls vorderhand) relativ unformer Anhänger stützen, würde aber — in Größe und Qualität — eher den Charakter einer fundamentalistischen Sekte als den einer (selbst wie derzeit stark reduzierten) Volkskirche aufweisen. Ob dies eine „wünschbare“ Option ist, ist letztlich eine vom jeweiligen Glaubensverständnis zu beantwortende Frage.

Anmerkungen:

1) Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf die Situation der katholischen Kirche. Diese ist auch gemeint, wenn vereinfacht von „Kirche“ die Rede ist.

2) Als Referenz dienen dabei nicht zuletzt der Bedeutungsanstieg fundamentalistischer Kirchen und die intellektuelle Dominanz konservativer Theoretiker in den USA Ende der siebziger / Anfang der achtziger Jahre sowie eine Interpretation der konservativ-christlich-rechtsliberalen Wahlerfolge in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland als Ausdruck eben dieser geistig-moralischen Wende.

3) Vgl. dazu meine kurz zusammenfassende Darstellung für Österreich: P. A. Ulram, Wertwandel in Österreich, in: Politische Bildung, Zeitschrift für Erwachsenenbildung, 1985/4, sowie als umfassendere empirische Analysen und theoretische Interpretationen H. Klages, Wertorientierungen im Wandel: Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen, Frankfurt/M. 1985; O. W. Gabriel, Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1986.

4) Vgl. dazu auch die Entwicklung der Scheidungsrate in Österreich:

Ehescheidungen in % der Eheschließungen:

1960	1970	1980	1984
13,9	18,1	26,3	29,6

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hrsg.), Sozialpolitische Daten (1986).

5) Für die BRD siehe F. U. Pappi, Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität und Wandel, in: D. Oberndörfer / H. Rattinger / K. Schmitt (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1985.

6) Eine analoge Entwicklung wäre im übrigen auch für den Fall der Dominanz des utopisch-gesellschaftsreformatischen Flügels zu erwarten.

Tabelle: Religiosität und Kirchenkritik

a) In Prozent der ja-stimmenden Antworten (Noten 1 u. 2 auf einer 5teiligen Skala von 1,00 = „stimme vollkommen überein“ bis 5,00 = „stimme gar nicht überein“)

	Österr. 20—29 gesamt	Jahre	ÖVP	FPÖ	Grüne	SPÖ
● ich glaube an einen Gott, zu dem ich persönlich beten kann	67	59	84	69	54	55
● ich bin ein religiöser Mensch	46	41	67	41	35	33
● der christliche Glaube hilft mir persönlich, mein eigenes Leben zu gestalten	43	36	66	39	36	29
● jeder Mensch muß seinen eigenen, persönlichen Glauben finden. Kirchen sind dazu nicht notwendig	44	44	25	36	50	59
● die katholische Kirche entspricht mit ihren Standpunkten nicht mehr der heutigen Zeit	57	59	39	68	70	69

b) In Prozent der weitgehenden oder teilweisen Zustimmung

● ich habe das Gefühl, daß die großen Religionen und Kirchen heute unglaublich geworden sind	67	66	56	72	83	72
● ich würde gerne an etwas glauben, aber ich weiß nicht woran	20	18	17	27	24	24

Quelle: a) Dr. Fessel + GfK, Alternative Lebensstile und Konsummuster (1985)

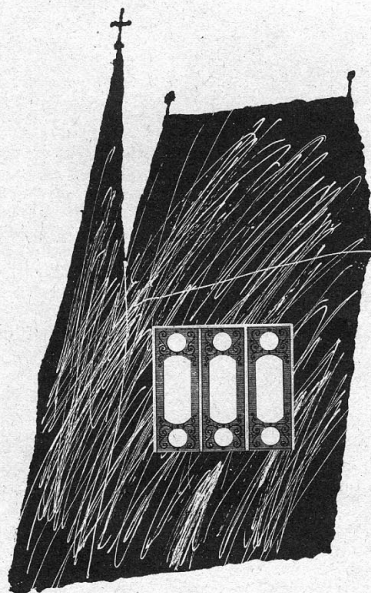
b) Dr. Fessel + GfK, Religiosität

Tabelle: Kirchgangsfrequenz nach politischer Orientierung

Es gehen jeden Sonntag zur Kirche bzw. waren am letzten Sonntag in der Kirche

	1955	1972	1985	1955—85
In Prozent der deklarierten Anhänger der				
— ÖVP	67	55	45	— 22
— SPÖ	15	14	14	— 1

Quelle: Daten zit. nach F. Plasser, Das Österreichische Parteiensystem zwischen Erosion und Innovation, in A. Pelinka / F. Plasser (Hrsg.), Das österreichische Parteiensystem (im Erscheinen).



CHRIST SEIN — HEUTE

Christ sein — heute — was heißt das? Ist denn das etwas anderes, ist denn da vom Grundsatz her, etwas anderes gefordert, als irgendwann sonst, etwas anderes als das, was keine Christin, was eine Jüdin beispielhaft vorgelebt hat, damals vor fast 2000 Jahren?

Sie, Maria, Tochter kleiner Leute aus altem Stamm, hat sie nicht ihren Herrn und Gott geliebt mit der ganzen Unschuld und Kraft ihres jungen Herzens — als der Engel eintraf und ihr die Botschaft brachte. Erschrocken war sie, sicherlich, denn wie hätte sie denn ahnen können, daß sie auserwählt war. Aber sie war ruhig und wach und gehorchte nicht blindlings aus Schreck, sondern sie stellte die ganz klare und nüchterne Frage: Wie soll denn das geschehen? — Die Antwort, die sie bekam, leuchtete ihr ein, im Glauben an die Allmacht des Gottes ihrer Väter, und dann sagte sie ihr Ja ebenso ruhig und klar und ohne Unterwürfigkeit: „Mir geschehe nach Seinem Wort.“

Ja — so war Maria, und so sind wir nicht. Wir zweifeln, wir zögern. Unsere Antworten gehen eher auf Jein, und wenn es sich machen läßt, verstecken wir uns, hören nicht, schauen nicht hin. Und doch — dieses klare nüchterne Ja zum Bekenntnis und zur Tat aus der Liebe und aus dem Glauben — das wäre, das ist von uns genauso gefordert wie damals.

Und als sie dann, schwanger wie sie war, hinauswanderte zu ihrer Verwandten Elisabeth, die ebenfalls guter Hoffnung war, ging sie dort nicht hin, um sich auszuweinen über ihre sicherlich sehr schwierig gewordene Situation in der Familie. Ein lediges Kind in dieser Zeit, in dieser Gesellschaft — keine Kleinigkeit. Nein, die beiden Frauen jammerten nicht, sie hatten erkannt, ihre offenen breiten Seelen waren wissend geworden. Die eine sagte: „Du bist gesegnet unter den Frauen, und gesegnet ist das Kind in deinem Schoß“ — und Maria antwortete mit jenen Worten, die zu den schönsten und radikalsten Texten der Evangelien zählen, dem Magnifikat. Hier klingen erstmals jene Grundthesen der späteren jesuanischen Ethik an, die in der Bergpredigt zusammengefaßt sind. Hier ist von der Macht und der Barmherzigkeit Gottes die Rede, ebenso wie von den Gewaltlosen und Friedfertigen, die über die Hochmütigen triumphieren werden. Auch jene, die nach Gerechtigkeit dürsten, sind angedeutet, wenn sie vom Sturz der Mächtigen spricht und von der Erhöhung der Niedrigen, von den Reichen, die verdammt, und den Hungrigen, die gespei werden.

Ja — so war Maria, und so sind wir nicht. Wir hätscheln und hegen unser Ego, zerfließen vor Selbstmitleid, wenn uns nur irgendein rauherer Schicksalswind ins

Gesicht bläst, oder wenn er nur droht, irgendwo hinter den Wolken der Zukunft. Da sind die anderen — die nächsten und die fernsten — die sündigen Strukturen der Gesellschaft, unter denen die Mehrheit der Menschen stöhnt, einfach wie weggeblasen. Was gehen sie uns an.

Und doch — dieses klare, mutige Eintreten für den Nächsten, dieses ihm zuliebe und nicht zuleide zu leben — das wäre, das ist von uns genauso gefordert wie damals.

Und dann wurde er geboren, der die Königswürde der Ewigkeit tragen sollte, der eingeborene Sohn des Vaters, des Weltenschöpfers. Aber kein Palast stand ihm und seiner Mutter zu Gebote, ein Stall war es, irgendwo unterhalb der Stadt Bethlehem, Armut war es, die ihn empfing, und dennoch bewegte sein Kommen den Kosmos.

Von der Welt wurde er gründlich mißverstanden, bis aufs Kreuz über Golgatha, aber in den Herzen der Menschen, die sein Leben geteilt haben, die seiner Lehre glaubten, entzündete er die ungeheure Kraft der Liebe und Begeisterung, die alle Enttäuschung überwinden und in der Gewalt des Geistes eine neue religiöse Bewegung entstehen ließ, die selbst die vielfältigsten Hüllen christlicher Fehlentwicklung bis heute nicht überwinden konnten. Haben vergangene Jahrhunderte ihn aus politischer, aus machtpolitischer Opportunität immer wieder mit den weltlichen Herrschaftsinsignien verstellt und aus der Welt hinaus überhöhen wollen — kommt uns der Mensch Jesus Christus heute wieder näher, als Kind der Armut, als liebender Mensch unter Menschen, und als Geschwundener auf dem tausendfältigen Golgatha dieser Welt.

Ein Heutiger, ein Priester und Dichter namens Wilhelm Bruners, zeichnete in einem Band biblischer Meditationen unter dem Titel „Sensforn Mensch“ ein starkes, beeindruckendes Bild:

Du bist auch nicht mehr der alte Gott.

Früher, haben sie erzählt, warst du umgeben von himmlischer Herrlichkeit vom dreimal heiligerheere von den Kniefällen der Reinen.

Heute höre ich sagen bist du herausgepreßt aus dem blutigen Mund liegst bei Vieh und Unreinen, bewacht von zwielichtigem Volk.

An wen sollen wir uns halten, wenn du haltlos geworden und unten.

In welche Richtung gehen unsere Verbeugungen, wenn dein Thron leer und der Weihrauch verdampft.

An den Stallgeruch gewöhnen wir uns schlecht

und einen ins Fleisch gefahrenen Gott legen sie aufs Kreuz.

Meine Entdeckung:

Ich muß mich vor dir nicht mehr klein machen heruntergekommener Gott.

Beklemmend dieses Bild, ernüchternd — ja. Und doch, mir geht es nicht anders. Mich macht dieser heruntergekommene Gott betroffener als der Gekrönte, der dreimal heiligerheere, der mich nicht berührte, nicht berühren konnte über eine lange Zeit. Erst seit ich ihn dort in den leidenden Schwestern und Brüdern wiederfand, in den Gossen, in den Fetzenhütten — seither wurde er mir zur tiefsten Mitte meiner Existenz. Dieser Gott, der in seiner grenzenlosen Liebe zu seinen Geschöpfen immer wieder scheiterte, vom Garten Eden, über sein störrisches, auserwähltes Volk, bis heute, wo sich der Mensch selbst an den Rand des Abgrundes gestellt hat, dieser Gott, der immer wieder scheitert, den kann ich mit der ganzen Kraft meines Wesens lieben, weil ich weiß, daß er meine Liebe braucht. Wer liebt wirklich einen ewigen Sieger, einen ewigen Triumphator — wie leicht gerät Liebe da zur Liebdienerei, zum Opportunismus, verkommt in Heuchelei. Der Zeugnisse dafür gibt es in der Geschichte dieser in einer europäisch verfaßten Kirche verkarsteten Lehre Jesu Christi unzählige.

Nein, ich glaube, daß nur mit Blick auf diesen liebenden, geschundenen, erlösenden Menschensohn in der Dreieinigkeit mit dem Vater und dem Geist Christsein heute möglich ist. Und in diesem Blick sollten wir uns der Verantwortung bewußt werden, was es denn heißt, auf Christi Tod und Auferstehung getauft, in seine Nachfolge gerufen zu sein. Bischof Helder Camara, einer der großen weisen Gottesmänner unserer Zeit, erzählte einmal eine seiner Überlegungen: „Ich erinnere mich, daß ich eines Tages, als ich einen Franziskaner vorbeigehen sah, zu mir sagte: Wie kühn, wie mutig es ist, den Namen des Franz von Assisi zu tragen. — Und wir haben den Mut und die Kühnheit, den Namen Christi zu tragen, wir, die wir uns Christen nennen. Welche Verantwortung liegt da auf uns.“

Was ist da eigentlich passiert, daß wir uns dieser Verantwortung so selten und so rudimentär bewußt sind? — Was ist uns denn da auf dem Weg zwischen dem Ostermorgen in Jerusalem und heute verlorengegangen? — Welche der zur Zeit wieder nostalgisch beschworenen sogenannten christlichen Werte sind uns denn abhanden gekommen? Ich glaube, daß darüber nachzudenken ist, bevor wir unsere tatsächliche und unsere mögliche Rolle am Ende des zweiten Jahrtausends zu definieren suchen.

Lassen Sie mich meine sehr persönliche Überlegung dazu anstellen: Wenn christliche Werte dort wurzeln, wo sich die jesuanische Ethik in jener Lehrensammlung verdichtet, die wir die Bergpredigt nach Matthäus nennen, dann birgt diese Werte-Skala — oder sollte man besser von Wert-Bildern sprechen? — das in sich, worauf es mir persönlich ankommt: auf die Nachfolge Christi, auf das Weltwurzelschafte des Reiches Gottes. Da steht zum Beispiel im Zentrum des Textes die „Goldene Regel“: „Alles was ihr wollt, daß euch die Menschen tun, das sollt auch ihr ihnen tun.“ — Da werden die Liebenden selig gepriesen, die Sanftmütigen, die Gerechten, die Barmherzigen, die Wahrhaftigen und jene, die den Frieden tun und keine Gewalt anwenden.

Diese Grundwerte jesuanischer und damit christlicher Ethik sind allerdings schon ziemlich früh unter den Teppich gekehrt, das heißt, ins stille Kämmerlein privater Frömmigkeit verbannt worden. Das sei, so hieß es bald, etwas für Heilige und Asketen, die, abgehoben und abgeschlossen von der Welt ihrem Seelenheil nachjagend, stellvertretend für das normale Volk, das mit den zehn Geboten sein Auslangen zu finden hat. Das Volk hat ja schließlich die Lehre der Kirche, der sie Gehorsam schuldet, und damit basta.

Klar, als der Kirche der Sündenfall mit der Macht passiert war, konnte man die Gewaltlosen, die Friedfertigen, die Bescheidenen, die nach Gerechtigkeit Dürstenden, nicht mehr brauchen. Da ging es darum, in Machtpositionen, auch in staatlich-weltliche Machtpositionen, einzurücken.

Nehmen wir nur ein Beispiel, eines von vielen, aber eines, das deutlich machen kann, was da passiert ist.

Da war Jesus, der Geschundene, der am dritten Tage nach dem Ende seiner Qual auferstanden und verwandelt in den Kreis seiner verängstigten Jünger getreten war und gesagt hatte: „Meinen Frieden gebe ich Euch, meinen Frieden hinterlasse ich Euch.“ — Und er meinte damit sicherlich nicht nur die Abwesenheit von Kriegen, sondern den Schalom, diesen umfassenden Frieden, der die Fülle des Lebens bedeutet, den Frieden, der nicht von dieser Welt, aber für diese Welt ist. Und mit der Sendung des Geistes nahm er ihnen die Angst und die Verstörtheit, machte sie neu und zu diesem Frieden fähig — und das bedeutet nicht, mächtig zu werden, sondern verwundbar zu bleiben. Und daraus schöpften sie als Betroffene, als Begeisterte die Kraft, den Versuch zu wagen, die alles durchdringende Kälte und Gewalt zu tilgen, als neue Menschen, als Menschen der Auferstehung, als Erlöste miteinander und mit den anderen umzugehen.

„Frieden auf Erden und die Ehre Gottes im Himmel“ — das Gloria der Heiligen Nacht, das war der Traum der frühen Christen, den sie aber auch mit den und für die anderen träumten.

Hans Ekkehard Bahr schrieb dazu:

„Bis ins vierte Jahrhundert hinein wurden die Christen nicht müde, ein Leben ohne Gewalt zu führen. In grandioser Monotonie forderten die Ältesten und Theologen ihre Gemeinden auf, keinen — auch Außenseiter nicht — zu hassens, nicht Aggressivität mit Gegenschlägen zu beantworten, und lieber das eigene Blut zu vergießen, als Hände und Gewissen mit dem Blut anderer zu beflecken. Dem Jesus der Evangelien gemäß, dem Nicht-Krieger, dem Friedensfürsten, verwarfen sie nicht nur den Kriegsdienst und das Notwehrrecht, sondern auch die Tötung eines Menschen überhaupt, gleich, aus welchem Grund und mit welchem Ziel.“ Doch bald schon, nachdem das Christentum unter Kaiser Konstantin zur offiziellen Religion des Römischen Reiches erklärt worden war, gab es seine antimilitaristischen Impulse weitgehend preis. Die Periode der Christenverfolgung wurde sehr schnell von der Periode der Ketzerverfolgung mit staatlicher Unterstützung abgelöst. Der Politologe und Theologe Heinz Deschner hat leider nicht unrecht, wenn er über diese, die konstantinische Wende genannte Epoche, sagt: „Tauchte im ausgehenden zweiten Jahrhundert die Frage auf, ob ein Christ unter bestimmten Umständen denn auch Soldat werden könne, so stellt sich diese Frage im vierten Jahrhundert überhaupt nicht mehr. Taten Christen im dritten Jahrhundert nur in Ausnahmefällen Militärdienst, so war es im vierten bereits die Regel. Wurden vor 313 Soldaten aus der Kirche ausgeschlossen, so wurden nachher die Kriegsdienstverweigerer exkommuniziert. Wurden vormem einige fähnenflüchtige Soldaten zu Märtyrern und zur Ehre der Altäre erhoben, so tilgte man nun schnell ihre Namen.“

Die Stunde der Soldatenmartyrer und Totalverweigerer im Namen Christi war vorbei. Es begann eine Zeit, die bis heute andauert: Die Zeit der Militärbischöfe. Die unselige Verbindung von Kirche und Staatsmacht ist der Verwirklichung des Evangeliums nicht gut bekommen. Das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe, vor allem jenes der Feindesliebe, wurde zwar immer noch von den Kanzeln gepredigt und in heiligen Büchern beschworen, im Leben der Kirche jedoch täglich verraten und nicht nur, wenn auch Päpste Armeen ausrüsteten und blutige Kriege führten.

Gerade in dieser Phase der Entwicklung entstanden — meist nicht im Evangelium begründet, sondern historisch-gesellschaftlich und vor allem machtpolitisch bedingt — jene anderen christlichen Werte, die in meinen Augen durchaus wert sind, in Vergessenheit zu geraten.

Die Mächtigen und ihre Militärs diktierten den Wert der soldatischen Tugenden — Mut zeigt auch der Mameluck, Gehorsam ist des Christen Schmuck — unverbrüchliche Treue zum Kaisertum von Gottes Gnaden oder wem immer, Selbstaufopferung als heroische Geste, die so

unendlich viel Unglück brachte im Rausch der Eroberungskriege, und Gehorsam, ja, vor allem Gehorsam, so blind wie möglich, mit dem die Befehlshaber aller Couleurs und Geisteshaltungen nach Belieben umsprungen konnten. Selbst in den Familien wurde das Gebot der Liebe und gegenseitigen Achtung in Gehorsam umgemünzt, denn es ging ja schließlich darum, die Untertanen- und Kriegererziehung möglichst frühzeitig zu beginnen: Gehorsam, gepaart mit Ordnung, Disziplin vor allem.

Die Gesetze der Erziehung, der Verwaltung, der Wirtschaft, aller Lebensbereiche wurden zunehmend von diesen christlich-soldatischen Normen geprägt. Die aus tausend, je beliebigen Gründen hochstilisierten Feindbilder fanden Eingang in das Leben bis hinein in die intimsten Bereiche. Da gab es dann immer mehr Feinde, Gegnerschaft zwischen den Geschlechtern, zwischen den Generationen, zwischen Geschäftspartnern, Gesellschaftsschichten, Rassen, Religionen, Nationen.

Der Flächenbrand der Feindschaft breitete sich aus. Von den Stammesfehden über die Städtefehden, die Eroberungszüge in alle Windrichtungen, bis hin zu den Schlachten zwischen den Reichen und dem Gipfelpunkt gegenseitiger Vernichtung in den beiden Weltkriegen des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die zunehmend ausbeuterischen Strukturen der Wirtschaft führten zur Marginalisierung ganzer Bevölkerungsschichten und durch langsame Bewußtwerdung zum Widerstand. Die sogenannten christlichen Werte kamen zunehmend in Verfall, und nicht ganz zu Unrecht, wurden sie doch zu Synonymen für Herrschaft und Machtausübung im Kleinen und im Großen, im Privaten wie in der Gesellschaft. Zunehmende Säkularisierung der Welt, zunehmende Abwendung vom Glauben, vor allem seit der Aufklärung, die Entstehung des Marxismus als eine Flucht christlichen Versagens bis hin zur Ausbreitung des erklärten oder des im Materialismus gelebten Atheismus — dort hat alles seine Wurzel, dort in diesem historisch bedingten, aber durchaus selbstverschuldeten Verlust an Glaubwürdigkeit, durch den Verrat an der zentralen Botschaft Jesu Christi.

Der amerikanische Neuropsychologe Elbert W. Russel sagte es einmal sehr knapp und treffend: „Die Früchte des Christentums sind offenbar das genaue Gegenteil seines Ideals der Liebe.“ Und wenn wir bei Matthäus gelesen: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“ — dann sollten wir doch nachdenklich werden angesichts des Zustandes unserer Welt — hier wie anderswo, oder nicht? — Und weiter im Text von Russel: „Im Widerspruch zu ihrer Verkündigung der Liebe und des Reiches Gottes stellt sich die Geschichte des Christentums und der christlichen Kirchen über weite Strecken als eine Geschichte der Friedlosigkeit, der Gewalt und der Kriege dar.“ — und

später: „Entschlossene Anhänger christlich-religiöser Anschauungen sind kriegerischer, weniger demokratisch, strenger zu strafen bereit, weniger tolerant, konservativer, weniger an Weltgemeinschaft interessiert, zu unterdrücken geneigter und weniger humanitär als viele Nichtchristen. Augenscheinlich bringen strenggläubige Christen, obwohl das Christentum die Liebe predigt, nicht soviel Liebe auf wie weniger Fromme.“ Das sind Sätze, die uns nicht schmecken. Ziemlich hart und recht unbequem. Aber wenn wir ehrlich durch unsere Geschichte blättern, wenn wir uns umschauen in unserer christlichen Umwelt, dann müßten wir eigentlich erkennen, daß diese Sätze vermutlich deswegen so unerfreulich und unbequem sind, weil sie der Wirklichkeit mehr entsprechen als uns lieb ist.

Schauen Sie sich nur um — wer ist denn da sofort bereit, nach härteren Strafen zu rufen, Vergeltung zu fordern und die berühmte g'sunde Watsch'n tatsächlich immer noch für einen Beitrag zur Erziehung zu halten.

Es gab aber auch — abgesehen von den Heiligen und Märtyrern, von den Liebenden aller Jahrhunderte, von einzelnen Gerechten also — immer wieder starke Gegenströmungen in der Geschichte. Und ich möchte auch diesen Kräften Gerechtigkeit widerfahren lassen, und mich fragen, ob es nicht möglich wäre, dort anzuknüpfen, zum Beispiel bei den Ideen des Humanismus des 15. und 16. Jahrhunderts:

Da predigte Nicolaus Cusanus religiöse Toleranz. Marsilius Ficinus verwies auf die Liebe als grundlegende Kraft aller Schöpfung. Erasmus von Rotterdam betrieb sich auf die Stärkung demokratischer Kräfte in der Kirche — und ist dafür gestorben. Guillaume Postel hatte die Vision des globalen Friedens und der Einheit der Welt. Siculus plädierte für die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, glaubte an seine Vernunft und die Fähigkeit der Selbstvervollkommnung. Heute wissen wir, daß sie nicht erfolgreich waren, sondern daß alle ihre Ideen, die Werte, die sie verfochten haben, in den Wind geschlagen worden sind, und daß die Fanatiker aller Seiten die Oberhand gewonnen und behalten haben.

Jede neue Nachrichtensendung, jede neue Ausgabe einer Zeitung führt den blutigen Beweis, daß die Herrschaft der zerstörerischen Kräfte ungebrochen ist und die Protagonisten der politischen Weltbühne ihre Handlanger sind, und daß sie der Menschheit schon bald die Totenglocke läuten werden, wenn wir uns nicht der wahren Werte besinnen, die nicht tot sind, deren Verdrängung, Hinausdrängung wir nur allzu lange zugelassen haben, weil man sie uns verfreundet hat. Diese Werte aber sind Werte des Lebens:

Universalität — das heißt Solidarität mit allem Lebendigen. Geschwisterlichkeit — das heißt Liebe zu allen Welt- und

Zeitgenossen und zu allen kommenden Generationen, die ebenso wie wir ein Recht auf Leben in Fülle haben.

Toleranz — das heißt Achtung vor der Würde jedes Menschen, auch des Andersdenkenden, auch des ganz anderen, und das wiederum bedeutet Gerechtigkeit. Und wenn jeder Mensch das Recht auf Achtung seiner je eigenen, personalen Würde hat, dann hat er auch ein Recht auf ausreichende Nahrung, Bekleidung, auf Wohnung, Bildung, auf die volle Entfaltung seines So-Seins. Die Sehnsucht nach diesen Werten, die Hoffnung auf die Verwirklichung dieses, von heute her gesehen, hohen Anspruchs wird von Tag zu Tag größer und drängender, aber ebenso auch die Bereitschaft, etwas dafür zu tun, ja auch Verzicht und Opfer auf sich zu nehmen.

Freilich ist eine Welt, in der Solidarität, Geschwisterlichkeit, Vernunft, Toleranz und Frieden die tragenden Pfeiler des Miteinander-Lebens und Gestaltens sind, eine Utopie, die Utopie des Berg-Predigers. Haben wir aber heute überhaupt noch eine andere Chance, als eben diese Utopie mit all unserer Kraft hereinzuholen ins Leben, um diesem Totentanz am Rande des personalen und des globalen Abgrunds etwas entgegenzusetzen? — Ich glaube nein und bin davon überzeugt, daß es zur „Umkehr zum Leben“ nur noch die Alternative Vernichtung gibt. Und mehr als andere sind wir Christen dazu aufgerufen, hier einen radikalen Anfang zu setzen. Würden wir tatsächlich damit anfangen, zum Salz der Erde und zum Licht der Welt zu werden, jeder einzelne in Kreisen hinauswachsend in die Milliarde, dann wären wir tatsächlich mehr als die statistische Größe, die wir heute sind, und wären doch noch instand, das Antlitz der Erde zu verändern.

Wir brauchen dazu keine neuen Modelle, keine neuen Vorbilder, keine neuen Methoden und Strukturen. Die Botschaft ist lebendig wie eh und je, der große Rabi ist nicht in historische Distanz entrückt, und auch nicht in ferne Himmel, sondern er ist hier, mitten unter uns, bereit, den Weg mit uns zu gehen; und die Methode: Nicht nach Macht und Reichtum zu gieren, sondern sich verschwendend in die Welt hinein auf die Schwestern und Brüder zuzuleben.

Zu trauern, zornig und zur Verweigerung in ungerechten Strukturen fähig zu sein.

Der Ausbeutung und Wut der Mächtigen die Beharrlichkeit der Sanftmut entgegenzusetzen.

Dürstend nach der Gerechtigkeit Gerechtigkeit zu schaffen, barmherzig zu sein mit denen, die fehlen, ihnen liebend und entfeindend zu begegnen.

Wahrhaftig zu sein im Denken, Reden und Tun gegen die Lüge dieser Welt — auch wenn es dem Ansehen und der Karriere schadet.

Frieden zu stiften unter den Streitenden, Gespräch zu schaffen zwischen den sich Verschweigenden, Grenzen zu über-

schreiten und Mauern zu übersteigen zu den Herzen hin.

Eher Unrecht zu erleiden, als Unrecht zu tun, weniger Recht haben, als Recht geben wollen. —

„Und als er geendet hatte, waren sie erstaunt, denn er hatte gesprochen, wie einer der Macht hat.“ —

Ja, das zu leben, gegen den Strom der Zerstörung — das Leben zu setzen, das erfordert zwar etwas mehr Mut, als eine Bombe auszuklinken, würde aber Zeugnis geben von dem, der Macht hat.

Diese Welt, meine Freunde, diese Welt, die Seine und durch ihn unsere ist, braucht mehr denn je Menschen des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe, Menschen, die bereit sind, den Horizont ihrer Verantwortung global zu weiten und den Horizont ihrer eigenen Ansprüche zurückzustecken, Menschen der Solidarität mit der Schöpfung, Menschen, die sich einlassen auf das Schicksal der je anderen, der Armen, der Unterdrückten, der Elenden, die sich einlassen auch auf das Schicksal der bedrohten Natur, des bedrohten ökologischen Gleichgewichts, die bereit sind, Hand und Herz anzulegen, die aber auch wissen, daß der Quell ihrer Kraft in der Mitte ist, dort, wo das Gebet still und zum Gespräch mit dem Schöpfer, mit unserem Herrn und Bruder wird.

Und ich und sie, und wir alle werden mitverantwortlich sein, ob es morgen solche Menschen geben wird, hier in diesem Land, das in seiner Sattheit unter den politischen Nebeln seine eigene Bedrohtheit nicht mehr wahrzunehmen imstande zu sein scheint.

Es ist kalt geworden in unserem Land, die Leere der Beziehungslosigkeit läßt uns manchmal erschauern. Die Art und Weise, wie alles verdrängt und semantisch geschönt, auch jede Niederlage noch in einen Sieg umgelogen wird — alles das kränkt, verärgert, macht mut- und hoffnungslos. Und wenn wir über unsere Grenzen schauen, ist es nicht besser — der Stil der um sich greifenden Amoralität und Menschenverachtung treibt einem oft Zornesröte ins Gesicht, wenn nicht schon alle Empfindung unter der Apathie eingeschlafen ist. Und was haben wir Christen dem heute entgegenzusetzen in dieser an Auszehrung leidenden Kirche. Weniger, kaum etwas.

Die Bluteere vieler unserer Pfarren. Die oft unglaubliche Fadesse mancher Predigten. Die sogar offen zur Schau getragene oder hinter einer autoritativen Fassade nur mühsam versteckte Frustration so mancher Amtsträger, Theologen und Berufskatholiken.

Wie soll denn einer, in dem alles leergebrannt ist, der nur noch aus Gewohnheit mehr oder weniger fromme Sprüche klopft, deren Hohlheit hörbar ist, wie soll denn der etwas vermitteln können von der Farbigkeit, von der Lebendigkeit dieses auserwählten Wüstenvolkes, von der faszinierenden Geschichte dieser Menschen mit ihrem Gott, von dem Mut und der

Demut dieses jüdischen Mädchens namens Maria und ihres Sohnes.

Wie soll denn einer, in dem die Liebe erloschen ist, die fleischgewordene Liebe, diesen Jesus, spürbar machen für einen, der sucht, oder nicht einmal sucht, aber in seinem tiefsten Inneren so gerne gefunden werden möchte.

Wie soll denn einer, dessen Phantasie getötet worden ist, dessen Geist nur noch dazu taugt, Wissen zu speichern, wie soll denn einer die Existenz dieses Schöpfergeistes, der alles in lebender Bewegung umfassen möchte, so glaubwürdig deuten, daß ein anderer begreifen kann, warum es Werte gibt, die weiter über jenen stehen, mit denen die Wohlstandsgesellschaft ihn umgibt.

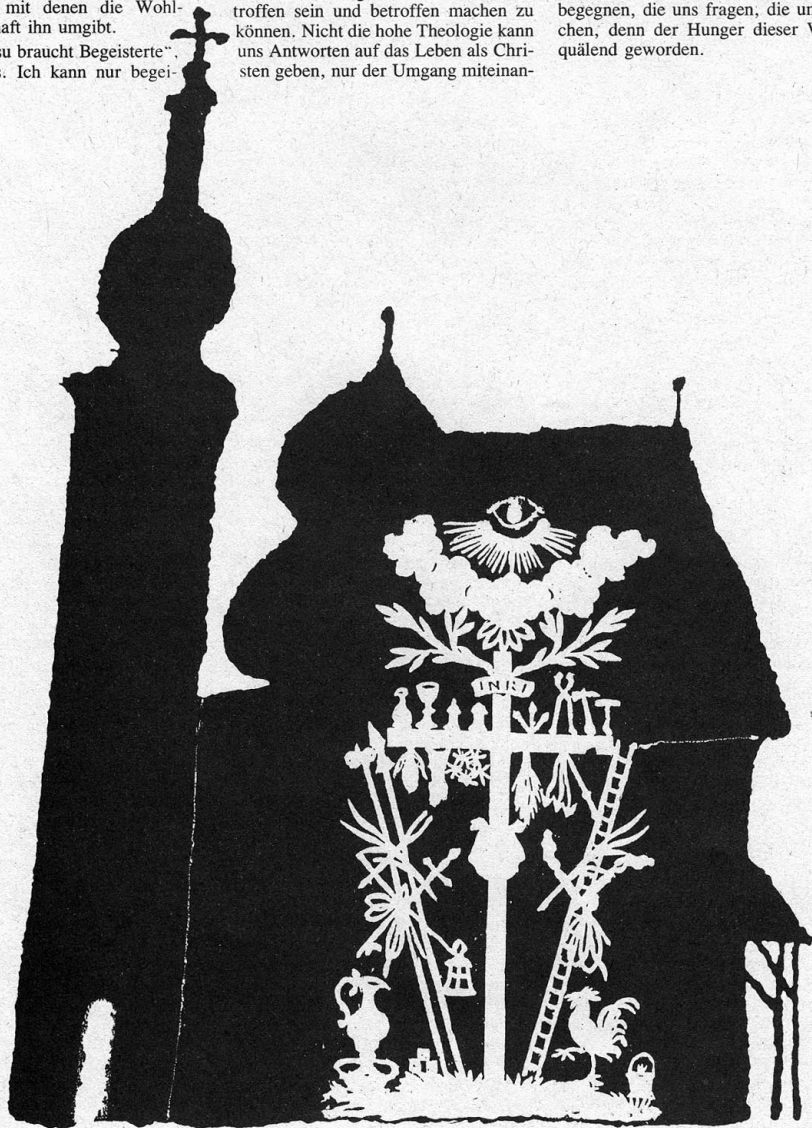
„Die Sache Jesu braucht Begeisterte“. darum geht es. Ich kann nur begei-

stern also dem Geist öffnen, wenn in mir selbst das Feuer der Begeisterung brennt. Ich kann nur betroffen machen — das heißt, aufwecken — wenn ich selber betroffen bin von der allumfassenden und doch so schlichten, einfachen, direkten Liebe Jesu Christi, ebenso, wie von der Lieblosigkeit einer Gesellschaft, die die Mehrheit verhungern und im Elend verkommen läßt.

Wißt ihr, meine Freunde, meine Schwestern, meine Brüder, von solchen Menschen träume ich, wenn ich mir die Frage zu stellen habe, was denn das heißt: Christsein — heute. Das heißt es, begeistert sein, um begeistern zu können, betroffen sein und betroffen machen zu können. Nicht die hohe Theologie kann uns Antworten auf das Leben als Christen geben, nur der Umgang miteinander

der in Liebe und Verantwortung, das trägt, das wächst, das breitet sich aus, das zielt dorthin, wo einer uns zugesagt hat: Sehet, ich mache alles neu.

Er, der von sich gesagt hat, daß er der Weg, die Wahrheit und das Leben ist, er, der sich uns als Brot und Wein immer wieder schenkt, der zum Brot des Lebens geworden ist — er macht uns neu, wenn wir nur wollen. Denn dieses Brot, das er ist, ist frisch und duftend. Wir müssen uns nur aus der faden, alten Hülle lösen. Gehen wir gemeinsam hinein in diese adventliche Zeit, die uns geschenkt ist, gehen wir hin, brechen wir einander dieses Brot und brechen wir es denen, die uns begegnen, die uns fragen, die uns brauchen, denn der Hunger dieser Welt ist quälend geworden.



KIRCHE: EINVERSTÄNDNIS ODER WIDERSTAND?

Die Wahrheit ist konkret (Brecht)

Zu diesem Thema wurde und wird laufend viel geschrieben und gesagt, sodaß es hier nur möglich ist, zu diesem globalen Thema einige wichtige Randbemerkungen beizutragen. Dieser Beitrag will nicht eine Neuauflage der „Civitas Dei“-Lehre des Augustinus Vorschub leisten. Er will weder eine „Zwei Reiche“-Lehre Luthers noch die Utopia des Thomas Morus fortsetzen, ebensowenig, wie er sich auf den Historiat Hegels stützt.

Subjektiv will dieser Beitrag nicht zu Ängsten oder zu Zustimmung einladen, nach denen alles, was Kirche mit Politik ausdrückt, in Bausch und Bogen verurteilt wird, und er will auch nicht kirchliche Politik der Gegenwart unreflektiert zur Kenntnis nehmen. Hinzu kommt eine weitere Problematik: ich bin ein Mitglied dieser Kirche und stehe in gewisser Weise in ihrer Tradition und kann nicht so tun, als ob mich vieles nichts angehe und ich nicht von Ängsten und Hoffnungen besetzt bin.

Wiewohl ich viele Punkte kritisiere und vieles in meiner Macht Stehende tue, um Veränderungen herbeizuführen, schiele ich nach der Obrigkeit, die m. E. unbeeinträchtigt und unverrückbar ihre Politik betreibt und gelegentlich inquisitorische Maßnahmen zur Disziplinierung unliebsamer Kritiker ergreift. Und ich sehe, wie Menschen in Scharen diese Kirche verlassen und sich selbstständig zu machen beginnen und nach anderen Möglichkeiten der Selbstfindung und der Gottfindung Ausschau halten. Dies sind meine Ängste, wenn ich den Mund zu weit auf-mache.

Auf dieses „Sehen“ möchte ich ein Augenmerk richten: ich bin kein unbeteiligter Zuschauer, sondern mitten drin; ich schaue aktiv, mit dem Herzen und mit dem Verstand, und möchte auch den Leser / die Leserin dieser Zeilen ermuntern, mit mir aktiv zu schauen und zu hören: in sich selbst hinein, auf die Stimme und Wörter und Gesten und Bilder, die uns umgeben. Sehen und Hören und ein Weiteres: Berührt sein von den Vorgängen in und um uns — diese Einstellung ermuntert mich zur Grundlinie; welche ich mit zwei Schlagworten umschreibe: Offenheit und Dialog. Am Gegenteil wird der Wert vielleicht deutlich: Verschlossenheit und Zube-tonieren. Diese Bereitschaft, hinzuhören und die Meinung auszutauschen, erwarte ich mir, denn nur so kann eine neue Glaubwürdigkeit entstehen, die das Ge-

wicht der Zustimmung wenigstens ein wenig verlagert.

So werde ich auf verschiedenen Ebenen exemplarisch einige Positionen ansprechen, denen gegenüber, wie ich glaube, die Obrigkeitskirche mit äußerster Skepsis begegnet (ist):

Armutsbewegungen im Mittelalter:

Nicht umsonst entwickelte sich gerade zu diesem Zeitpunkt, als die Kirche auf dem Höhepunkt ihrer Macht war (Innocenz III) eine Bewegung, die sich radikal an Jesus von Nazareth orientierte und, von Franz v. Assisi angeführt, die Glaubwürdigkeit der Kirche nur in der Besitzlosigkeit erscheinen ließ. Franz konnte diesen Anspruch persönlich durchhalten, seine Gefolgschaftsleute wurden bereits scharf gemäßregelt, wenn sie Mitglieder der Kirche bleiben wollten. Nicht soviel Wert legten andere Strömungen auf die Anerkennung durch die Obrigkeit. Sie stellten sich ausdrücklich mit dem Einsatz ihres Lebens gegen die Besitz- und Machtgier der Kirchenfürsten und Adligen und wurden schließlich samt und sonders von den „allerchristlichsten“ Herren der Kirche und der Kaiser ausgerottet: die Katharer und Albigenser. Die Macht- und Besitzlosigkeit, insofern sie nicht mithalten am verordneten Fortschrittsglauben und an geweckter Bedürfnisregelung, sind seither immer wieder ein Thema für viele Menschen. Heute ist es die Befreiungstheologie, die nicht umsonst von Franziskanern angeführt wird, von Arns, Lorscheider, Boff. Die kirchliche Obrigkeit aber mag dieses Thema nicht. Warum?

Der Prozeß des Galilei:

Als Menschen begannen, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen und den Blick ins Universum zu richten, war es wieder die kirchliche Obrigkeit, die einen Riegel vorschob. „Die Erde ist der Mittelpunkt...“ Natürlich ist unser Weltbild heute anders und vielen wissenschaftlichen Erkenntnissen angepaßt. Der Verstand aber und die Vernunft stellen ein Problem dar. Galilei hat nachgewiesen, mit den Mitteln der Vernunft, daß die Erde eben nicht der Mittelpunkt ist... und wurde mit vielen Wenn und Aber mundtot gemacht. Die Kirche war damals sehr mächtig: die Wissenschaft

weitgehend innerhalb der Kirche zur Blüte gekommen, also nahm sie sich auch das Recht heraus, über die Ergebnisse zu verfügen. Wenn die Geschichte mit Galilei überwiegend eine Machtfrage war, die die Kirche zu ihren Gunsten entschied, in diesem Punkt freilich nur vorübergehend, was ist heute anders? Die Frage könnte heute gestellt werden: in welchem Bereich verzichtet die Obrigkeitskirche freiwillig auf das Gespräch mit der Wissenschaft? Was ist daran das Bedenkliche? Ist das noch katholisch? Fragen über Fragen!

Josefinismus in Österreich:

Wenn wir nur einen Blick auf die Kirche Österreichs werfen, so kann dieser Blick getrübt sein durch das Bild, das sich uns durch die gegenwärtige Kirche bietet: Einfluß und Macht der Bischöfe in und auf viele Belange des öffentlichen Lebens, von der Gewerkschaft bis zu den Universitäten, von der Erziehung bis zur Erhaltung der Denkmäler: die Bischofskirche in Österreich ist mächtig! Zugleich gibt es hinter dieser Fassade der Macht eine langsam schwindende Mehrheit der Aktivkatholiken. Die Mehrzahl der Österreicher/innen besteht aus Tauf-scheinkatholiken, die aus Gründen eines längst überlebten Barockkatholizismus einen gewissen Wert auf kirchliche Ver-brämung existentieller Anlässe legen. Zwischen Taufe, Erstkommunion, Firmung, Trauung, Begräbnis findet sich wenig kirchlicher Glaube. Wenn man flüchtig hinschaut, könnte man meinen: viel Lärm um sehr wenig, wie Pelinka über Österreich klagt.

Die Sozialenzyklika Papst Johannes Pauls II., die wirklich den Vorrang der Arbeit vor das Kapital gesetzt hat, findet in der österreichischen Sozialgesetzgebung keinen Niederschlag. Warum? Warum wenden sich so viele Menschen von der Kirche ab, bzw., schauen nur flüchtig vorbei?

Macht und Ohnmacht der Kirche in Österreich hängen eng mit der josephinischen Tradition zusammen. Seit Josef II. hat sich die Kirche immer wieder zur Gewohnheit gemacht, nach einem gesellschaftlich mächtigen Partner Ausschau zu halten. Diese Bündnispartner wechseln zwar ihr Gesicht und ihre Namen, nicht aber ihr politisches Programm: Nach dem Ende der Monarchie hatte sich die Kirche bald mit der neuen Realität abgefunden. Sie hatte in der christlich-

sozialen Partei ihren mächtigen Bündnispartner. Kaum war der autoritäre Ständestaat zu Ende, pilgerte der Kardinal, Erzbischof von Wien, ins Hotel Imperial zu Adolf Hitler. Die Bischöfe folgten mit dem Wahlaufzug zugunsten des nationalsozialistischen Anschlusses. Aber auch diese Haltung war konsequent josephinisch, nämlich im Sinne einer „geliehenen“ Macht. Nach der Naziherrschaft verbündete sich die Kirche im Schottenstift in Wien mit den Gründern der Österr. Volkspartei, mit den Überlebenden der Konzentrationslager.

Natürlich war die Kirche in Österreich mit ihrer Politik der Anpassung an gesellschaftliche Systeme, an bestimmte Sieger, durchaus im Rahmen der Gesamtkirche. Sie handelte — wie Pelinka sagt — nur vielleicht immer ein wenig eifriger, ein wenig rascher, ein wenig willfähri-ger.

Politische Theologie oder politischer Katholizismus?

In zunehmendem Maße verstehen es die österreichischen Bischöfe, eine Politik zu machen, die zwar die Institution Kirche, so wie sie im Spätmittelalter geprägt wurde, noch immer an der Macht erhält, die aber weitgehend die Herzen vieler Menschen nicht mehr berührt. Freilich, um mit Bismarck zu sprechen: mit der Bergpredigt ist kein Staat zu machen. Die Forderung nach Armut und Besitzlosigkeit und Sanftmut läßt sich nicht zu Besitz und Macht und Einfluß umfunktionieren. Etwas deutlicher ausgedrückt: Die Obrigkeitskirche nimmt die Worte und Forderungen der Bergpredigt in den Mund — ihre politische Praxis aber ist das Bündnis mit den Mächtigen.

Im Laufe der Geschichte hat es immer wieder Versuche gegeben, die Obrigkeitskirche zu einer Änderung ihrer Position zu bringen. Wurde eine solche Bewegung wirklich gefährlich, dann kam unweigerlich der Rückschlag. Die Versuche einer Veränderung gingen vom aktiven bis zum passiven Widerstand, vom Einsatz des eigenen Lebens bis zum Austritt oder Ausschuß aus dieser Kirche. Neuerdings wurde ein Änderungsversuch unter dem Stichwort „Politische Theologie“ bekannt. Sie hat sich von vorneherein aus dem alltäglichen Leben auf die theologischen Fakultäten zurückgezogen und wollte theologische Inhalte auf ihre politische Funktion und Aussagekraft untersuchen. Führt doch die Theologie als Wissenschaft eher ein Elfenbeinturmdasein, insofern sie unter geänderten gesellschaftlichen Bedingungen noch immer alte mythologische Inhalte reflektiert.

Diese Politische Theologie hatte sich zur Aufgabe gesetzt, eine kritische Funktion innerhalb der Theologie zu übernehmen. Und das in dreifacher Richtung: sie thematisierte die grundsätzliche Problemlösbarkeit des Verhältnisses von Religion und Gesellschaft, von Glaube und gesell-

schaftlicher Praxis. Sie thematisierte den Trend zum Privaten der christlichen Botschaft, in dem die Geschichtlichkeit des Menschen vernachlässigt werden mußte. Und schließlich war ein Ziel die Entmythologisierung und Entprivatisierung des christlichen Glaubens.

So wichtig dieser Ansatz nicht nur für die Theologie, sondern auch für die Kirche insgesamt im Sinne einer Verbindung zwischen Obrigkeit und Laien sein mag, die Absicht blieb im Keim stecken, d.h., es ging über einige Bücher und Aufsätze nicht hinaus.

Die Politik der Kirche blieb unverändert, ja konnte sich noch differenzierter an der Macht orientieren, sodaß sich die Frage aufdrängt: Wird nicht diese Politische Theologie von der Kirche allzusehr mißbraucht?!

Die Befreiungstheologie:

Wesentlich mehr Zündstoff bietet eine Bewegung in Lateinamerika, die in Europa unter dem Stichwort „Theologie der Befreiung“ aufhorchen läßt. Es ist so, als ob das Volk die entschwebenden kirchlichen Amtsträger wieder oder seit Franz v. Assisi erstmalig auf die Erde zurückziehen würde. Kirche aus dem Volk, und nicht verordnet. Aber, was ist es, was viele Menschen mit neuer Energie erfüllt? Umgekehrt: was spricht diese Theologie an und was wurde allzulange Zeit unterdrückt bzw. beiseite geschoben?

Wie kann man in einer kritischen, mündig gewordenen Welt Christ sein? Und wieder und unaufhaltsam traten als neues gesellschaftliches Phänomen die Armen, die großen Mehrheiten der Bevölkerung auf den Plan, die vom Nutzen des Produktionsprozesses nichts abbekommen, ausgebeutet werden und der Ausschuß der Gesellschaft sind, die zur Lösung ihrer Probleme lediglich technische und soziale Maßnahmen anzubieten hat. Wie also kann man in einer Welt von Habenichtsen und Elendsgestalten Christ sein? So schreibt L. Boff: „Die Zeit für Reformen ist vorbei. Jetzt kommt es auf einen Prozeß der Befreiung an, in dem die Armen ihre zertrümmerte Würde wiedererlangen und dazu beitragen, nicht eine unbedingt reiche, wohl aber gerechtere und brüderlichere Gesellschaft herbeizuführen.“

Woher also nehmen Christen ihre Energie für ihr neues Selbstverständnis? Ausgangspunkt ist, daß sie sich über die Armut, in der Gott seine Kinder nicht sehen will, ethisch empören und zugleich im Gegenüber zu den Armen die spezifisch religiöse Erfahrung machen, daß sie in ihnen dem leidenden Gottesknecht Jesus Christus begegnen. Glaube ist also nicht zur reinen Innerlichkeit degradiert, sondern wird sichtbar und gefährlich. Glaube ist somit auch nicht rein individualistisch, dem Belieben des Einzelnen überlassen: „Er hat mich gesandt, Armen die

Frohe Botschaft zu bringen, Gefangenen Befreiung zu verkünden und Blinden das Augenlicht, Bedrückte in Freiheit zu entlassen, auszurufen ein Gnadenjahr des Herrn.“ (Lk 4, 18—19; Jes 61, 1—2). Diese Befreiung meint nicht nur alle Menschen (besonders die von ungerechten Strukturen Unterdrückten), sondern auch ihre Erlösung in allen Dimensionen des Lebens. Die entscheidende Grundidee ist daher, daß das Heil Jesu Christi Heil für den ganzen Menschen meint. Christliche Freiheit kann sich daher nur so realisieren, daß sie den ganzen Menschen befreit.

So kommen Christen nicht umhin, solche vergessenen biblischen Impulse mit der Realität in Verbindung zu bringen. Sie müssen erkennen, auf welche Weise und auf Grund welcher Mechanismen es einerseits zu dem himmelschreienden Elend und andererseits zu dem skandalösen Reichtum kommt. Hier bedarf es der geschichtlichen, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Analysen. In diesem Zusammenhang sind christlicher Glaube und Kirche nicht mehr isoliert oder „geliehen“ mächtig, sondern haben ihren eigenen wichtigen Stellenwert: die Realität des Elends, die bis jetzt mit sozialanalytischen Werkzeugen erhoben worden ist, gilt es mit den Augen des Glaubens und der Theologie zu betrachten und die Wege der Gnade wie die Widerhaken der Sünde auszumachen.

Es ist ein umfassender Prozeß der Befreiung, der hier angestrebt wird, und dafür sind entscheidende Schritte pastoralen Handelns nötig, damit sich Kirche und Christen am Prozeß der Befreiung beteiligen können. Im Gesamtrahmen des Befreiungsprozesses der Armen leistet der christliche Glaube insofern einen spezifischen Beitrag, als er gewaltfreie Methoden, der Kraft der Liebe und der unerschöpflichen Fähigkeit zu Dialog und Überzeugung den Vorrang gibt und sich bemüht, die bisweilen unvermeidliche, weil durch die Gegner jeder Veränderung erwungene Gewaltanwendung anhand ethischer Kriterien aus der Tradition zu bedenken.

Wie bei den bisherigen beispielhaft genannten Versuchen einer Umorientierung der Politik der Kirche, so gibt es auch hier scharfe Gegner. Als solche treten all jene auf, die außerstande sind, im christlichen Glauben wie im Leben Jesu ein Element der Befreiung zu erblicken, die den Glauben lediglich in Gottesdienst und Frömmigkeit gelten lassen wollen und die sich gegenüber den Schreien, welche der Job von heute zum Himmel schick, fühllos erweisen.

Wenn ich mir erlauben darf, das Thema „Kirche und Politik“ an Hand der angeführten Beispiele abzuschließen, so stelle ich fest, daß sich die Kirche immer — beginnend mit ihrem Stifter — parteiisch verhalten hat. Nur mit dem unübersehbaren Unterschied: die Amtskirche hat sich seit Konstantin eindeutig und scheinbar unwiderruflich auf die Seite der Starken

gestellt. Mit biblischen Worten: die Kirche stand immer schon auf der Seite des Pilatus und der Pharisäer, wie es der Großinquisitor ausdrückt. So kann das Kreuz nur die diktatorische Antwort auf die Botschaft Jesu sein.

Für diese Haltung der Kirche hat es immer wieder Kritiker in ihren eigenen Reihen und außerhalb gegeben. Die Kritiker innerhalb verstummen immer mehr zu Resignation, die außerhalb an Interesselosigkeit. Dennoch haben viele Armut als Ideal gelebt, konnten die Obrigkeit aber nicht zu einer Änderung ihrer Einstellung und ihrer Politik veranlassen.

1979 haben die Bischöfe Lateinamerikas (Puebla) sogar festgehalten: „Für uns Menschen von heute muß die Liebe Gottes vor allem zum Engagement dafür werden, daß den Unterdrückten Gerechtigkeit und den Bedürftigen Befreiung zuteil wird.“

Eine Variante dieser seit Jesus veränderten Parteilichkeit komme ich nicht umhin, anzuführen: Die Kirche hat seit ihrem Stifter eine ungeheuer reichhaltige

Tradition an Texten, Bildern, Inhalten, Verhaltensweisen, sodaß die Beschäftigung mit nur einem kleinen Teil der Tradition eine politische Haltung verhindert. Vor allem herrscht die Auffassung vor, daß der Geschichtsverlauf, so wie er eben war, der richtige und deshalb gut war. Demzufolge stelle der gegenwärtige Stand der Kirche die logische Folge dar und sei also unkorrigierbar. Sie stehe also direkt in den Fußstapfen Jesus und führe sein Programm aus. Manche versteigen sich sogar zur Auffassung, er habe alles so gewollt und die Kirche habe immer in seinem Sinne gehandelt, als sie sich z.B. ins Römische Weltreich integrierte, zuerst die griechischen, dann die römischen und schließlich die germanischen Götter vertrieb und an ihre Stelle einen monarchischen, allmächtigen Gott setzte, der nur allzuwenig mit dem Vater Jesu Christi zu tun hatte.

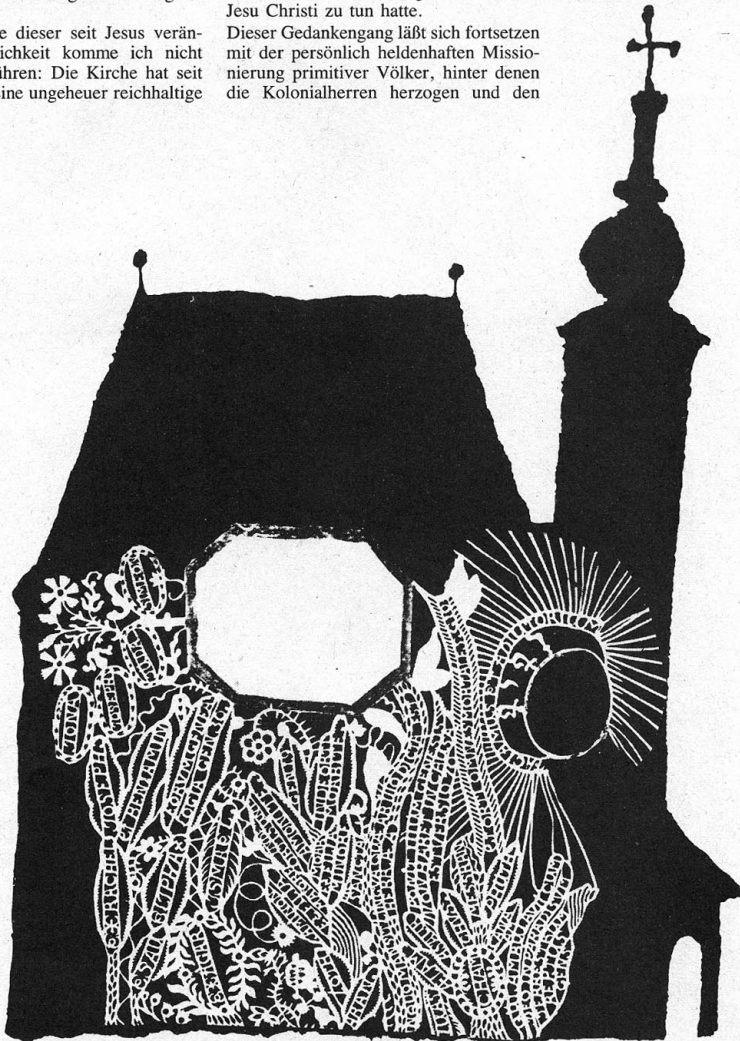
Dieser Gedankengang läßt sich fortsetzen mit der persönlich heldenhaften Missionierung primitiver Völker, hinter denen die Kolonialherren herzogen und den

Reichtum nach Europa brachten — im Namen des allerchristlichsten Herrn.

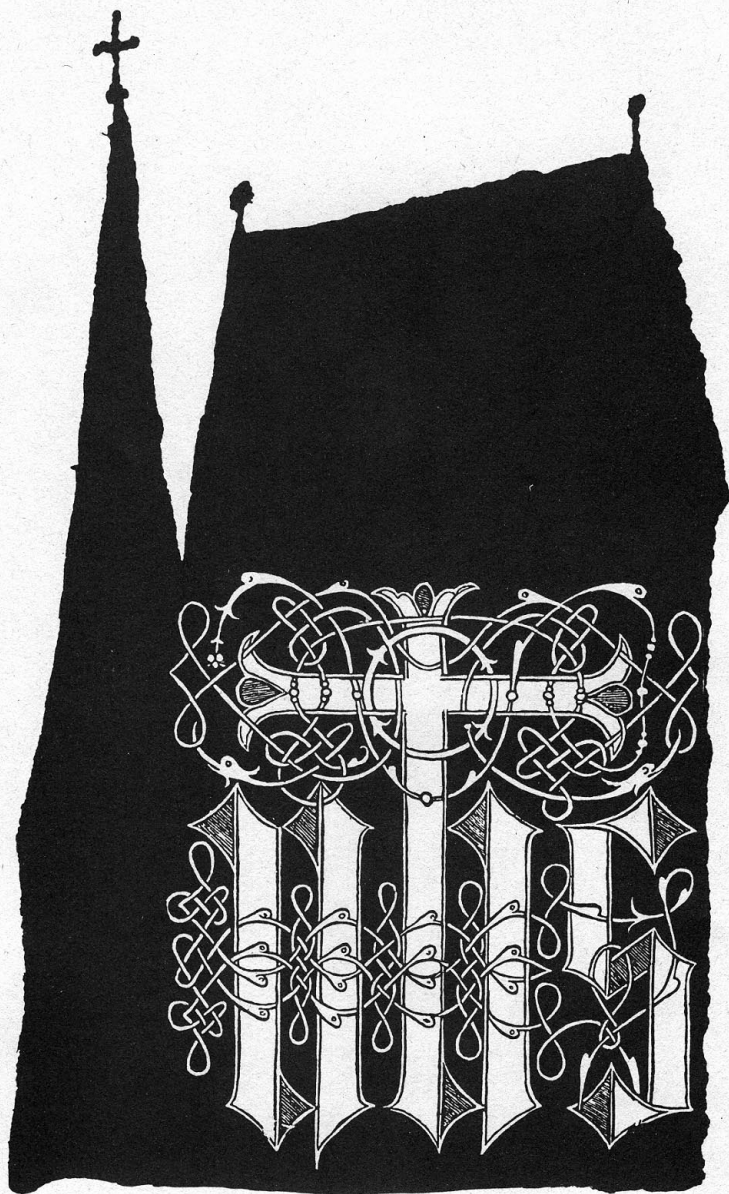
Eine Korrektur der Geschichte? Richtiger muß es heißen: eine Korrektur der Stellung der Kirche wäre vonnöten. Bezogen auf die österreichische Kirche:

Eine Politik der Kirche kann im Sinne Jesu nur darin bestehen, Partei zu ergreifen für die Armen, Entrechteten; d.h., für und mit Arbeitslosen, Sndlern, mit Friedenskämpfern, mit denen, die nicht die Zerstörung der Welt und des Menschen, sondern das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit suchen und den Mächtigen Widerstand leisten.

Die Antwort kann heute nicht lauten: das Kreuz oder neuerliches Entzünden von Scheiterhaufen oder Wiederaufleben von Götzopfern, denn die neutestamentliche Botschaft ist eine andere.



MORGEN HERR, BRECHE ICH AUF
WENN ICH ALLE VERSICHERUNGEN FÜR DIE REISE ABGESCHLOSSEN HABE;
MORGEN, HERR, FOLGE ICH DIR,
WENN ICH MEINE FINANZIELLEN ANGELEGENHEITEN GEREGLT HABE;
MORGEN HERR, STEHE ICH AUF,
WENN ICH MEINE HALTUNG POLITISCH ABGEWOGEN HABE,
MORGEN HERR, MORGEN VIELLEICHT.
HEINZ HARRICH



BEFREIENDE CHRISTEN — VERDRÄNGENDE CHRISTEN

Gefangen im selbstverschuldeten Selbstmordprogramm

Nicht-Christen oder Christen, heute ist das politische Dilemma dasselbe. Wir alle leben (mehr oder weniger, die meisten eher mehr als weniger) eingepaßt in Strukturen, die nach Art eines Selbstmordprogramms funktionieren. Das Vertrackte an dem Selbstmordprogramm ist, daß nicht allein äußere Zerstörungen programmiert sind, etwa als Umweltschädigungen, gegen die irgend eine Art Umweltschutz Abhilfe bringen könnte, und daß es immer schwerer fällt, „äußere“ Verursacher haftbar zu machen, die erprobten Sündenböcke aus früheren Krisen, die Hexen, Juden, diverse Verschwörungen und die üblichen ausländischen Feinde.

Gewiß scheinen auch heute wieder Mehrheiten dafür zu mobilisieren, einerseits das unfabare Zerstörungspotential auf handliche Symptome zu reduzieren („Rettet Österreichs Seen!“) und für den „Rest“ wieder einmal irgendwelche Sündenböcke vorzuschieben, deren Schuld das Unheil erklärt und deren Opferung es abwendet; Sozialparasiten oder Umweltfanatiker, Kommunisten oder Bankiers, diverse Abweichler sind im Angebot, dazu seit jeher Juden und Hexen. Und gerade in diesem Jahr hat sich neuerlich gezeigt, daß daraus sich politisches Kleingeld münzen läßt. Aber eben nur Kleingeld. Für Opferungen größeren Umfangs, mit politischen Profiten größeren Umfangs, reicht es diesmal nicht, noch nicht.

Zu ungeheuerlich ist diesesmal der Abstand zwischen den für jede und jeden irgendwo im eigenen Erleben faßbaren Zerstörungsdrohungen einerseits und den düren Sündenböcken, die man uns zur Schuldklärung und zur vermeintlich rettenden Opferung anzubieten hat. (Übrigens haben hierzulande einige der meistgehörten Opferungspropagandisten jüngst sich in ihren eigenen Schuldzuweisungen ein wenig verheddert. Das Publikum, seit langem dressiert auf Sündenböcke aus den Käfigen der Kommunisten, der grünen und alternativen Spinner, der nun mit Gottes Hilfe durch Aids gestraften Sexualabweichler und ähnlichen, soll plötzlich den Sündenbock genau in der Gegenrichtung erblicken, bei der von einer „moral majority“ und strammen Anti-Kommunisten getragenen Regierung der USA, die sich hinter „gewisse Kreise an der Ostküste“ gestellt habe. Ein derart unklarer Feind taugt schlecht zum Feind.) Für einen historischen Augenblick sind weder die altbe-

währten noch neu erfundenen Sündenböcke, deren stellvertretende Opferung die Krise beenden, die Zerstörungsdrohung abwenden soll, für Mehrheiten überzeugend identifizierbar.

Das ist die historisch wohl seltene, vielleicht einmalige Chance unserer Stunde. Wir erreichen den Rand dieser Chance, indem wir unsere Lage wahrnehmen unter dem Aspekt eines Selbstmordprogramms, das zwei sehr verschiedene, gleich wichtige Komponenten verbindet: Die eine Komponente des Selbstmordprogramms ist inzwischen für die sinnlich Wachen und auch für eine Mehrheit der sonstige Geschulten, auch für einige unmittelbar in ihren Interessen betroffenen Minderheiten unbezweifelbar Wirklichkeit. Noch keine Epoche hat auch nur annähernd so ausgedehnte und einander potenzierende Destruktivität in die Welt losgelassen. Als industrielle und, davon bestimmt, als konsumistische Expansion, ist die Ausplünderung und Instrumentalisierung der Welt, ihre Verwandlung in bloße Beschleunigung und in Abfall über jede Nutzenabwägung hinausgetrieben worden. Das von niemandem so gewollte, gleichsam selbstläufige Destruktionsprogramm zermahlt ebenso die „äußere“ Naturbasis wie auch die „innere“, die soziale und politisch-kulturelle Basis menschlichen Lebens. Die quer durch alle Interessenslagen und Ideologielager erfahrene oder doch angstvoll erahnte Umweltzerstörung ist nur die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs. In diesem Befund ist es unwichtig, ob die Befürchtungen hier und dort eher den Brennpunkt in ökologischen oder sozialen, in militärischen oder „zivilen“, in galoppierenden oder schleichenden Katastrophen finden. Optimistische wie pessimistische Prognosen erscheinen gleich unzuverlässig und geben keine Orientierung. Nicht ohne Grund sind Resignation einerseits, zynisch-bornierter Egoismus andererseits die vorherrschenden Varianten gegenwärtigen Verhaltens, und dies auf den unterschiedlichsten Niveaus sozialer Privilegierung oder Unterprivilegierung.

Die angehäuften Zerstörungspotentiale und vorprogrammierten Teilkatastrophen, so ungeheuer sie sind, umschreiben doch nur zur Hälfte das in Gang gesetzte Programm der Selbstzerstörung. Die andere Seite, die Mondseite, ist das zauberhafte Verschwinden der Urheber und Ursache, des Subjekts dieser losgelassenen Destruktivität. Gewiss können wir jede Menge von Schuldigen bezeichnen, „ich selber“ und „wir alle“, noch

lieber diese oder jene „anderen“. Mit derlei Schuldbenennungen, sogar wenn sie beweisbar sind, ist die Besinnung jedoch, kaum daß sie begonnen hat, schon wieder am Ende. Zu ungeheuerlich ist die Kluft zwischen einzelner Schuld und globalen Zerstörungstrends.

Ergiebiger ist es, wenn wir, statt nur „bei uns selber“, den Verursachern der großen Weichenstellungen in Wirtschaft und Politik nachfragen. Tatsächlich lassen sich für die großen Verbrechen der Chemisierung, Nuklearisierung, Abfallverstopfung und Militarisierung sehr wohl Urheber „mit Namen und Adresse“ herausfinden. Ihnen die biedermännische Maske vom Gesicht zu ziehen, ist zum Beruf spezieller Zirkel geworden, und ihr Beruf bleibt auch immer notwendig. Doch sehen wir auch, daß den großen Weichenstellern die Masken schneller nachwachsen, als sie ihnen weggezogen werden; denn Mehrheiten haben schon lange davor resigniert, Maske und Gesicht zu unterscheiden, ja, sie versuchen, die riskante Nachfrage nach den Weichenstellungen und nach „Namen und Adresse“ aus ihrem Leben zu verdrängen.

Das Entwirren der kleinen und großen Schuldzusammenhänge, ob wir uns eher auf Personen oder Cliquen oder Klassen konzentrieren, lenkt uns von der Hauptsache ab. Die großen Zerstörungen werden überwiegend indirekt verschuldet, indem Gruppen und Personen sich in die herrschenden Strukturen von Entscheidung und Wahrnehmung einpassen und diese Strukturen verteidigen. Nicht auf Destruktion, auf Produktion geht zumeist die Absicht; allein, die Strukturen des Wahrnehmens und Entscheidens lassen die anwachsende Produktivität in Destruktivität umschlagen.

Ein Mangel an Freiheit wird durch die Einladung zum freien Druck aufs Gaspedal beantwortet; ein befürchteter Energiemangel durch die Hypothek eines auf tausend Generationen zu fixierenden Plutoniumstaates; der Mangel an Einkommen und Lebenssinn durch „Arbeitsplätze“, zu vermehren mittels einer Arbeitsplätze vernichtenden Wirtschaftsweise; das Gefühl der Ungesicherheit durch „MAD“, also die Investition in die „wechselseitig gesicherte Zerstörung“. Ein Wahnsystem, dessen zerplatzender Kern das Zerreißen von Kommunikation ist.

Unter dem Bann dieses Wahnsystems verfällt nicht nur die verbrecherische, auch die wohlmeinende Absicht auf die

Moral einer maximalen Expansion von wirtschaftlichen, bürokratischen und militärischen Durchsetzungsmitteln. An die Stelle einer kulturell-politischen Kommunikation tritt der Scheinkonflikt zwischen Varianten ein und der selben Kommunikationszerreißung, links oder rechts, Staatsdirigismus oder zügelloser Verdrängungskampf zwischen Unternehmungen von Staaten („Marktwirtschaft“ benannt). Es sind gerade die Symptombekämpfer jeden Couleurs, die uns am rasantesten an den Rand von Katastrophen stoßen.

Erst dadurch werden die losgelassenen Zerstörungskräfte zum Selbstmordprogramm. Günter Anders hat an der Gestalt der Atompiloten von Hiroshima die Lage des modernen Subjekts klargemacht. Die jeweils punktuelle Schuld des Verbrechens, das punktuelle Verbrechen sind immer nur kleine Rädchen eines Mahlwerks, das als Kommunikationszerreißung die Strukturen von Wirtschaft und Politik festlegt.

Selbstverschuldet ist das ablaufende Programm ökologischer und sozialer Zerstörungen gewiß. Aber Verantwortung dafür, das heißt, der Ausbruch aus dem Zerstörungsprogramm, sind unmöglich, soweit wir dabei von den Strukturen des Wahnsystems und seinen Kommunikationszerreißungen absehen möchten. Ganz zutreffend wird die Welt als „Gehäuse der Hörigkeit“ und als eine Art „Sach-Zwinger“ der „Weltwirtschaft“ beschrieben. Ein betriebsamer Opportunismus, ein heroischer Optimismus gegenüber beliebigen technisch-wissenschaftlichen „Durchbrüchen“ erscheinen als einzig mögliche Alternative zur Resignation. Deutlicher als je zuvor heißt der Name der Unfreiheit heute Abdankung gegenüber den herrschenden Strukturen und ihren Verwaltern.

22

Der heutige Name der Befreiung

Verantwortliches Handeln kann heute nur heißen, beide Komponenten des laufenden Selbstmordprogrammes wahrzunehmen, auf beiden Seiten Widerstand zu leisten und Alternativen zu suchen. Auf der einen der beiden Fronten ist schon viel erreicht. Als Frucht des Engagements angefeindet und verspotteter Minderheiten wissen wir alle heute genug von Waldsterben, Plutoniumstaat und neuem sozialen Elend. Und ihnen verdanken wir auch einiges Wissen um die Möglichkeiten des Widerstands, um Alternativen im Umgang mit Energie und Chemie, schon deutlich weniger vom möglichen Teilen von Arbeit und Einkommen. Wissen und Gewissen wachsen aneinander.

Aber das ist nur die eine Seite. Ohnmacht in ihren verschiedenen Masken überwiegt doch bei weitem. Sie ist das Produktionsergebnis jenes Mahlwerks von Kommunikationszerreißungen, jener

Strukturen des herrschenden Wahnsystems mit der darin fixierten Unfähigkeit zu Verantwortung. Dagegen helfen edle Gesinnungen, die Berufung auf allerhöchste Normen und beschwörende Appelle wenig. Der Anfang „bei mir selber“ oder „in der Familie“ bleibt in der Regel dort auch schon stecken. Wir können uns die Parteinahme gegen jenes Mahlwerk und jene zerstörerischen Strukturen nicht ersparen.

Eben das ist die Bedeutung der Initiativen gegen Zwentendorf, Hainburg, Hochrüstung und so vieler anderer, die Bedeutung der „neuen sozialen Bewegungen“. In ihnen geht es zugleich um den Widerstand gegen Anschläge des raschen oder schleichenden Massenmords, und zugleich sind es neue Anfänge der Kommunikation. Darin geschieht viel mehr als das Verhindern schädlicher, unnötiger und Alternativen abwürgender Kraftwerke, Rüstungen oder sonstiger Mittelexpansionen eines Fortschritts in Geistesabwesenheit. Zugleich wird die Abdankung gegenüber der strukturell verfestigten Verantwortungslosigkeit zurückgenommen. In der Blockadeaktion und in der Kindergarteninitiative machen wir uns selber für unser Leben zuständig, und zuständig machen wir uns nicht als ein vermeintlich nur aus fremden Zwängen herauszubockendes, aufgeblähtes „Selbst“, sondern als miteinander redende und lernende, handelnde Menschen.

In diesem Doppelsinn ist die grün-alternative Bewegung heute die Befreiungsbewegung. Dazu gehören auch ihre riskanten Seitentriebe hinein in die parlamentarischen Institutionen, sei es über Flügel der alten Parteien und Verbände, sei es in neu gegründeten Parteien des selben Namens. In ihnen werden die Fragen des Überlebens schrittweise auf jede Tagesordnung gebracht. Und mehr als das. Auch die Frage des verantwortbaren Lebens läßt sich heute nur mehr stellen und beantworten durch die Parteinahme für das Überleben hindurch. Das betrifft auch jene, für die Überleben kein oberster Wert ist und angesichts von Vergänglichkeit und Sterblichkeit zweitrangig erscheinen mag. Jedes wie immer begründete Ethos verlangt (in der Redeweise der Christen muß es wohl heißen: das Reich Christi verlangt) die Umkehr aus dem Selbstmordprogramm, die Umkehr an beiden Fronten. Das Aufbrechen aus dem modernisierten Gehäuse der Hörigkeit, der Auszug aus Ägypten steht noch vor uns.

Christen — Gehilfen der Befreiung

Wo waren, wo sind die Christen beim Widerstand gegen und beim Umsteigen aus dem Selbstmordprogramm?

Zwei gegensätzliche Erfahrungen mit Christen bestimmen meine Erwartungen und meine Befürchtungen für den Beitrag von Christen zur Politik. Mit „politi-

schen Erfahrungen“ meine ich, leider muß das hierzulande extra betont werden, nicht in erster Linie Vorgänge in Parteien und staatlichen Institutionen, auch nicht in der organisatorischen Großmacht Kirche. Ich gehe aus von den eigenen oder durch andere mitgeteilten Erfahrungen in und rund um die unzähligen, buntscheckigen Initiativen, die mehr schlecht als recht als die neue soziale, als grün-alternative Bewegung dargestellt werden.

Die eine Erfahrung ist: Diesen Neubeginn politischen Handelns haben gerade hierzulande Christen entscheidend mitgestaltet. Das ist keine Sache der Statistik. Der Neuanfang braucht Anfänger, die neben ihrer unmittelbaren Betroffenheit und Entrüstung vor allem Mut und Besinnung, die Fähigkeit des Vertrauens und der wechselseitigen Unterstützung mitbringen oder zu erlernen und zu lehren vermögen. Eigenschaften dieser Art haben nicht zuletzt Christen in die neuen Initiativen eingebracht. Gewissenhafte Hartnäckigkeit auch in Konflikten, ein Ernstnehmen anderer auch bei abweichenden Meinungen, ein Gespür für Gewalt (wobei freilich anzumerken ist, daß der Umgang mit Gewalt überall in der Gesellschaft der schwächste Punkt ist, so auch in den neuen Initiativen), oft auch ein Sinn für Selbstkritik — Eigenschaften dieses Spektrums haben die Grünen und Alternativen mehr als alles andere benötigt und benötigen sie noch. Über die Gesinnung und das unverholene Verurteilen der großen Verbrechen hinaus sind Tatkraft im Zusammenhandeln und Offenheit für andere und für wechselnde Situationen die kostbarsten Beiträge im Auszug aus dem Selbstmordprogramm. Diesen Beitrag verdanken wir neben vielen Nicht-Christen vor allem auch etlichen Christen. Oft genug angefeindet und geächtet von ihren Mit-Christen, selten ermutigt und gefördert von den Oberen der eigenen Kirche, sind diese Christen unentbehrliche Gehilfen der Befreiung. Ihretwegen, was immer dagegen andere Christen tun oder unterlassen mögen, kann ich Christen mit Freude und Hoffnung begegnen.

Christen im Verdränger-Kartell

Im krassen Gegensatz dazu stehen Erfahrungen, auch mit Christen gemacht, die das Selbstmordprogramm ableugnen oder es rechtfertigen, den Widerstand dagegen aus der Öffentlichkeit herausdrängen, ihn entmutigen, ja verächtlich und verdächtig machen und womöglich bestrafen.

Ein hartes Urteil, gewiß. Vermutlich ist derjenige, der Christen als Partner der Befreiung kennen und schätzen gelernt hat, besonders getroffen von der Erfahrung, daß andere Christen, viele in Positionen von Ansehen und Macht, jahrelang dazu beigetragen haben und noch

beitragen, die Wahrnehmung des Selbstmordprogrammes und den Widerstand dagegen zu lähmen. Ich spreche von den Lebensfragen, wie Atomreaktoren und Waffenausföhrungen, industrielle Chemisierung des Lebens, vom Skandal der ungerechten und Elend produzierenden Teilung von Arbeit und Einkommen. Hier haben Christen in ihren Kreisen, oft auch mit dem organisatorischen Gewicht ihrer Kirche oder über christlich firmierende Parteien die frühzeitige und eindeutige Parteinahme gegen die Kräfte der Destruktion behindert, z. B., indem sie unzureichende Information als Tugend, Lauheit als Zeichen von besonderer Gewissenhaftigkeit hinstellten. Und in den meisten Lebensfragen, von den Atomreaktoren abgesehen, tun sie es noch.

Jedes Pauschalurteil hinkt, aber zu auffällig sind die vielen erklärten Christen in den Kreisen, die nach Kräften das Selbstmordprogramm aus dem Bewußtsein, die Warner und Widerstandsinitiatoren aus der Öffentlichkeit und wohl aus dem Beruf verdrängen. Die not-wendenden Konflikte werden verdrängt durch Konflikte über privates Sexualverhalten und anständiges Benehmen. Dabei ist viel die Rede von Gewissen und Verantwortung. Doch abgesehen von einem organisationskonformen Verhalten in Äußerlichkeiten bleibt gerade in den genannten ökologischen und sozialen Lebensfragen alles der geheimen Innerlichkeit der isolierten Einzelmenschen anvertraut, öffentliche Verbindlichkeit wird weder gefordert noch exemplarisch vorgelebt. Daraus resultiert eine Moral, die nur zwei Gebote kennt: Übe sexuelle Unterdrückung. Und schlag' dich auf die Seite der Obrigkeit, gegen die Störenfriede.

Aber Klagen ist nicht genug. Warum, so frage ich, bestimmen hierzulande die verdrängenden Christen so sehr das Bild ihrer Kirche(n), und warum nehmen sie überhaupt Teil am verhängnisvollen Kartell der Verdränger?

Eine unausgesprochene, oft unbewußte Vorentscheidung scheint das Denken und Tun vieler Christen und Kirchenoberer festzulegen, die Vorentscheidung zugunsten der die Gesellschaft prägenden Strukturen. Darauf hat P. Herwig Büchele SJ jüngst aufmerksam gemacht.^{*)} Diese Vorentscheidung zwingt sie in das Kartell der Verwalter und Nutznießer der herrschenden Strukturen hinein. Und im Kartell ist Erinnerung an widerständige Erfahrungen nicht erlaubt, muß verdrängt werden. Diese Verdrängung brauchte nicht erst von Christen erfunden zu werden, sie ist überall Landessitte, hierzulande erst recht. Und hier hat die verbreitete Hilflosigkeit gegenüber dem Selbstmordprogramm ihre Hauptwurzel. Wer kartellgetreu mitgeholfen hat, die eigene Geschichte zu verdrängen und umzufälschen — nicht allein die fernen Scheiterhaufen, „Thron und Altar“ — auch die jüngste Verstrickung fast aller in ein mörderisches Regime mit all den Opfern, Verbrechen, vielstufigem Mitläufertum, vergessenem Widerstand und versäumten Wahlmöglichkeiten, wer das verdrängt hat, wird blind auch für das andere verfaßte Mordprogramm der Ge-

genwart, blind für ihre Strukturen und Strukturverwalter ebenso wie für Chance und Notwendigkeit des Widerstandes und der Suche nach Alternativen.

Mit der Kampagne des letzten Jahres gegen das Erinnern und für das Verdrängen der eigenen geschichtlichen Verwicklungen ist dem ökologisch-sozialen Selbstmordprogramm erst recht die Bahn frei gemacht worden. Und prominente Christen haben prominent an dieser Campaign mitgewirkt.

Einen Opportunisten und Mitläufer par excellence für das höchste Amt der Republik zu kandidieren, an der Kandidatur „jetzt erst recht“ festzuhalten, auch wenn sich zeigt, daß durch sie eine bis dahin eher dumpfe Haltung des Nicht-Erinnerns und Nicht-Bereuens jetzt zum öffentlichen Vorbild wird, als „Pflichterfüllung“ zur staatstragenden Tugend erhoben ist, das ist ein Verbrechen an der Zukunft; es wiegt schwerer als die Inbetriebnahme einer Plutoniumfabrik. Dem gegenüber ist das Kalkül einer dadurch ermöglichten Regierungsbeteiligung nur läppisch.

Denn wie unser Verhältnis zur eigenen Geschichte, so unsere Zukunft. Dank der Campaign sind wir auch für heute und für morgen schon entlastet. Der Inhalt, der einer demokratischen Wahl unterschoben wurde, bietet Gewähr, daß wir mehrheitlich immer nur Opfer sind, brave Pflichterfüller, die wehleidig sich an das erinnern, was uns angetan wurde und wird, nicht an das, was mit unserer mehr oder minder unwilligen Beteiligung anderen (und nicht zuletzt als Bumerangeffekt doch wieder uns selber) angetan wurde und wird. Nun ist es mehrheitlich abgesegnet: An den strukturell vorprogrammierten, ökologischen und sozialen Katastrophen sind andere schuld, irgendwelche „gewisse Kreise“, deren gerade auch von deklarierten Christen betriebene, gekonnte Wiedererweckung zum Feind noch ganz andere Mehrheiten möglich machen kann als die heutige. In der so konstruierten politischen Wirklichkeit ist die Wende zur grün-alternativen Bewegung, eine Befreiung aus dem Selbstmordprogramm, weder möglich noch erwünscht.

Wohin gehen die Christen politisch?

Zwei gegensätzliche politische Erfahrungen mit Christen also stehen für mich gleichgewichtig nebeneinander, Gehilfen der Befreiung die einen, im Verdränger-Kartell die anderen. Es ist das Privileg der Distanz, nicht entscheiden zu müssen, wer die wahren und wer die falschen Christen sind.

Doch kann es für niemanden, der aufmerksam geworden ist für den Widerstand gegen das Selbstmordprogramm, gleichgültig sein, wohin die einen und die anderen Christen politisch weitergehen. Die verschiedenen Herrschaftsorganisationen sind kommunizierende Gefäße, und auch die verschiedenen Strömungen des Widerstands können kommunizieren. Verhängnisvoll wäre es, vor der jüngsten

Niederlage zu resignieren, etwa unter dem Motto, Österreich habe endlich einen Präsidenten, den die Mehrheit sich verdient hat, und die Ortskirche werde allmählich auch die Hirten bekommen, die sie mehrheitlich sich schon verdient hat.

Für das ganze Land hat es große Bedeutung, wie sich befreiende Christen und verdrängende Christen innerhalb ihrer Kirche und in der Öffentlichkeit auseinandersetzen. Die einen treiben augenblicklich mit dem Wind, die anderen müssen dagegen kreuzen. Wird der Rückzug in die ohnmächtige Innerlichkeit der Individuen auf der Grundlage einer Parteinahme zugunsten der Strukturen der Selbstmordgesellschaft (ergänzt durch Bravheit in organisationspezifischen Äußerlichkeiten) unwidersprochen fortgesetzt?

Sollen die Christenmenschen ihr Gewissen verabschieden, indem sie sich hinter der vermeintlichen Unfehlbarkeit zentraler Instanzen auch in pragmatischen Entscheidungen verstecken? Wird die neuerlich aufkommende Vergötzung kirchlicher Obrigkeiten einer Führergläubigkeit auch in der Gesellschaft ringsum wieder die Bahn ebnen? Bleibt es bei der Herabwertung der Frauen, wie in Wirtschaft und Politik so auch in der Kirche, hier vielleicht kompensiert durch eine vergötzte Frauengestalt? Bleibt es bei der Konfliktscheu gegenüber Umweltzerstörern und den Profiteuren einer heraufziehenden 2/3-Gesellschaft? Eine Konfliktscheu, kompensiert durch die hartherzige Ausstoßung derer, die die notwendigen Konflikte in der Kirche und in der allgemeinen Öffentlichkeit entfachen?

Doch ist das nur die eine Hälfte der Fragen, so scheint mir, die jetzt an die Christen und ihr politisches Handeln zu stellen sind. Der Beitrag zur heutigen Befreiungsbewegung, zur grün-alternativen Bewegung, den neben vielen Nicht-Christen besonders auch etliche Christen gebracht haben, wird in einer Zeit der Festigung des Verdränger-Kartells ebenso gebraucht wie in den Phasen des Anfangs.

Denn auch in dieser Bewegung ist die Scheidung der Geister notwendig. Die richtige ökologische und soziale Gesinnung allein genügt auch hier bekanntlich nicht. In den Initiativgruppen und Zusammenschlüssen und Parteien ist die Fähigkeit zur Kommunikation, also zu einer nicht bloß schematischen Anerkennung der jeweils anderen und, auf dieser Grundlage, zu Kritik, Konflikt und vertrauensvoller Zusammenarbeit kaum besser entfaltet als in der Gesellschaft ringsum. Das sollte nicht sonderlich überraschen. Wie in früheren Jahrhunderten bringt ein politischer Neuanfang seinen speziellen Mythos hervor und ist in Gefahr, ihm zu erliegen; diesmal der Mythos einer von kleinsten Gruppen verkörpert und rituell verwalteten „Basis“. Aufklärung tut also auch hier not. Und hier ist, neben anderen, heute der Ort befreiender Christen.

^{*)} H. Büchele, Christlicher Glaube und politische Vernunft, Wien 1987.

*Vom schwierigen Umgang
mit den Sünden unsrer Nachbarn*

*Nichts zeigt so die Größe eines
Menschen wie sein Verhalten
gegen fremde Sünden. Wer wahr-
haft groß ist, will befreien,
nicht demütigen; er sinnt auf
Hilfe, nicht auf Vorwurf, und
er zeigt, was er denkt, durch
Taten. Wir können zwar sehen,
was unser Bruder tut; was er
aber denkt, ist uns verborgen.
Wo mir das Innere eines Men-
schen unbekannt oder ungewiß
ist, da halte ich es für das
beste, das Günstigere anzu-
nehmen. Vielleicht hat er aus
Liebe getan, was er getan hat.*

Augustinus

MEINE KIRCHE UND ICH — FRAUEN ANTWORTEN!

Eine Umfrage unter Frauen von Grete Schurz

Kirche und Frau — ein düsteres Kapitel, sagen die einen — und vielleicht erinnern sie sich dabei an lodernde Scheiterhaufen oder an ihre Ausgrenzung von kirchlichen Ämtern. Kirche und Frau — welch eine Einheit rufen die anderen — und denken sofort an Maria, die jungfräuliche Gottesmutter, die besonders in den Herzen des einfachen Volkes einen hervorragenden Platz einnimmt. Maria, die Mantelmadonna, die den Furchtsamen und Verzweifelten Schutz und Trost bietet! Wohl aber dürfte das Verhältnis vieler Frauen, so vermute ich, Ambivalenz gegenüber ihrer Kirche ausdrücken. Um meine Meinung aus Vorurteil und Urteil überprüfen zu können, habe ich 5 Frauen, die in enger Beziehung zur Kirche standen oder noch immer stehen, die in ihr arbeiten oder wirkten, nachfolgende Fragen gestellt.

Meine Auswahl war breit gestreut hinsichtlich Alter und Beziehung in und zur Kirche. Neben 4 katholischen Gräzinerinnen befragte ich auch eine protestantische Religionslehrerin. Trotzdem kann man diese Frauen nicht als repräsentativ für die Durchschnittskirchgeherin ansehen, da sie sich durch eine überdurchschnittliche Bildung ausweisen. Es sind engagierte Christinnen, die nichts vom unreflektierten, naiven Glauben halten; die an ihrer Kirche mehr oder minder leiden oder sich sogar aus Enttäuschung von ihr entfernt haben. Sie treten alle für die freie Gewissensentscheidung und Würde eines Christenmenschen ein, und das Gleichnis vom guten Hirten, dem eine gehorsame Schafherde vertrauensvoll nachtrötet, findet nur eingeschränkt ihre Zustimmung.

Hier ihre Antworten:

Lieselotte Naussner:

Biographisches

Ich war immer in kirchlichen Gruppen beheimatet, Kath. Jungschar, KSJ, kirchliche Jugendzentren, bis zu meinem 20. Lebensjahr. Daher auch die Motivation, in der Kirche zu arbeiten.

Meine Einstellung zur Kirche war dabei immer kritisch-loyal, auch während des Theologiestudiums.

Meine Arbeit in der Kirche war inhaltlich interessant, allerdings waren die Arbeitsbedingungen (mangelnde Zusammenarbeit, wenig Bewegungsfreiheit, Frauenfeindlichkeit, kein Platz für eigene Initiativen und kontroverste Themen...) schlecht.

Jetzt habe ich zum Thema Kirche keine

Gefühle mehr. Während der Zeit meines „kirchlichen Dienstes“ überwogen Trauer und Wut über das viele unnötige Leid, das man sich innerhalb der Kirche zufügt, darüber, daß so viele kritische, engagierte, kluge Frauen und Männer in Trotz und Resignation verfallen. Darüber, wie viel an Intelligenz und Emotionen vergeudet werden im Versuch, die Situation als kirchliche(r) Laienmitarbeiter(in) zu ertragen, die sinnvoller eingesetzt werden könnten.

Freude und Hoffnung bringe ich schon lange nicht mehr mit „Kirche“ in Zusammenhang. Persönlich habe ich auch keine Wünsche an die Kirche. Für die aber, die noch immer an eine Veränderung der Kirche glauben, würde ich hoffen und wünschen, daß die Kirche ein Ort wird, an dem Frauen und Männer glücklich leben können. Dazu wäre notwendig, daß die Kirche in ihrer Einstellung zu den Frauen, zu Sexualität, zu kritischem Bewußtsein, zu den Humanwissenschaften, zu politischem Engagement, zu ökologischen Fragen eine tiefgreifende Veränderung durchmacht. Ich persönlich halte das für eine Utopie, aber wer weiß?

Rosa Illek:

Mein Einstieg in die Kirche

In der Nazizeit war der Religionsunterricht in der Schule verboten. Der Religionslehrer aber verstand es, uns für „Seelsorgestunden“ in der Sakristei zu gewinnen. Hier erst stieg ich persönlich in die Kirche ein. Unser Glaube wurde auch wissensmäßig vertieft, vor allem aber erlebten wir Glaubensgemeinschaft: gemeinsames Gebet, selbstgestaltete Gottesdienste, das Lesen der Heiligen Schrift, tatkräftige „Nächstenliebe“ und Geborgenheit. Ich begann, selbst Aufgaben zu übernehmen.

Meine Beziehung zur Kirche

Nachdem ich am 3. Mai 1945 zur deutschen Wehrmacht eingezogen wurde, meine südmährische Heimat verließ und verlor, erlebte ich auf meiner Odyssee erstmals die Kirche als meine Heimat. Hier fand ich zumeist Menschen, die mich aufnehmen, mir halfen, sich mir verbunden fühlten.

Entscheidend war auch die Erfahrung: ich selbst bin Kirche — wie ich an meinem Platz Kirche lebe, stellt sie sich für andere dar — ich trage Mitverantwortung für ihre Gestalt und Glaubwürdigkeit. Weil ich weiß, wie unzulänglich ich selbst das Evangelium lebe, ist es mir leichter, menschliche Schwächen anderer

in der Kirche auszuhalten.

Meine Arbeit in der Kirche

Von meinem 15. Lebensjahr an habe ich ehrenamtlich in der Kirche mitgearbeitet, vom 19. bis zu meiner Pensionierung 39 Jahre hauptamtlich, und jetzt arbeite ich wieder ehrenamtlich.

Hauptamtlich war ich 1 Jahr in einer Arbeiterpfarre in Wien, 1 Jahr in der Flüchtlingsseelsorge in Linz, 5 Jahre Redakteurin in der gesamtösterreichischen Mädchenzeitschrift „Schöne Welt“, und 32 Jahre in der Katholischen Frauenbewegung in der Steiermark.

Meine Arbeit brachte mir mehr Freude als Traurigkeit und Ärger, sonst hätte ich sie neben den Aufgaben in meiner großen Familie nicht so lange ausgehalten. Ich konnte weitgehend meine Begabungen einbringen, konstruktiv und schöpferisch arbeiten, mich weiterbilden und vor allem ungezählten Menschen begegnen, für sie und mit ihnen arbeiten.

Leiden — Zorn — Ängste

Ich habe, trotz des oben Gesagten, mich natürlich auch in der Kirche öfters allein gelassen gefühlt und den Eindruck gehabt, daß manchmal nur meine Arbeitsleistung zählte, mein persönliches

Schicksal aber nicht interessierte. Ich habe (zornig?) geweiht, als ich das Papier „gegen die Wehefähigkeit der Frau“ las und manche Passagen zur Empfängnisregelung in *Humanae vitae*, weil da von Frauen die Rede ist, als ob sie nur einen Körper hätten...

Freude — Hoffnung — Wünsche

Freude an der Kirche muß schon im Bisherigen durchgeklungen sein. Meine Hoffnung ist, daß die Kirche mehr lernt, dem Menschen von heute die befreiende Botschaft des Evangeliums (einschließlich des Kreuzes) weiterzusagen.

Ich wünsche uns allen, daß die Begriffe Glaube, Hoffnung und Liebe in der Kirche nüchtern in konkrete Haltungen und Taten umgesetzt werden.

Evi Krobath:

Zum Thema: Meine Kirche und ich

Von Freundinnen kritisch befragt, wieso ich als Feministin immer noch in der Kirche bin und was ich mir von einer solchen Männerinstitution überhaupt noch verspreche, gerate ich in nicht geringe Verlegenheit. Mein Verhältnis zur Kirche ist tatsächlich sehr ambivalent: gemischt aus Wut und Anhänglichkeit. Die Anhänglichkeit resultiert aus positiven

Erfahrungen, die ich nicht missen möchte, die mein Leben entscheidend beeinflussen und prägten. Sie wurden mir durch Menschen vermittelt, die zwar an der Kirche litten und doch nie aufhörten, ihr Christsein in der Welt durch ihren Einsatz für Gerechtigkeit für mich glaubwürdig zu machen. Ich war beeindruckt. Nachdem ich weder religiös erzogen, noch je einen Religionsunterricht besucht hatte, begann ich, zum Entsetzen meines Vaters — er war Schauspieler und Agnostiker — mit dreizehn Jahren Theologie zu studieren und hab's eigentlich nie bereut. Da in der evangelischen Kirche Österreichs damals Frauen noch nicht (wie heute) zum Pfarramt ordiniert werden konnten, wurde ich Religionslehrerin.

Daß ich was verändern möchte, hängt mit meiner **Wut** zusammen, daß die Kirche als Institution sich immer wieder mit der Macht verbündet und weitgehend zum Werkzeug und Komplizen einer patriarchalen Gesellschaft wird. Eine wirkliche Herausforderung und Chance für die Kirche sehe ich in der Befreiungstheologie Lateinamerikas und in der feministischen Theologie. Für eine solche Basisbewegung, für eine „Kirche von unten“ — die mir am ehesten mit der Kirche Jesu ident zu sein scheint — lohnt sich der Einsatz.

Feministische Theologie verstehe ich nicht als schmückendes Beiwerk, als kosmetischen Aufputz dieser Männerkirche, in der dann wohlwollend neben den Brüdern endlich auch die Schwestern wahrgenommen werden, sondern als Anstoß eines grundsätzlichen Umdenkungsprozesses, dessen Folge eine geschwisterliche Kirche sein müßte, in der Funktionen, Ämter und Dienste nicht nach Geschlecht, sondern nach Fähigkeit und Qualifikation allen offen stehen. Eine Kirche, die nicht nur auf Strukturen der Unterdrückung in ihren eigenen Reihen verzichtet, sondern gegen solche auch weltweit eintritt. Katholische Schwestern beneiden mich oft: „Bei euch Evangelischen sind die Frauen doch gleichberechtigt...“, aber auch bei uns sind Frauen in Entscheidungsgremien und leitenden Ämtern so gut wie nicht vertreten. Außerdem ist die bloße Tatsache, daß Frauen Pfarrer werden können, noch keine Garantie dafür, daß unsere Kirche „weiblicher“ wird.

Andere katholische Freundinnen empfinden gerade die protestantische Kirche als besonders männlich geprägt: „Ihr habt ja nicht einmal Maria, um euch mit dem Weiblichen in Gott zu identifizieren, kein weibliches Gottesbild!“ Das ist eine berechtigte Kritik: mit den Bildern und weiblichen Handlungen hat man uns ein großes Gut an „anschaulicher“ Frauentradition und Identifikationsmöglichkeit genommen. Andererseits ist aber kritisch zu fragen: was hat Maria den Frauen in der Kirche gebracht? Wurde nicht gerade sie zu einem Instrument der Unterdrückung als unerreichbares Vorbild für

Keuschheit, demütigen Gehorsam, Mütterlichkeit und Entsagung? Ein Gegenbild zur „sündigen“ Eva, mit der Frauen ihr eigenes Frausein verachten lernen sollten? — In der katholischen, aber auch in der evangelischen Kirche fehlt die Korrektur solch einseitig verzerrter Frauenbilder.

Zwischen der Maria und Eva der Kirchen, zwischen der Heiligen und der Hure muß es noch etwas geben: die neue Frau, die echte Maria und die echte Eva, die gar nicht so weit voneinander entfernt zu sein scheinen. Die Schwestern, die zusammengehören und sich nicht länger von einer patriarchalen Männerkirche und -gesellschaft auseinanderdividieren und gegeneinander ausspielen lassen sollten.

Die beiden, die eine, könnte wesentlich dazu beitragen, Kirche und Gesellschaft zu verändern zu einem Raum, wo Menschen menschlicher miteinander umgehen. Das ist meine hoffnungsvolle Vision.

Edith Draxl:

Ich bin Lehrerin für Religion und Deutsch am Borg 1 in Graz und Mitarbeiterin am Religionspädagogischen Institut. Ehrenamtlich engagiere ich mich in der Stadtpfarre in Graz in der Jugendarbeit und in einem Kreis, der sich mit entwicklungspolitischen Fragen beschäftigt. Seit den Neuwahlen in diesem Frühjahr bin ich auch Pfarrgemeinderätin. Zu meiner Beziehung zur Kirche befragt, fallen mir viele sehr verschiedene Bilder ein:

das Kreuzzeichen, das mir meine Mutter auf die Stirn malt, wenn sie mich besonders beschützt wissen will; unbeschwerte Tage auf Jugendlagern; große, dunkle, kühle Kirchenräume, die ich an heißen Sommertagen betrete — die Augen noch gewöhnt ans gleißende Licht, sehen kaum die beruhrende Schönheit (wenn sie nicht gerade von lärmenden Touristen gestört wird); eine kleine Kirche im weißen Sonnenlicht in Griechenland, deren Innenraum von knisternden Kerzen erhellt wird — es ist völlig still, ich höre nur das Knistern der Kerzen und das Schlagen einer mächtigen Pendeluhr; Meßfeiern mit Freunden; Gottesdienste, durch die ich mich verbunden fühle mit Menschen anderer Erdteile, Gottesdienste, die mitempfinden, mithoffen, mitdenken, mitausdrücken; ich höre sakrale Musik aus vielen Jahrhunderten; ich träume den Traum von einem paradiesischen Leben und stehe betroffen vor der Kraft, die manche Menschen aus dem Glauben gewinnen oder — wie Martin Luther King — gewonnen haben, der für ein solches Leben eintrat, wider besseres Wissen die Hoffnung nicht aufgab. Neben diesen mir kostbaren Bildern gibt es die anderen:

mein Staunen über eine kirchliche Spra-

che, die vieles verschleierte, verwischt, verhartet und erstarrt läßt, die Wörter wie Macht, Ohnmacht u. a. tabuisiert; meine Trauer über eine Kirche, die zu vielen konkreten Problemen der heutigen Zeit beinahe nur schweigt, die Angst hat, konkret zu werden, genau zu analysieren in Fragen des Umweltschutzes, der Arbeitslosigkeit, des Friedens, der Situation der Frau;

meine Wut angesichts einer Zeitungsnotiz, die mir wieder in Erinnerung ruft, daß die Angst vor den Linken größer ist als die Angst vor Krieg, vor Unrecht, vor irreparablen Umweltschäden, daß die Kirche politisch klug sein will, Sachzwängen unterliegt. Situationen, in denen ich zweifle, und mir, was mein Frausein betrifft und mein Leben als Frau in dieser Gesellschaft, von der Kirche kaum Hilfestellungen erwarde; mein Wunsch, das, was mich als junge Frau betrifft, zur Sprache zu bringen, und mein Unvermögen, es in diesem Schweigen zu tun.

Meine Wünsche: ein Gespräch jenseits des „du sollst“ und „du mußt“, ein Gespräch in Freiheit, ohne Angst vor Verurteilung oder gar Hinauswurf. Ich wünsche mir ein Gespräch, in dem Frauen ihre Stimme erheben können, ohne diplomatisch sein zu müssen.

Eine der wichtigsten Botschaften Jesu war die Feststellung, daß das Gesetz für den Menschen da ist und nicht der Mensch für das Gesetz oder die Struktur. Ich wünsche mir, daß sich meine Kirche wieder stärker daran erinnert, auch im Gespräch mit den Frauen.

Christine Filipancic:

Ich wurde 1944 geboren, getauft und so in die Gemeinschaft der Kirche aufgenommen. Ich bin in einem kleinen Dorf in der Obersteiermark aufgewachsen, in dem die Kirche und kirchliche Feste noch eine zentrale Bedeutung hatten. In meinem (Groß-)Elternhaus wurde nicht viel über den Glauben und Gott gesprochen, der Herrgott hatte seinen festen Platz. Er war ein strenger, strafender, alles überblickender, Ordnung schaffender Vater im Himmel. Mit dieser nur angedeuteten gerafften Glaubensgeschichte im Hintergrund habe ich mich auf die Suche nach dem liebenden, zärtlichen, barmherzigen Gott gegeben — auf einen langen, oft auch dunklen Weg!

Meine Beziehung zur Kirche als Gemeinschaft der Gläubigen ist so vielfältig, so schön, so traurig, so tragend, so gefährdet, wie es eben menschliche Beziehungen sind — aber hoffnungsvoll und unter der Verheißung des Heiles.

Meine Beziehung zu den hierarchischen, patriarchalischen Strukturen in der Kirche, in denen die Frohbotschaft durch die Wichtigkeit von „oben“ und „unten“ oft überschattet wird, in denen uns Frauen im Dienen der erste Rang, in der Entscheidung und Verantwortung aber bestenfalls die zweite Reihe oder auch nur

Zuschauerränge zugewiesen werden, ist natürlich bei weitem nicht so unproblematisch. Hier hoffe ich auf Gespräch, Verständnis und Veränderung. Ich arbeite seit 1970 hauptberuflich in der Kirche, davon 8 Jahre im Generalsekretariat der Kath. Aktion, wo ich die Bedeutung und Vielfalt des Laienengagements in der Kirche und eine gute Zusammenarbeit mit einzelnen Priestern kennen und schätzen gelernt habe, und 9 Jahre als Leiterin des Projektes Alleinerzieher. Ich arbeite in dieser Kirche mit und für Menschen (es sind vor allem Frauen), die suchen und fragen, die schwere Lasten tragen, die das Scheitern kennen und den Mut haben, neu anzufangen.

Ich leide in meiner Kirche bei allen Verletzungen der personalen Gleichwertigkeit von Mann und Frau. Das beginnt im Alltag, wenn wir Frauen nur in der Rolle der Hausfrau und Mutter angesprochen und akzeptiert werden, setzt sich fort, wenn Mädchen noch immer nicht als Ministrantinnen zugelassen werden, und schließt in letzter Konsequenz die Frage der Weihe der Frau mit ein.

Ich leide an den einseitigen Frauenbildern, die uns — gestützt auf eine einseitige Mariologie — vorgesetzt und übergestülpt werden, und ich leide an der Männersprache in der Verkündigung. Ich leide, wenn Menschen verurteilt werden, die nicht nach den (Ideal-)Vorstellungen der Kirche leben.

Ich kann auch zornig werden, wenn derartige Verhaltensweisen mit unhaltbaren Argumenten begründet werden.

Meine Ängste melden sich dort, wo wir unsere Wünsche nicht mehr aussprechen, keine Forderungen laut werden und die Gefahr besteht, daß die Frauen still aus der Kirche ausziehen.

Meine Freude in der Kirche ist die Gemeinschaft, die ich erlebt habe und immer wieder erfahre, besonders in den schwachen Stunden meines Lebens.

In vielen Gesprächen mit Menschen in der Kirche und am Rande der Kirche und vor allem in der Auseinandersetzung mit der feministischen Theologie habe ich einen persönlichen Zugang zur Botschaft Jesu gefunden: Ich bin angesprochen, aufgerufen, kann verstehen, erkennen, annehmen, ablehnen, oder oft auch nur staunend ahnen. Ich mit meinen Fähigkeiten und Unfähigkeiten, ich mit meiner Sprache und meinen Ausdrucksmöglichkeiten, kann von dieser Botschaft künden. Und so sind viele aufgerufen und spüren es auch — als Frau und als Mann. Das gibt mir Hoffnung und Zuversicht.

Summa summarum schalte sich aus den Niederschriften eine deutliche Tragfähigkeit des Glaubens, gestützt auf die christliche Botschaft der Gleichheit vor Gott und der versöhnenden Nächstenliebe heraus. Das Verhältnis der Frauen zur Institution Kirche jedoch erscheint fast durchwegs problematisch und schmerzhaft. Leider gibt es tatsächlich zur Zeit wenig Hoffnung auf Veränderung. Ein kalter Wind bläst emanzipatorisch orientierten Christinnen aus Rom kommend ins Ge-

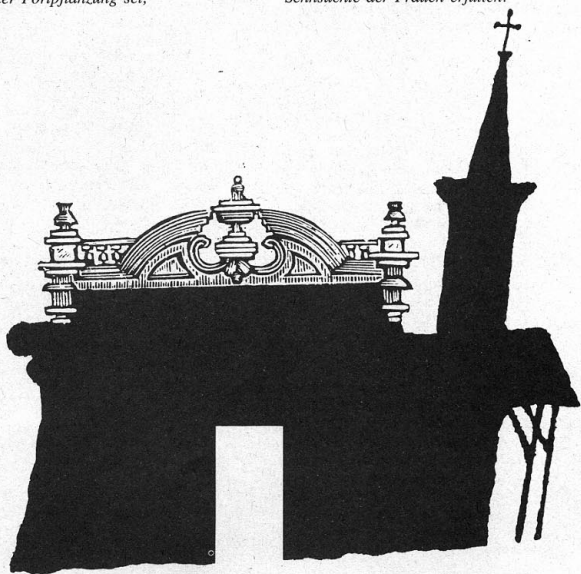
sicht. Sie haben im zweiten und dritten Glied der Kirche zu bleiben und Basisarbeit zu verrichten. Der Altarraum soll den Männern als übergeordnete Instanz vorbehalten bleiben! Man hört nicht auf sie, auch wenn sie sich auf das bemerkenswerte Zuwendungsverhalten Jesus zu den Frauen seiner Umgebung berufen — auf den liebevollen Umgang mit den Schwestern Martha und Maria Magdalena, die sich unter seine Jünger gemischt hatten. Frauen begleiteten Jesus von Galiläa nach Jerusalem, Frauen bezeugten zuerst seinen Tod und seine Auferstehung. Auch in der Urkirche haben diese eine erhebliche Rolle als Leiterinnen von Hauskirchen gespielt. Eine der hervorragendsten Frauen der paulinischen Kirche war Phöbe. Sie wird im Römerbrief sechzehn erwähnt und als Diakonin bezeichnet. Merkwürdigerweise blieb bei der späteren Auslegung vom hohen Amt der Diakonin nur die „Dienerin“ übrig. Junia, eine Apostolin zu Paulus Zeiten, die ihn bis in die Haft begleitete, erfuhr in der patriarchalischen Geschichtsschreibung sogar eine Geschlechts-umwandlung. Sie wurde zu Junio, also zu einem Manne. Diakoninnen hatten bischofsähnliche Funktionen in der Kirche — bis, ja — bis Paulus mit seinem „die Frau schweige in der Versammlung“ das Weibliche aus dem inneren Kreis endgültig verbannte. So vermuten es zumindest feministische Theologinnen der evangelischen und katholischen Kirche, und sie berufen sich dabei auf die Heilige Schrift und die Kirchengeschichte. Sie verübeln es den Kirchenvätern, daß diese sie oftmals für die Schlechtigkeit und Sündhaftigkeit unserer Welt verantwortlich gemacht haben. Einer der ersten war Tertullian, der das Weib als die Pforte zur Hölle bezeichnet hat. Aber auch Augustinus, der größte Kirchenlehrer des 14. Jahrhunderts, läßt keinen Zweifel daran, daß die Frau „dem Mann zur Hilfe geschaffen“ (ist). Während er also herrscht, gehorcht sie! Ein anderer Großer, Thomas von Aquin (1225 — 1274), hängt dem Weibe gleich eine dreifache Minderwertigkeit an:

- 1.) die biogenetische — weil sie aus der Rippe des Mannes erschaffen wurde;
- 2.) die funktionelle — weil sie nur passive Hilfe bei der Fortpflanzung sei;

3.) die qualitative — weil sie dem Geist des Mannes nicht gewachsen sei.

Trotz dieser von höchster Ebene bestätigten Minderwertigkeit mußten Frauen als Hexen und Zauberrinnen brennen — jahrhundertlang — millionenfach!

Das Negativimage der Frau in der Kirche hat sich bis heute nicht grundlegend verändert, obwohl die Lichtgestalt der Jungfrau Maria als Gegengewicht zur Verführerin Eva hervorgehoben wird. Doch die Art der Verehrung, wie sie der Gottesmutter entgegengebracht wird, empfinden viele fortschrittlich orientierte Frauen als etwas peinlich, weil sich diese zu sehr auf die jungfräuliche Mutterschaft und gehorsame Magd bezieht — also nicht auf die ganzheitliche Frau, die auch ihre Geschlechtlichkeit bejaht, gerichtet ist. Diese kritische Haltung hat wahrscheinlich auch die scharfen Worte des Kirchendogmatikers Kardinal Simonis (Dezember 1986) hervorgerufen, der die sogenannte feministische Theologie verurteilt, weil sie das Gottesbild entstelle, die Person Christi reduziere und ein Bild der Jungfrau Maria zeichne, das nicht im Einklang mit der Bibel stehe. Der Zweifel an der Jungfräulichkeit der Gottesmutter hat auch im Sommer dieses Jahres dazu geführt, daß die berühmte katholische Theologin Ute Ranke-Heinemann vom Bistum Essen ihre Lehrbefugnis verlor. Auch andere Frauen, die an der vorderen Emanzipationsfront der christlichen Kirche stehen, werden in naher Zukunft ihren Traum von einer „partnerschaftlichen Kirche“ nicht verwirklichen können, obwohl die Theologie der Befreiung Hoffnung gibt. Die Entscheidung der anglikanischen Synode, die die Frauenordination beschlossen hat und deshalb von einer Spaltung bedroht ist, kann als ein positives Zeichen gewertet werden. Vielleicht vermögen diese Signale das Kirchenschiff zu wenden, das der jetzige Papst und seine Kurie in jene Gewässer zurücksteuern wollen, wo Demut und Gehorsam besonders gefragt sind. Gegen Kleinmut und Ängstlichkeit werden es die Wellen der inneren Freiheit und geschwisterlichen Gleichheit vor den Herrn hinaustragen, weil auf das offene Meer. Dann aber können sich auch die Sehnsüchte der Frauen erfüllen!





„In aller Demut“ kam dem Rektor des Kulturzentrums bei den Minoriten, Josef Fink, die Galle hoch. Warum, das schildert der Priester Fink in diesem Gastkommentar: In einer Offenheit, die derzeit ungewohnt und daher umso erfreulicher ist.

Über Mündigkeit und das Schreien der Steine

VON JOSEF FINK

Die „Päpstliche Kommission für die authentische Auslegung des kirchlichen Rechtsbuches“ hat entschieden, daß die Predigt in der Messe nur vom Priester oder vom Diakon gehalten werden darf; dies sei für jeden Bischof bindend, er könne davon keine Dispens erteilen.

So mußte ich lesen. Und mir kam in aller Demut die Galle hoch.

Ich, leidenschaftlicher Christ und Katholik aus Überzeugung, gestehe, daß ich mich täglich mehr anstrengen muß, unter dem Antlitz der römischen Kirche das Angesicht Jesu, des Christus, zu sehen.

Besser ein Skandal...

Noch nie in den mehr als zwanzig Jahren, da ich die Last und Hitze des Alltäglichen in der Kirche trage, ertrage, mittrage, haben so viele meiner guten Freunde ihr Befremden über den Weg meiner Kirche formuliert. Wie oft habe ich mich fransig geredet — tretet nicht aus, das ist keine Lösung; meldet euch zu Wort, seid lästig; werdet innerlich, nehmt die Wörter beim Wort, geht aufrecht, gerade die jetzige Welt braucht die Botschaft der Christen — dennoch: Erst vor kurzem hat einer der besten Maler, die ich kenne, gesagt, langsam werde das Vokabel „katholisch“ ein Schimpfwort. Denn es stünde seit langem für Enge, Sturheit, Phantasielosigkeit, Rechthaberei, Männerclique, Sexualneurosen und alle Formen des dümmsten Fundamentalismus, die nur noch durch Sekten überbietbar wären.

Ich widersprach mit Leidenschaft. Keiner könne das letzte Konzil ungeschehen machen. Auch der jetzige Papst sei ein von diesem Konzil geprägter Papst, und die Enge und Angst der Unsicherheiten am Beginn eines neuen Aons, wie es sich zur Zeit eindeutig zeige, würden überwunden werden.

Lapidarer Satz meines Gegenredners: „Wenn die Laien

schweigen, werden die Steine schreien!“

Lapidarer, steinerter Satz. Unerbittlich. Und ganz meine Ansicht. Wenn ich bedenke, wer mich immer wieder bekehrt hat, wer mich immer wieder getröstet hat, wer mir und meinen Predigten nicht nur Form, sondern auch Inhalte gab: Es waren die Christen ohne Ordination! Es waren die Christenmenschen unter den Denkern und Dichtern, den Hausfrauen und Hausmännern, den Journalisten und Stänkerern, den Clowns und Verliebten und — ja auch, sit venia verbo — den Zynikern und Häretikern. Mehr als von päpstlichen Texten habe ich von den heiligen Texten gelernt, die Laien schrieben, mehr als von Bullen und Enzykliken lernte ich von Mystikern, Sängern, Visionären und unerbittlich forschenden Menschen. Ja, natürlich war da zwischendurch auch ein Satz voller Goldglanz und Tiefe aus dem Mund eines Papstes; zum Beispiel der: „Besser es gibt Skandal, als daß die Wahrheit zu kurz kommt“ (Gregor der Große, Papst und Kirchenlehrer).

Aber das ist 1300 Jahre her. Noch Schöneres fand ich nur bei Johannes dem Guten. Ich ersuche jeden und jede, mir wegen obiger Sätze nicht meine Christlichkeit abzusprechen, mich auch nicht einen Linken oder Anarchisten (der wäre ich gern) zu nennen, mir nicht zu unterstellen, ich wäre gegen das Petrusamt, mir nicht zu unterstellen, ich hätte pauschal keinen Respekt vor den

Bischöfen. Ich habe sehr wohl. Aber ich lasse weder für mich denken noch handeln noch glauben.

Die Römer nannten als ihren Adelstitel: „cives romanus sum — ich bin römischer Bürger“, ich nenne als meinen Titel, den mir keiner absprechen kann, weil ich getauft und gefirmt bin: Christianus sum — ich bin Christ. Und ich erlaube mir, das älteste christliche Selbstverständnis zu zitieren: „Ihr alle, die ihr auf Christus getauft seid, habt Christus angezogen. Da gibt es nicht mehr Juden und Griechen, Sklaven und Freie, Mann und Frau. Denn ihr alle seid einer in Jesus Christus“ (Gal. 3,27 f).

Heuer im April, als das miserabelste Produkt pseudoreligiöser Provenienz, „Der 13“, die subtilste evangelische Theologin Dorothee Sölle wie eine Dirne behandelte und Kardinal König senil nannte, formulierte der alte Kardinal das Selbstverständlichste, aber anscheinend noch immer Revolutionäre: „Die Laien sind nicht Befehlsempfänger, sie sind als getaufte und gefirmte Christen zur Mitverantwortung und damit in gewissem Sinn auch zur Mitbestimmung in der Kirche berufen.“

Gefährliches Schweigen

Was wäre die österreichische Kirche ohne die Laien? Funder, Zangerle, Kapthammer, Koren, Daim, Heer und Fellner, um ein paar der Hunderte engagierter Christen hierzulande zu nennen. Jeder von ihnen hat Bischöfe nachdenklich gemacht. Österreichs Kirche wäre ohne sie und die vielen tausend, die sich — gelegen oder unlegen — zu Wort meldeten und noch melden, sprachlos, wert- und würdelos und gottlos geworden.

Sollten solche Menschen, Christenmenschen, eines Tages wirklich schweigen, würden nicht nur die Steine schreien. Es würden die Pflastersteine der Unmenschlichkeit die Wörter der Humanitas erschlagen.

Dienstag,
20. 10. 1987
Kleine Zeitung

DIE POLITISCHE KIRCHE — HOFFNUNG FÜR KIRCHE UND GESELLSCHAFT

Ich wurde katholisch erzogen und habe an meinem Vater — er war ein überaus aktiver und kritischer Kommunalpolitiker — viel an politischer Begeisterung und Engagement erlebt und beobachtet. Während meiner Tätigkeit in der Kath. Jugend Land (KJL) habe ich mich dann speziell mit der Thematik „Christsein und politisch handeln“ befaßt.

Es entspricht meiner tiefen Glaubensüberzeugung, daß wir als Christen einen klaren Auftrag zur Gestaltung dieser Welt haben. Wir haben diesen Auftrag vom Evangelium her und sind damit auch verantwortlich. Christsein ist keine Jenseitsverströung und keine Sache, die sich weitab von jeglicher gesellschaftlicher Realität abspielt. Jesus will, daß wir das Leben haben und es in Fülle haben. Reich Gottes soll — zumindest in Ansätzen — schon hier spürbar und erfahrbar werden. Es darf uns nicht egal sein, was um uns herum passiert. Gott wird uns eines Tages zur Verantwortung ziehen und danach fragen, was wir aus dieser Erde gemacht haben.

● Ich glaube und bin zutiefst überzeugt, daß wir als Christen einen politischen Auftrag haben. Wir sollen politisch sein und politisch handeln.

Dieser christliche Auftrag zum politischen Engagement betrifft meiner Meinung nach nicht nur die Christen als Einzelpersonen. Politisch handeln ist nicht nur Privatsache. Nein! Wir — die Gemeinschaft der Glaubenden, sollen als Gemeinschaft handeln — politisch handeln. Wir als Kirche oder zumindest Teil der Kirche — z.B. als Bewegung der Kath. Aktion — sollen gesellschaftspolitischer Sauerzweig sein. Als Salz der Erde sollen wir Geschmack verleihen und Licht in die Welt bringen.

● Ich glaube und bin zutiefst davon überzeugt, daß wir als Gemeinschaft der Glaubenden, d.h., in organisierter Form — ob als Gliederung der KA oder als Basisgemeinde in der Pfarre — politisch aktiv werden sollen.

Wir dürfen aber als Christen nicht so präpotent sein und glauben, daß es nur uns und unsere Ideen gibt. Es gibt viele Strömungen und Bewegungen, die für sich ebenfalls den Gestaltungsauftrag für diese Welt in Anspruch nehmen. Daraus entstanden nicht zuletzt auch die politischen Parteien und Bewegungen. Die Kirche kann von ihrem Grundauftrag und ihrer Funktion her nicht Partei sein; wir Christen sollten aber uns am Kräftespiel der politischen Kräfte beteiligen, indem wir uns in den verschiedenen Parteien und Strömungen engagieren. Bei der Wahl, welche Partei, welche Bewegung

die entsprechende ist, ist jeder Christ nur sich und seinem Gewissen verantwortlich. Da soll sich niemand etwas dreinreden lassen!

● Ich glaube und bin zutiefst davon überzeugt, daß wir Christen uns in den demokratischen Parteien und Bewegungen engagieren sollen und so konkret mitmischen sollen in der Politik.

Nun noch zwei grundsätzliche Fragen:

● Soll sich die Kirche mit ihrer Autorität in die Tagespolitik einmischen?

● Wie sieht's mit dem Verhältnis Kirche — Parteien aus?

Zur ersten Frage:

Gewiß soll sich die Kirche nicht als Pseudopartei aufspielen oder gar für Parteien die Kastianen aus dem Feuer holen. Konkrete politische Auseinandersetzungen sollten die politischen Kräfte austragen. Aber wenn es in der Tagespolitik um Grundwerte geht, um richtungsweisende gesellschaftliche Änderungen, wenn es um die Erhaltung, Schaffung oder Sicherung von Grundrechten geht, da darf die Kirche nicht schweigen. Politische Abstinenz kann Sünde sein!

Kaum jemand wird die wichtige Rolle, politische Rolle der Kirche z.B. in Polen, Nicaragua oder auf den Philippinen bestreiten. Aber auch bei uns gibt bzw. gab es Anlässe, zu denen die Kirche nicht schweigen darf bzw. dürfte (z.B. Abtreibung, Kernenergie, Rüstung, Militarisierung usw.).

Die Kirche kann nicht Partei sein, sollte aber doch zu bestimmten Anlässen und Themen Partei ergreifen!

Nun zum Verhältnis der Kirche zu den Parteien. Wir können uns glücklich schätzen, daß die Kirche aus der Ersten Republik gelernt hat und in der Zweiten Republik eine andere Stellung zu den Parteien hat. Der von Kardinal König eingeleitete Prozeß des Dialogs ist wichtig und richtungsweisend. Hier habe ich nun aber doch Angst vor der neuen Kirchenleitung Marke Groer, Krenn usw. Die Kirche sollte ein offenes, kritisches und offensives Verhältnis zu den politischen Parteien und Kräften unseres Landes haben und dies auch offiziell zeigen. Regelmäßige Kontakte zu den Parteien und vor allem zu den neuen Strömungen wären wichtig!

Nun zu einer Erfahrung aus meiner Zeit in der KJL:

1978 habe ich die Kirche konkret als Ort der Hoffnung und Zuversicht erlebt. Da habe ich auch politische Motivation erfahren, von der ich heute noch zehre. Es ging um das Kernkraftwerk Zwentendorf. Die Sozialpartner waren sich einig, die E-Wirtschaft pumpte Millionen in die

Werbung für Zwentendorf. Der Kampf der Bürgerinitiativen gegen den Goliath Sozialpartner/E-Wirtschaft schien nahezu aussichtslos.

Wir von der KJL faßten auf einem Diözesanführerkreis einen Beschluß gegen die Kernenergie und ließen Aktionen folgen. Was mir da so imponierte, war die Tatsache, daß wir dies als Teil der Kirche — als Kath. Jugend Land — tun konnten. Wir engagierten uns als offizielle Kath. Jugend und nahmen konkret zu einem tagespolitischen Problem mit ungeheurer Tragweite Stellung. Hier erlebte ich Kirche als Ort der Hoffnung konkret und spürte die Gewißheit, daß man, wenn man sich engagiert, auch gegen politische Goliaths bestehen kann.

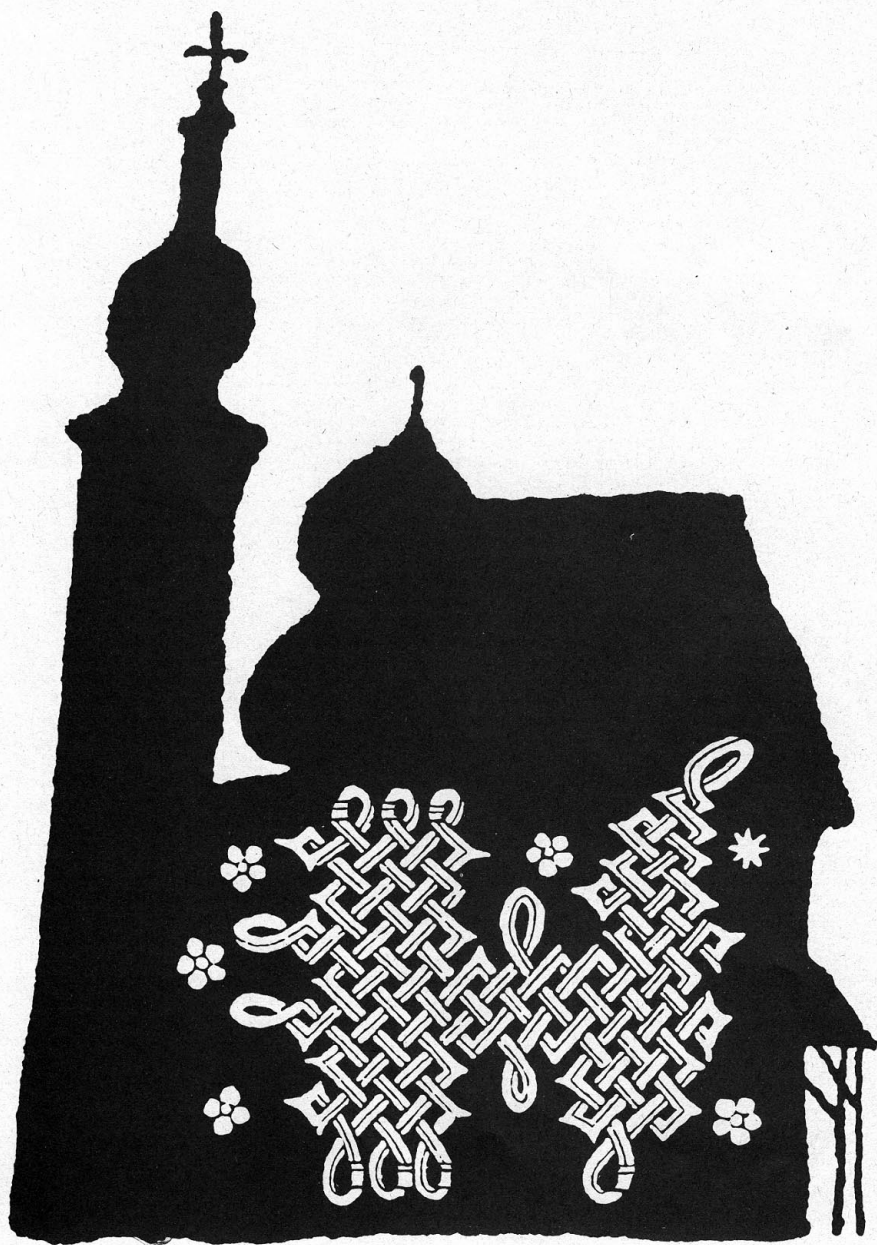
Eine gegenteilige Erfahrung mußte ich heuer am 13. Juni anläßlich der Drakendemonstration machen, wo die KA in undemokratischer Art und Weise die KJ zurückgepfiffen hat, daß mir ganz anders wurde. Hier erlebte ich das Gegenteil von damals: Kirche als Handlanger der Mächtigen. Eine Kirche, die sich gegen die Betroffenen (= Bürgerinitiativen) stellte. Daß ich damals aus dem Präsidium der KA ausgetreten bin, war nur eine logische Folge. Denn eine KA, die sich gegen Bürgerinitiativen stellt, sich nicht vollständig informiert und nur mit dem katholischen Paradeargument des Antikommunismus agiert, verdient eher den Titel Katholische (Re)Aktion.

Wie ich derzeit überhaupt etwas besorgt bin über den politischen Kurs der Kirche und einzelner ihrer Exponenten. Ich hoffe, daß der Trend in Richtung Konservatismus, der Ruck nach rechts, bald endet. Vielleicht braucht die Kirche wieder Linke, echte Linke, um den Weg zurück zur Mitte wieder zu finden?

Für die Zukunft der steirischen Kirche bin ich recht zuversichtlich, wenn ich an die vielen engagierten Leute aus der Katholischen Jugend Land, der Katholischen Jugend überhaupt, denke.

Und es gibt auch vielversprechende Initiativen, in denen sich Katholiken selbstständig engagieren.

Jedenfalls können sich die politischen Parteien und Bewegungen der Steiermark freuen, aus dem katholischen Bereich wachsen engagierte Jugendliche heran, die eine einzigartige Bereicherung sein werden für die politische Landschaft unseres Landes!



KIRCHE UND POLITIK

Kirche ist, wie es das II. Vatikanische Konzil besonders verdeutlicht hat, Volk Gottes in der Welt. Es ist die Gemeinschaft der Gläubigen, nämlich der Priester und der Laien, die berufen und angetreten sind, Zeugnis von Gottes Wort zu geben. Als Glaubensgemeinschaft ist die Kirche in mannigfacher Weise aufgerufen, ein Bekenntnis abzugeben.

Das Bekenntnis liegt in der Erfüllung des klassischen Rates, den Maria, die Mutter des HERRN und seiner Kirche, auf der Hochzeit von Kana gab, als sie sagte: „Alles, was er euch sagt, das tut“ (Joh. 2, 5). Dieses aufgetragene Tun tritt uns in der Heiligen Schrift entgegen, und darin besonders aus dem Lebens- und Leidensweg Jesu Christi. Dieses christliche Vorleben begründet eine besondere Glaubwürdigkeit, die durch das Vorbild der Apostel und das Beispiel der Urkirche vermehrt wurde.

Die Kirche stand von allem Anbeginn an vor dem Erfordernis, welches das Zinsgroschengleichnis für alle Zeiten so klassisch ausdrückte: „Gebt also dem Kaiser, was dem Kaiser gebührt, und Gott, was Gott gebührt“ (Mt. 22, 21 f).

Schon die Urkirche hat die Beziehung zur Politik als schicksalhaft erkannt, erlitten und mit ihrem Glaubenszeugnis siegreich verkräftet. Es war nicht Triumphalismus, der den Weg der Urchristen begleitete, sondern das vielfach mit dem Tod bezahlte Glaubenszeugnis vieler Märtyrer. Auch in den folgenden Jahrhunderten, als die Kirche immer mehr anerkannt wurde und sich infolge der Weltmission *urbi et orbi* verbreitete, begleitete bis heute die Beziehung von Kirche und Politik schicksalhaft diese Glaubensgemeinschaft, in der Erfolg und Verfolgung dicht nebeneinander lagen.

Die Politik ist für die Kirche von mehrfacher Bedeutung; sie gibt die Staats-, Gesellschafts-, Kultur-, Sozial- und nicht zuletzt die Wirtschaftsordnung an, welche die Umweltbedingungen für das pastorale Wollen und Tun der Kirche sind. Die Kirche ist bereit, jede Staatsform anzuerkennen, welche die Menschenrechte achtet und dem Gemeinwohl dient; wo dies aber nicht der Fall ist, haben sich in Geschichte und Gegenwart Gegensätzlichkeiten ergeben, die zu Konfliktsituationen einschließlich Widerstand vonseiten der Kirche führten. Dieser Weg der Entwicklung von Kirche und Politik ist auch besonders gekennzeichnet von dem Eintreten für die Glaubens- und Gewissensfreiheit – schon in der Antike – und reicht heute bis zum Schutz des Rechtes auf Leben, auch der Ungeborenen, sowie der Ehe und Familie. Je mehr die Freiheit und Würde des Menschen gefährdet

wurde, desto deutlicher bezog die Kirche gegenüber der Politik Position.

In dieser Sicht ist die Beziehung von Kirche und Politik Teil der gesamten Geschichte geworden. Sie drückt sich auch in der Lehre aus: beginnend mit den Kirchenvätern, besonders im Schaffen von Aurelius Augustinus, dessen Werk „*De civitate Dei*“ ebenso klassisch wurde wie hernach Thomas von Aquin mit seinen Schriften, wie vor allem „*De regimine principum*“. Später nahm die Lehre der Kirche zur Politik geradezu einen offiziellen Charakter an, als im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die Päpste begannen, in eigenen Rundschreiben, Enzyklen, sich aus grundsätzlicher Sicht mit Zeitfragen auseinanderzusetzen. Besonders gilt es in diesem Zusammenhang, die Entwicklung der päpstlichen Soziallehre, beginnend mit „*Rerum novarum*“ Papst Leo XIII. 1891, über „*Quadragesimo anno*“ Papst Pius XI., 1961 „*Mater et magistra*“ Papst Johannes XXIII., bis zu „*Laborem exercens*“ Papst Johannes Paul II. 1981 hervorzuheben. Dazu treten noch viele politisch relevante päpstliche Lehraussagen, vor allem Papst Pius XII., der übrigens als erster die Idee des II. Vatikanischen Konzils hatte, für dessen Dokumente, wie sich aus vielen deren Anmerkungen ergibt, er wegweisend wurde, und der zu fast allen wichtigen Fragen des privaten und öffentlichen Lebens klar Position bezog, was die Dominikanerlehrten A. F. Utz und J. F. Groner in ihrem monumentalen dreibändigen Werk „*Soziale Summe Pius XII.*“ festgehalten haben. Beachtenswert ist auch das ideologiekritische Apostolische Schreiben Papst Paul VI., „*Octogesima Adveniens*“ 1971, sowie die Enzyklika „*Redemptor hominis*“ Papst Johannes Paul II. 1979 über die Würde des Menschen.

Diese auf Politik bezogene Lehre der Kirche ist stets mit der historischen Methode zu studieren, d.h., man muß immer den Anlaßfall des Geschichtsverlaufes bedenken, auf den diese Lehraussagen gerichtet sind.

In ihrem Vergleich sind zwar Grundpositionen erkennbar, sie haben aber nicht jenen allgemeingültigen Glaubenscharakter wie Dogmen, das sind Glaubensgrundsätze, welche der Papst *ex cathedra* verkündet. Diese politikrelevanten Lehraussagen der Kirche, innerhalb welcher die der Päpste sicher vorrangig, aber auch die Stellungnahmen von Synoden und Bischofskonferenzen sowie von bedeutenden Theologen beachtenswert sind, stellen zeitbezogene Sozialgestaltungsempfehlungen dar, deren Beachtung – über den Kreis der Kirche hinaus – zu mehr Menschlichkeit im privaten

und öffentlichen Leben beizutragen vermöchten.

Die für die Politik wichtigen Lehraussagen der Kirche beziehen sich besonders auf das Verhältnis von Kirche und Staat, die Freiheit und Würde der Menschen sowie damit besonders auf die Grundrechte, sie betonen die Grundsätze der Autorität, Subsidiarität und Solidarität, die Erfordernisse des Gemeinwohls und der leistungsgemeinschaftlichen, nämlich partnerschaftlichen Ordnung, besonders von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, aber auch darüber hinaus. Der Kirche geht es dabei um eine humane Ordnung des Lebens, was Fragen des Schutzes des ungeborenen Lebens, beginnend mit der Empfängnis, ebenso einschließt, wie den Schutz von Ehe und Familie und Fragen der Sterbehilfe. Diese Lehre umfaßt die Bereiche der Kultur-, Staats-, Sozial- und Wirtschaftsethik; sie hat zu vielen aktuellen Fragen geführt, die z. B. den Grundrechtsschutz, Erziehungs- und Bildungsprobleme, die Entwicklungshilfe und die internationalen Beziehungen betreffen. Eingeführt von Papst Paul VI., rufen die Päpste jedes Jahr, seit 1968, immer unter einem anderen Motto zu eigenen Weltfriedenstagungen auf. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß schon während der beiden Weltkriege die Päpste Benedikt XV. und Pius XII. Friedensbemühungen ebenso setzten wie, von der Öffentlichkeit nicht immer wahrgenommene, Aktionen für Verfolgte und Vertriebene. Durch Jahrhunderte hat der Heilige Stuhl bei Bedarf als Streitschlichter zur Verfügung gestanden; mit Erfolg vor einigen Jahren bei Grenzstreitigkeiten zwischen Argentinien und Chile.

Die Kirche spielt aber nicht nur in der internationalen Politik eine Rolle, was sich übrigens in der Mitgliedschaft oder Beobachterrolle des Heiligen Stuhls bei internationalen Organisationen ebenso zeigt, wie in der Akkreditierung von Repräsentanten des Heiligen Stuhls bei einzelnen Staaten, sondern auch im Leben der einzelnen Staaten.

Mit ihrer Lehre vermag die Kirche allen ihren Gläubigen eine in deren freie Gewissensentscheidung liegende Sozialgestaltungsempfehlung zu geben. Sie kann von Katholiken in der Politik angenommen, befolgt und ausgeführt werden oder auch nicht. Wir leben heute in einer säkularisierten Welt mit einer pluralistischen Gesellschaft, in der es nicht auf das Gegeneinander, sondern auf das Miteinander ankommt. Dieses Miteinander erlauben bei aller Säkularisation und Pluralität der Gegenwart die Grundwerte des privaten und öffentlichen Lebens; auf sie führt die Soziallehre der Kirche in einem besonderen Maße hin. Je mehr es daher

der Kirche und den für sie bekennend eintretenden Priestern wie Laien gelingt, diese Grundsätze persönlich glaubwürdig und sachlich einsichtig zu vertreten, und dafür Verständnis besteht, desto leichter wird es möglich sein, daß im Staat der Gegenwart in allgemein anerkannten Grundwerten und Rechtsgrundsätzen ein Konsens erzielt wird, der von möglichst vielen Menschen, mögen sie gläubig oder ungläubig, als Christen bekennend oder nicht bekennend sein, im Staat mitgetragen wird.

Da sich die Kirche bemüht, in ihren für die Politik wichtigen Sozialgestaltungsempfehlungen im Grundsätzlichen wie in Einzelfragen realitätsbezogen und würdegerecht zu sein, sind diese Lehraussagen zur Annahme auch für alle außerhalb der Kirche stehenden Menschen offen, die an einer humanen Ordnung interessiert sind. In dieser Sicht kommt der Kirche auch in einer Zeit der Parteien- und Interessenverbände eine besondere Aufgabe zu, sie erlaubt in der pluralistischen Demokratie den Katholiken, so sie bereit sind, die Sozialgestaltungsempfehlungen ihrer Kirche zu vertreten, einerseits eine grundsatzorientierte Repräsentation und andererseits in der demokratischen Meinungs- und Willensbildung zur Integration im Staat beizutragen.

Besonders deutlich durch das II. Vatikanische Konzil hat sich die Kirche in den letzten Zeiten immer mehr um einen Dialog mit der Welt bemüht, einem Anliegen, dem schon Papst Paul VI. seine Enzyklika „Ecclesiam Suam“ 1964 gewidmet hat und worum Papst Johannes Paul II. in seinen vielen Pastoralreisen mit großem persönlichem Engagement bestrebt ist. Sie anerkennt, was sich besonders aus der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des II. Vatikanischen Konzils ergibt, „die richtige Autonomie der

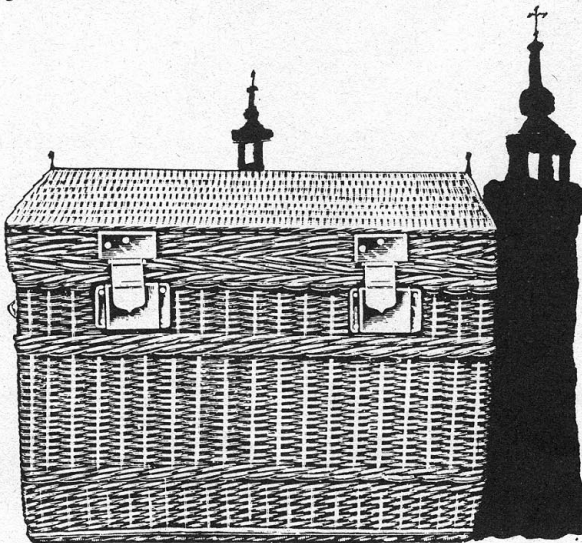
irdischen Weltlichkeiten“ (Nr. 36). Durch ihr Geschaffensein selber nämlich haben alle Einzelwirklichkeiten ihren festen Eigenstand, ihre eigene Wahrheit, ihre eigene Gutheit sowie ihre Eigengesetzlichkeit und ihre eigenen Ordnungen, die der Mensch unter Anerkennung der den einzelnen Wissenschaften und Techniken eigenen Methode achten muß. Vorausgesetzt, daß die methodische Forschung in allen Wissensbereichen in einer wirklich wissenschaftlichen Weise und gemäß den Normen der Sittlichkeit vorgeht, wird sie niemals in einen echten Konflikt mit dem Glauben kommen, weil die Wirklichkeiten des profanen Bereichs und die des Glaubens in demselben Gott ihren Ursprung haben“, und stellt gleichzeitig klar, „daß in solchen Fällen niemand das Recht hat, die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen“ (Nr. 43). Damit wird jedem Versuch deutlich eine Absage erteilt, im öffentlichen Leben und damit in der Politik das Wort „christlich“ oder „katholisch“ monopolisierend in Anspruch zu nehmen. Treffend haben in diesem Sinne bereits Karl Rahner und Herbert Vorgrimler in ihrem Kommentar zu den Texten des II. Vatikanischen Konzils festgestellt: „Der Idee eines christlichen Monolithismus und Integralismus wird damit entschieden abgesagt“; sie betonen gleichzeitig: „unbefangen nimmt das Konzil die Möglichkeit hin, daß dadurch Organisationen, die sich christlich nennen, beträchtliche Einbußen erleiden, weil sie künftig, auf ihre eigenen Qualitäten gestellt, sich nicht mit dem falschen Prestige besonderer Kirchlichkeit brüsten können“ (Karl RAHNER / Herbert VORGRIMLER, Kleines Konzilscompendium, 2. Aufl., Freiburg i. Br. 1966, S 433). Auf diese Weise wurde die Eigenverantwortung der Katholiken und, da sie darin beson-

ders engagiert sind, der Laien betont. Die Laien sind als wesentlicher Teil der Kirche (siehe die Dogmatische Konstitution über die Kirche, „Lumen gentium“, besonders IV. Kapitel Nr. 30 ff, und das Dekret über das Laienapostolat, „Apostolicum actualitatem“) besondere Repräsentanten der Glaubensgemeinschaft, die eine wichtige Verantwortung in der Welt haben.

In einer Zeit vielfacher Gegensätzlichkeiten bis zur Zerrissenheit wird in einer freien Demokratie diese Beziehung von Kirche und Politik Teil der politischen Freiheit sein, in den Staaten mit autoritären und totalitären Regimen aber in einer Gegensätzlichkeit stehen, die leider zu oft an den Weg frühchristlicher Märtyrer erinnert. So begleitet die Kirche mit dem Anspruch ihrer Lehre die Menschheit durch ihre Geschichte, es geht ihr — besonders deutlich in unserer Zeit, einschließlich der Baukunst, die ja steingewordener Geist und Glaubenshaltung auch im Kirchenbau ist — nicht um Triumphalismus, sondern um eine Humanität, die über die Grenzen der Parteien, Interessenverbände, Staaten und Erdteile reicht und die Politik nicht als bloße Machtausübung, sondern als Bruderdienst verstanden wissen will, der das Gegeneinander überwinden und das Miteinander ermöglichen soll.

Näher zu diesem Thema vom Autor:

Herbert SCHAMBECK, Kirche — Staat — Gesellschaft, Wien Freiburg Basel 1967; Kirche und Staat, Berlin 1976, darin bes. Kirche und Demokratie, S. 103 ff; Apostolat und Familie, Berlin 1980; Der Staat in der katholischen Gesellschaftslehre, in: Katholisches Soziallexikon, Innsbruck 1980, Sp. 2894 ff; Der Heilige Stuhl und die Volksgemeinschaft, Berlin 1981, darin bes. S. IX—XXXI; Zur Staatsordnung, in: Bleibendes und Veränderliches in der Katholischen Soziallehre, Berlin 1982; Die Grundwerte des öffentlichen Lebens, in: Objektivierung des Rechtsdenkens, Berlin 1984, S. 321 ff; Laborem exercens und die Entwicklung der katholischen Soziallehre, in: Pro fide et iustitia, Berlin 1984; Die Verantwortung des Laien für unsere Welt, Schriftenreihe der AKV, Wien 1986.



ARBEIT IST TEILHABE AN DER SCHÖPFUNG

Aus christlicher Sicht gehört Arbeit zu den Mandaten Gottes für die Welt. Auf Arbeit ruht die Verheißung Gottes.

„Wohl dem, der sich von seiner eigenen Hände Arbeit nähren kann“, heißt es in Psalm 128,2. Der Schöpfungsbericht fordert auf:

„Macht Euch die Erde untertan!“

Das ist der Arbeitsauftrag Gottes für die Menschen.

Unsere Lebenswirklichkeit ist Ergebnis von Arbeit, also nicht Zufall, sondern Resultat schöpferischen Handelns der Menschen. In der päpstlichen Enzyklika *Laborem exercens* heißt es, der Mensch nehme

„durch seine Arbeit am Werk des Schöpfers teil.“

Das ist viel mehr als Broterwerb. Er beschreibt die ethische Dimension der Arbeit. Johannes Paul II. sagt in *Laborem Exercens*:

„Zweck der Arbeit, der vom Menschen verrichteten Arbeit“ sei „letztlich immer der Mensch selbst.“

Freilich ist die christliche Vorstellung von Arbeit nicht so naiv, deren säkulare Funktion der Existenzsicherung zu leugnen. Thomas von Aquin sah Arbeit als „bonum arduum“, als Mühsal. Dieses Mühsame des täglichen Lebenskampfes ist zugleich Motor der menschlichen Entwicklung.

Eine Beschränkung des Arbeitsbegriffes auf die bloße Erwerbsarbeit hätte aber gleich zwei Defizite:

Erstens den Mangel, die Beziehung des Einzelnen zu seiner Arbeit auf eine finanzielle Ebene zu verkürzen: Arbeit als Tauschobjekt für Geld.

Der zweite Fehler dieser Sichtweise ist, andere, unbezahlte Formen von Arbeit zu unterschätzen. Befriedigung in Arbeit gibt es auch außerhalb des Erwerbslebens. Familiäre Arbeit, Erziehungsarbeit, Pflegearbeit sind als Dienst am Menschen sicher dem christlichen Arbeitsethos sehr viel näher als jede Arbeit in der Warenproduktion. Der Unterschied ist, daß diese unbezahlte Arbeit unerschöpflich ist, während das Angebot von Arbeit gegen Geld sehr wohl Grenzen hat. Engere Grenzen jedenfalls als das derzeitige Bedürfnis, die eigene Arbeitsleistung zu Geld zu machen.

Aus christlicher Sicht ist der Kampf gegen die Erwerbslosigkeit so vordringlich, weil auch eine perfekte materielle Absicherung der Erwerbslosen das Problem nicht lösen würde, daß diese Menschen in Abhängigkeit vom Staat oder von einer Versicherungsgemeinschaft stehen.

Ziel: Erwerbsarbeit für alle

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, allen

die Möglichkeit der Teilnahme am Erwerbsleben zu erschließen und dabei gleichzeitig der ethischen Verpflichtung, Arbeit als Teilnahme am Schöpfungsauftrag zu begreifen, gerecht zu werden. Arbeit bedarf der ethischen Rechtfertigung durch ihr Ziel, aber auch durch ihren Zweck, denn es gehört zur Menschenwürde, sein Leben mit seiner eigenen Hände Arbeit gestalten zu können.

Wege zur Verwirklichung

Zur Vollbeschäftigung gehört nicht allein die Chance jedes Menschen, am Arbeitsprozeß teilzunehmen. Es kommt auch die freiheitliche Dimension hinzu, dem Einzelnen das Recht der Berufswahl und der freien Berufsausübung zu geben. Denn es wäre auch eine Gesellschaft denkbar, in der zwar jeder Mensch in das Erwerbsleben integriert ist, die aber durch Arbeitszwang und staatliche Reglementierung einem Gefangenlager näher wäre als einer Gesellschaft, die das **Recht auf Arbeit** verwirklicht.

Wachstum

Nach einer Phase stürmischer wirtschaftlicher Entwicklung im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg erleben die Industriestaaten Europas eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums. Sie ist mit einem elementaren Strukturwandel der Wirtschaft und vielen sozialen Veränderungen verbunden. Nach dem Umbruch von der agrarischen zur industriell geprägten Gesellschaft geht nun die Bedeutung auch des produzierenden Gewerbes zurück. Dafür gewinnt der Dienstleistungssektor an Gewicht.

Das bringt schwierige Anpassungsprozesse mit sich, führt aber gleichzeitig dazu, daß wirtschaftliches Wachstum schon früher als in der Vergangenheit beschäftigungswirksam wird. In den 50er Jahren lag die „Beschäftigungsschwelle“ des Wachstums noch bei rund 4%, heute jedoch schon bei 1,7 Prozent.

Wir haben uns alle vom Wachstumsfetischismus vergangener Zeiten gelöst. Die Propagierung eines „Null-Wachstums“ aber wäre verhängnisvoll und unverantwortlich in einer Welt, die weniger durch Überfluß als durch Mangel gekennzeichnet ist. Deshalb setzen wir in der Bundesrepublik Deutschland auf eine Politik, die günstige Rahmenbedingungen für Wachstum schafft: Durch steuerpolitische Anreize, durch eine regionale Strukturpolitik, durch technologiepolitische Impulse. Wachstum ist notwendig, aber nicht ausreichend, um Erwerbsarbeit für alle zu garantieren.

Verteilung der Erwerbsarbeit

Auch Arbeitszeitverkürzung leistet einen Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Das ist keine neue Erkenntnis: Denn die Arbeitszeit ist über Jahrzehnte kontinuierlich zurückgegangen.

Wenn kürzere Arbeitszeit dazu führen soll, daß mehr Menschen auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben, dann gehört zum Teilen der Arbeit freilich auch das Teilen des Lohnes. Oswald von Nell-Breuning, der große alte Mann der katholischen Soziallehre, hat diesen Zusammenhang so beschrieben:

„Bei Vollbeschäftigung kann man den Produktivitätsfortschritt entweder bei gleichbleibender Arbeitszeit in Lohnerhöhung oder bei gleichbleibendem Lohn in Arbeitszeitverkürzung ausschütten oder auf beide Formen aufteilen. Um bei Stagnation mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen, müssen diejenigen, die in Beschäftigung stehen, einen Bruchteil ihrer Arbeitsstunden und des zugehörigen Lohns an die Arbeitslosen abtreten.“

Differenzierung

Freilich wird die Arbeitszeitverkürzung der Zukunft weniger in schematischen und für alle gleichen Schritten kommen. Es wird mehr Differenzierung geben. Erstens, weil die Menschen das wollen. Und zweitens, weil flexiblere Arbeitszeiten auch von der Wirtschaft gebraucht werden. Neue Technologien machen es möglich, individuelle Arbeitszeiten in die betriebliche Organisation einzufügen.

Lebenslanges Lernen

Zur Flexibilisierung gehört allerdings auch, das bisherige starre Lebensschema zu verlassen: Erst Ausbildung, dann Beruf, schließlich Ruhestand.

Heute genügt das Wissen der Lehre nicht mehr für das gesamte Berufsleben. Deshalb wird Weiterbildung, lebenslanges Lernen gefragt sein. Diese Qualifizierung ist vor allem Sache der Unternehmen; sie können nicht erwarten, auf dem Arbeitsmarkt immer für ihre Bedürfnisse fertig ausgebildete Arbeitskräfte zu finden. An der erforderlichen Weiterbildungsoffensive beteiligt sich aber auch die Arbeitsmarktwirtschaft, indem sie den Schwerpunkt ihrer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf Qualifizierungsanstrengungen legt. Erwerbstätigkeit und Phasen des Lernens, des Auftankens, sollen sich stärker als bisher mischen.

Es ist auch weder vernünftig noch human, bis 65 Jahre unter Volldampf zu arbeiten, um dann von einem Tag zum an-

deren in den Ruhestand zu gehen. Warum kein gleitender Übergang? Schließlich gehört zur Flexibilität des Arbeitslebens auch die Möglichkeit, sich eine zeitlang stärker auf Kindererziehung konzentrieren zu können. In der Bundesrepublik Deutschland wurde im vergangenen Jahr ein Erziehungsurlaub eingeführt. Nach der Geburt eines Kindes soll sich die Mutter oder der Vater für ein Jahr ganz auf die Kindererziehung kon-

zentrieren. Das Arbeitsverhältnis darf in der Zeit grundsätzlich nicht gekündigt werden.

Der Staat zahlt der Mutter oder dem Vater dann in dieser Zeit ein Erziehungsgeld. 1986 haben in der Bundesrepublik Deutschland rund 270.000 Mütter und — leider nur — rund 3.000 Väter diesen Erziehungsurlaub in Anspruch genommen. Ich wünsche mir, daß das Ausscheiden und Wiedereinfädeln in den Beruf pro-

blemloser funktioniert als in der Vergangenheit.

Das Recht auf Erwerbsarbeit ist nur in einer Gemeinschaftsanstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte zu verwirklichen. Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat müssen hier zusammenwirken und auch zu unkonventionellen Mitteln und Wegen bereit sein. Aber auch die Kirchen können helfen, insbesondere den Problemgruppen am Arbeitsmarkt Chancen zu geben.



QUER UND KREUZ

Eine laienhafte Ortsbestimmung

Also zu meiner Kirche — der Evangelischen Kirche in Österreich AB — hatte ich ursprünglich kein wie auch immer geartetes Verhältnis. Ich bekenne freimütig, weder durch Elternhaus, noch penetranterem Religionsunterricht in meiner seelischen Entwicklung beeinträchtigt worden zu sein. Hätte es da nicht ein sehr fesches Mädchen gegeben, welches mein Knabenherz betörte, wäre ich nie, zwar nach einigen Umwegen, aber doch beim Evangelischen Jugendwerk gelandet. Mein Herz führte mich anfangs in eine jener fundamentalistischen Gemeinden, die man getrost als „evangelikal“ bezeichnen kann.

Röm. 3.²⁸

So halten wir nun dafür, daß der Mensch gerecht werde ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben.¹⁾

Die Liebe verfog und der Verstand regte sich. Ich wollte mir auch nicht mehr von dieser projizierten Mischung aus Übervater, Richter, Henker, unerbittlichem Rächer und Krämerseelen behafteten Oberbuchhalter Angst machen lassen.²⁾

Damit hätte mein kurzes Verhältnis mit dieser Kirche auch schon fast sein Ende gefunden, wenn ich nicht — bezeichnenderweise — anlässlich an einer Diskussion zur Abschaffung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen dem seiner Zunft überaus kritisch gegenüberstehenden Religionsprofessor G. B. begegnet wäre.

Matth. 25.³¹⁻⁴⁶

Wenn aber der Menschensohn in seiner Herrlichkeit kommen wird, im Geleit aller seiner Engel, dann wird er auf dem Thron seiner Herrlichkeit Platz nehmen, und alle Völker werden sich vor ihm versammeln, und er wird sie voneinander scheiden, wie der Hirt die Schafe von den Böcken scheidet: Die Schafe wird er zu seiner Rechten, die Böcke zu seiner Linken stellen. Dann wird der König zu denen auf der rechten Seite sagen: „Kommt her zu mir, ihr Gesegneten meines Vaters! Empfangt als euer Erbe das Reich, das euch von Anbeginn der Welt bereitet ist. Denn ich hatte Hunger, und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich hatte Durst, und ihr habt mir zu trinken gegeben. Ich war ein Fremdling, und ihr habt mich beherbergt. Ich war nackt, und ihr habt mich gekleidet. Ich war krank, und ihr habt nach mir gesehen. Ich war gefangen, und ihr habt

mich besucht!“ Da werden die Gerechten erwidern: „Herr, wann haben wir dich hungrig gesehen und dir Nahrung gegeben, oder durstig und haben dir zu trinken gegeben? Wann haben wir dich als Fremdling gesehen und beherbergt, oder nackt, und dich gekleidet? Wann haben wir dich krank oder im Gefängnis gesehen und haben dich besucht?“ Und der König wird ihnen antworten: „Amen, ich sage euch: Was ihr einem dieser meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan!“ Dann wird er zu denen auf der linken Seite sagen: „Geht weg von mir, Verfluchte, in das ewige Feuer, das dem Teufel und seinen Engeln bereitet ist! Denn ich bin hungrig gewesen, und ihr habt mir nicht zu essen gegeben, durstig, und ihr habt mir nicht zu trinken gegeben; ich war ein Fremdling, und ihr habt mich nicht beherbergt; nackt, und ihr habt mich nicht gekleidet; krank und im Gefängnis, und ihr habt nicht nach mir gesehen.“ Darauf werden sie ihm erwidern: „Herr, wann haben wir dich hungrig oder durstig oder als Fremdling oder nackt oder krank oder im Gefängnis gesehen und sind dir nicht zu Diensten gewesen?“ Da wird er ihnen antworten: „Amen, ich sage euch: Was ihr einem dieser Geringsten nicht getan habt, das habt ihr auch mir nicht getan.“ Und sie werden davongehen in die ewige Bestrafung, die Gerechten dagegen in das ewige Leben.“³⁾

Ich fand eine neue — meine — Gemeinde, und in der tat sich einiges. Das angstfreie, liberale und menschenfreundliche Klima war für mich eine tolle Herausforderung. Die Bibel nachhaltig entmystifiziert, in diversen Arbeitskreisen rational unterpflügt, an religions- und kirchenkritischer Analyse — wurde nicht gespart.

W. I. Lenin:

Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter erzeugt ebenso unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits, wie die Ohnmacht des Wilden im Kampf mit der Natur den Glauben an Götter, Teufel, Wunder usw. erzeugt. Denjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn. Diejenigen aber, die von fremder Arbeit leben, lehrt die Religion Wohltätigkeit hienieden, womit sie

ihnen eine recht billige Rechtfertigung ihres ganzen Ausbeuterdaseins anbietet und Eintrittskarten für die himmlische Seligkeit zu erschwinglichen Preisen verkauft. Die Religion ist das Opium des Volkes. Die Religion ist eine Art geistigen Fussels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen.

Doch der Sklave, der sich seiner Sklaverei bewußt geworden ist und sich zum Kampf für seine Befreiung erhoben hat, hört bereits zur Hälfte auf, ein Sklave zu sein. Durch die Fabrik der Großindustrie erzogen und durch das städtische Leben aufgeklärt, wirft der moderne klassenbewußte Arbeiter die religiösen Vorurteile mit Verachtung von sich, überläßt den Himmel den Pfaffen und bürgerlichen Frömmeln und erkämpft sich ein besseres Leben hier auf Erden. Das moderne Proletariat bekennet sich zum Sozialismus, der die Wissenschaft in den Dienst des Kampfes gegen den religiösen Nebel stellt und die Arbeiter vom Glauben an ein jenseitiges Leben dadurch befreit, daß er sie zum diesseitigen Kampf für ein besseres irdisches Leben zusammenschließt.⁴⁾

Bertrand Russel:

I am myself a dissenter from all known religions, and I hope that every kind of religious belief will die out. I regard it as a disease, as belonging to the infancy of human reasons, and to a stage of development which we are now outgrowing. Probably no one outside an African Mission now believes that unbaptised children go to hell because Adam ate an apple.⁵⁾

Trotz Schladming konnten die Berge unseren Horizont nicht zu sehr einengen; die Kontakte waren und sind — Gott sei Dank — noch immer sehr international. Meine Liebschaften, welche ich damals Beziehungen nannte, waren es auch; die elterliche Telefonrechnung transzendierte.

Als wir uns so von Kirchentagen und ökumenischen Begegnungen emanzipatorisch friedensbewegt an die heimatliche Revolution der Herzen wagten, bekamen wir es mit der lutherisch-orthodoxen Obrigkeit zu tun, welche uns beschied, zwar aufgrund unserer Jugend verzeihliche, aber dennoch gefährlich-schwärmerische Thesen zu vertreten.

durch zeremonien gedreht
bis ihn die letzte
liebevoll ausspeit
in die elysischen felder
dies ist ein tüchtiges land
mit sauberen menschen
und heilsmaschinen
die peinlich exakt funktionieren¹²⁾

Allerdings — und diese Tradition ist in unseren Kirchen eher unterrepräsentiert; Vertreter dieser Richtung würde ich

3. die Liberalen

nennen — hat Luther, wohl auch seiner Zeit voraus, die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Grenze der staatlichen Gewalt betrachtet.

Somit könnte auch mit demselben Luther das Evangelium als Freiheitsbotschaft und der christliche Glaube als Ort nicht nur jenseitiger Freiheit begriffen werden. Wären diese Ansätze konsequent weiterverfolgt worden, hätten sich manche Irrwege des deutschen und des offensichtlich untrennbar damit verbundenen österreichischen Protestantismus vermeiden lassen.¹³⁾

Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche. Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche. Barmen 1934.

„Lasset uns aber rechtschaffen sein in der Liebe und wachsen in allen Stücken an dem, der das Haupt ist, Christus, von welchem aus der ganze Leib zusammengefügt ist.“ (Eph. 4, 15–16).

Die christliche Kirche ist die Gemeinde von Brüdern, in der Jesus Christus in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geist als der Herr gegenwärtig handelt. Sie hat mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorsam, mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung mitten in der Welt der Sünde als die Kirche der begnadigten Sünder zu bezeugen, daß sie allein sein Eigentum ist, allein von seinem Trost und seiner Weisung in Erwartung seiner Erscheinung lebt und leben möchte.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugung überlassen.

„Fürchtet Gott, ehret den König!“ (1. Petr. 2, 17).

Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Be-

stimmung der Kirche erfüllen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.

Weite Teile des deutschen Protestantismus förderten die Zerstörung der Weimarer Demokratie oder nahmen sie freudig zur Kenntnis.

„Ja zum Staat, nein zur Demokratie“ war die Parole.

Die Evangelischen in Österreich blickten fasziniert nach Deutschland.

Als 1933 in Deutschland der Kirche der „Arierparagraph“ aufgedrängt werden sollte und die ersten Maßregelungen gegen dem deutschen Christentum nicht positiv gesinnte Pfarrer eingeleitet werden sollten, wurde zur Unterstützung der gemäßregelten und verfolgten Brüder von Martin NIEMÖLLER der Pfarrernotbund gegründet, auf den Karl BARTH zunehmend theologischen Einfluß gewann.

Versuche des Regimes, die Verfassung der Evangelischen Kirche aufzulösen und durch eine unitarische Reichskirche unter der Leitung eines regimetreuen monarchisch waltenden Reichsbischofs zu ersetzen, beantwortete das Kirchenvolk mit Protesten.

Die dennoch nur von einer Minderheit getragene Barmer Bekenntnissynode und deren theologische Erklärung¹⁴⁾ sollte das Leben der widerstehenden Gemeinden entscheidend bestimmen.

Die Barmer theologische Erklärung von 1934 wendet sich entschieden gegen jede metaphysische Verklärung des Staates, dessen Aufgabe lediglich darin bestehe, in der Vorläufigkeit der noch nicht erlösten Welt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Barmer Erklärung verweist ausdrücklich auf die gemeinsame Verantwortung von Regierenden und Regierten; und damit klingt auch die Forderung nach einer Staatsform an, in der diese Verantwortung auch wahrgenommen werden kann: die Demokratie.

Erst 1985 bequemt sich die EKD, diese politische Einsicht in der Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ niederzulegen. Eine etwas späte, peinliche Pflichterfüllung. Die österreichische Kirche schweigt noch immer — zustimmend?!

Gerade dieses Schweigen unserer Kirche zu vielen gesellschaftlichen Fragen fordert jene heraus, die von der herrschenden kirchlichen Grundströmung als progressiv, links oder gar subversiv gebrandmarkt werden.

4. Die Progressiven

um gleich in der Diktion ihrer Kritiker zu bleiben, sehen in der christlichen Offenbarung nicht nur eine persönliche, sondern auch eine radikale, „die bestehenden Unrechtsverhältnisse umstürzende“ politische Botschaft. Kirche habe sich klar und eindeutig auf die Seite der Armen und Unterdrückten zu stellen. Die Worte sind hart, der Anspruch ist groß,

die nicht nur verbale Solidarität ist es auch.

Bonhoeffer, Barth und Barmen werden vielfach über den Umweg des South African Council of Churches oder gar der weitgehend nichtprotestantischen Befreiungstheologie rezipiert.¹⁵⁾

Der Blick in die Zweidrittelwelt macht mitunter das Hier und Jetzt unbedeutend, die Aufforderung zur Buße, zur Umkehr und zum Handeln läßt kaum noch Platz zur Ermutigung der bereits vielfältig Engagierten.

Auf Grund hiesiger institutioneller Dürre liegt das gelobte Land auf diversen Kirchentagen in der BRD, in Genf beim Weltkirchenrat, im Lutherischen Weltbund, jedoch immer jenseits der heimatischen Berge.

Die Geschäftigkeit ist beeindruckend: permanente Fußwaschung mit nur ganz wenig Zeit zur Meditation.¹⁶⁾

Anzumerken wäre noch, daß erstens die hier etwas überdeutlich beschriebenen Gruppen tatsächlich natürlich nicht so klar voneinander abgrenzbar und in sich homogen existieren, und zweitens die mehr oder minder liebevollen Arbeitszeichnungen natürlich von den jeweils anderen kreiert wurden. Meine geistige Heimat habe ich so irgendwo zwischen den Liberalen und den Progressiven gefunden. (Ich lasse mich aber natürlich nur ungern in ein — wenn auch von mir — vorgefertigtes Schema pressen.)

Und was tut unsere kirchliche Obrigkeit?

Sie scheint damit beschäftigt zu sein, unter besonderer Berücksichtigung der Evangelikalen, ausgleichend zu wirken und alle anstehenden Probleme aussitzend zu verdrängen. Träumt man als verschwindende Minderheit in diesem Lande den großen Traum von der Volkskirche und sorgt sich um deren Finanzen?¹⁷⁾

PC-Magazine 6/87:

RELIGION

Power Church Plus!™

Fast, friendly, reliable church administration system. Full fund accounting, mailing lists, membership, contributions, attendance, word processing, a/ccts, payable, payroll, multi-user support, and much more — all for \$495 complete. Uses up-to-date software technology. Unlimited capacity. Full working demo \$10. Call today.

CHURCH SOFTWARE.

F1 SOFTWARE
PO Box 3096
Beverly Hills, CA 90212
(213) 854-0865

MEMBERSHIP MIRACLE

Top of the line, full function, church mgt. system. Full support for membership, prospecting, contributions, customized mailing, word processing, and accounting. Powerful fund drive support speeds economic payback. On-line help functions. For IBM XT/equiv. Free tutorial disk. Full demo \$35. Call.

** Elegant Solutions

** 2577 North Downer Ave. Suite 210

** Milwaukee, Wisconsin 53211

** (414) 332-0774

Ich habe so meine Zweifel, ob die Seligpreisungen¹⁸⁾ auch der normale Aufent-

halsort des Oberkirchenrates ist. Denn ihm sind höchst suspekt jene Gemeinden, die teilhaben an den Geburtswunden der Gottesherrschaft — dort am Rande zwischen der alten Erde und dem neuen Himmel.¹⁹⁾

Und so ist es in gewisser Weise sogar tröstlich, daß wir mit Sicherheit weiter streiten werden, zum Beispiel um die Inhalte der Grazer Evangelischen Akademie oder um die längst überfällige Besetzung der seit Jahrzehnten vakanten Studentenpfarrstelle.²⁰⁾

Postscriptum: Noch ein kleiner Hinweis für alle Unentwegten, die es weiterhin mit Politik und/oder treiben wollen:

Math 7,¹⁵

D FOESCHN BROFÄTN

Lossz esch ned eikochn fo de Schmädandla, de was daheakuman, wie waun s d reinzdn Lampdn waan, und dawau san s eiwendich d eagsdn Gfressda, was d da fuaschdön kausd. Owa san ä leicht zan Oogneissn:

*nemlich an den, was dabei ausschaud.*²¹⁾

Anmerkungen:

- 1) Zitiert von der deutschen Bibelübersetzung Martin Luthers, österreichische Bibelgesellschaft, Wien 1972.
- 2) Spezialität dieser „Jugendarbeit“ war das konsequente Wecken von Schuldgefühlen — was bei pubertierenden Jugendlichen ja weitaus keine größeren Schwierigkeiten bereitet, um dann hoffnungsvoll dramatische Bekehrungserlebnisse auszulösen.
- 3) Zitiert nach Ulrich WILCKENS, Furcha, Hamburg 1974.
- 4) W. I. Lenin, Sozialismus und Religion, 1905; zitiert aus Lenin über die Religion, S. 39—40, Dietz, Berlin 1980.
- 5) Bertrand RUSSEL, „Free Thought and Official Propaganda“, Russel's best, S. 58, Unwin, London 1985.
- 6) Jean-Jacques Rousseau, vom Gesellschaftsvertrag, Reclam, Stuttgart 1983; Von der bürgerlichen Religion, S. 140 folgende.
- 7) Johannes 3, 16
- 8) Johannes 10, 10
- 9) Zitiert von Ulrich WILCKENS, Furcha, Hamburg 1974, Röml. 13, 1—2.
- 10) Martin Luther, „Ob Kriegsleute auch im seligen Stand sein können“, 1526; zitiert nach WA, XIX, S. 625 und S. 629—630.
- Vgl. a. „von weltlicher Obrigkeit, wie man ihr Gehorsam schuldig sei“, 1523, WA, XI, S. 245—280.

- 11) Eine Vorstellung, die auch im nichtprotestantischen Raum weite Verbreitung gefunden haben soll.
- 12) Kurt Marti, Geduld und Revolte, Rastatt, 1984.
- 13) Zitiert aus Bünker/Dantine/Kraus/Stein/Trinks, „Widerstehen — Die Kirche im politischen Spannungsfeld — Barnum 1934—1984“, Evangelische Akademie Wien, 1985, S. 74.
- 14) Laiengerechtes Verständnis lieferte mir: Heinz Zahrt, „Die Sache mit Gott — protestantische Theologie im 20. Jh.“, S. 58 ff, insbes. S. 72—73 sowie S. 189 ff, dtv, München 1984.
- 15) Vergleiche dazu: „Bekenntnis und Widerstand — Kirchen Südafrikas im Konflikt mit dem Staat“, Evangelisches Missionswerk Hamburg.
- 16) Vergleiche dazu: Dorothee Sölle, „fürchte dich nicht — der Widerstand wächst“, S. 34 ff, pendo, Zürich 1982.
- 17) PC-Magazine, Volume 6, Number 13, July 21, 1987, S. 531.
- 18) Math. 5, 1 ff.
- 19) Vergleiche dazu: Heinz Zahrt, „Warum ich glaube — Meine Sache mit Gott“, S. 259 ff, dtv, München 1984.
- 20) Wetten, daß künftige Bewerber auch unter unserem neuen Superintendenden aufgrund mangelnder Gemeindefahrungen — mit keinem — „Placet“ rechnen können, werden nicht (!) entgegengenommen.
- 21) Math. 7, 15, zitiert nach: Wolfgang TEUSCHL, „Da Jesus und seine Hawara“, S. 81, Schwarzer, Wien 1981.

„1938 — 1988. Ein Vorwort“ von Gerhard Beermann

„1938 — 1988. Ein Vorwort“ heißt die Evangelische Akademie '87, die vom 10. bis 15. November 1987 im Martin-Luther-Haus stattfindet. Sie möchte Mut machen zur Erinnerung und mehr.

Es ist höchste Zeit, sich in Erinnerung zu rufen, welchen Anteil evangelische Frömmigkeit und evangelische Predigt in Österreich am Verlust von Menschlichkeit und Mitmenschen in diesem Lande und darüber hinaus haben. Die Zeit drängt, die Passion des Evangeliums in unserer Kirche während des Dritten Reiches und bis heute aufzuspüren. Denn die Botschaft von der ungebrochenen Liebe Gottes und dessen Treue zu dieser Erde ist beschnitten und verkürzt worden, ja im Dickicht eigener Lebensinteressen verkommen. Die Verkündigung der frohen Botschaft für die Welt muß gesehen werden auf die falschen Werte und Hoffnungen hin, die dem Faschismus den Weg bereitet haben. Es kann dabei nicht darum gehen, daß wir heute allenfalls als Spätergeborene in ein hämisches Dankgebet verfallen: „O Gott, ich danke, daß ich nicht so bin wie diese da!“ Vielmehr wird das „Vorwort“, also die Akademie, dem Gebet des Zöllners (Lk 18/13) nachempfunden sein müssen: „O Gott, sei uns Sündern gnädig!“ So ist Erinnerung an die Verstrickung evangelischer Gemeinde- und Kirchengeschichte mit dem Nationalsozialismus nur in Form eines Schuldbekenntnisses angemessen. Und dieses schließt Trauer ein: Trauer um den Verlust von Mitmenschen und eigener wachsender Mitmenschlichkeit.

Dieser Verlust zeigt sich ja nicht nur in Form von Zustimmung einer derart menschenverachtenden Ideologie des Rechtes der Stärkeren und Skrupellosen, er zeigt sich auch in einer Form von Lähmung, bei der man kein Wort des Widerspruches über die

Lippen bringt und das Rückgrat für Widerstand keine Kraft hat.

Man war untadelig in Kameradschaftlichkeit und Pflichterfüllung, in Gehorsam und Ordnungsliebe, in Treue, Wahrheits- und Vaterlandsliebe. Das waren die Werte — und noch andere —, die eine anständige Erziehung ausmachten: Lehrer konnten sie den Schülern vermitteln und Militärseelsorger ihren anvertrauten Soldaten. Aber diese Tugenden waren kraftlos, dem maßlosen Unrecht des Systems zu widersprechen, im Gegenteil: auf sie gestützt, brachte dieses System über Abermillionen Menschen unermessliches Leid. Es bedarf der Heilung des Blinden, um sehen zu können, wie diese Tugenden mißbraucht werden können. Wohl deshalb, weil wir uns daran nicht gern erinnern lassen, bleibt der Blick getrübt. So ist unser Lebensstil mittlerweile mit oben genannten Tugenden zu einer Bedrohung der ganzen Schöpfung geworden.

Umkehr unseres Denkens und Handelns als Christen gibt unserer Mitwelt vielleicht noch ein Stück Hoffnung und Überlebenschance. Deshalb drängt die Zeit, aus aller Naivität aufzustehen. Radikale Kritik des Evangeliums an dem, womit wir uns inzwischen abgefunden haben, wenn wir von Frieden oder Gerechtigkeit reden, wird uns treffen und die Augen öffnen müssen: welche Nöte heute müssen wir endlich erkennen, welche Probleme dürfen wir nicht mehr übersehen, für wessen Existenzangst sollten wir sensibel gemacht werden, und wo brauchen wir Mut zum Widerspruch und Widerstand, wenn wir die biblische Botschaft im Rahmen des Schicksals der ganzen Schöpfung predigen, hören und verstehen wollen.

aus „Dialog“, Zeitschrift der Heilandskirche

zukunftsorientiert, und darüber hinaus umfaßt das proletarische Bewußtsein sämtliche Errungenschaften des Bürgertums — und dies gilt nicht umgekehrt.“⁸⁾

Die politische Auffassung der Wahrheit drückte zwangsläufig ihre Prägung der politischen Praxis auf: in den Mittelpunkt des Interesses rückt die Selektion nach dem Prinzip: Wer ist mit — wer gegen uns? Der tiefere Einblick in das Wesen der Dinge wird prinzipiell vernachlässigt. Diese dichotomische Denkart sät Mißtrauen, entlarvt, agitiert bzw. hetzt auf, wenn nötig; vor allen Dingen aber hört sie nicht auf, zu etikettieren: Feudalismus, Kapitalismus, Imperialismus, der geistige Liberalismus, bürgerliche Demokratie, Opportunismus, Revisionismus, Dogmatismus, Reaktionismus, Konterrevolution usw. Auf eine jede Erscheinung muß ein „Ismus“ passen. Diese lückenlose Klassifizierung baut auf den Angstassoziationen auf und erleichtert die Festigung des bedingten Reflexes Pawlows. Auf der anderen Seite wird — auf einer höheren Ebene — ihre Zukunfts ausgerichtet mit dem Ausdruck gebracht: sie ist es, die zur Aktivität anmienen soll, eingeleitet durch die grundlegende Tat — das Bekenntnis des politischen Glaubens an die schöpferische Kraft der geltenden Ideologie. Dieses Bekenntnis soll mitreißend, ansteckend, denn eine wachsende Zahl der Bekenner beschleunigt den Marsch in die Zukunft, führt schneller die neue herrliche Welt herbei. Vorerst muß der Umdenkprozeß der Untergebenen eingeleitet und vollzogen werden, sie sollen möglichst rasch beginnen, „politisch zu denken“. In dieser Diktion heißt es: sie selbst sollen mißtrauen lernen, entlarven, agitieren, denunzieren, nach vorgegebenem Klischee etikettieren und klassifizieren. So wird in der Gesellschaft der schöpferische Geist der Lüge herangezuchtet — eine unersetzliche Stütze einer verlogenen Macht. Und damit wäre das Hauptziel erreicht, denn das wichtigste Anliegen der Macht ist es, der Lüge eine Wucht und Ausrichtung zu geben, ihr Vollzug wird dem Eifer und dem Einfallsreichtum der Untergebenen überlassen.

Eine Antwort auf die Lüge

Die politische Lüge hat zwei Gesichter: dem einfachen Menschen erscheint sie als das „kleinere Übel“, der Politiker sieht sie als eine „höhere Form der Wahrheit“. Wird die Lüge als „kleineres Übel“ bezeichnet, so geschieht dies aus Rücksicht auf den einfachen Menschen, sonst ist sie in ihrem politischen Selbstverständnis immer nur eine „höhere Wahrheit“. Beide Interpretationen setzen einen gewissen Heroismus voraus. Der Vorwurf, die Politiker lügen, weil sie feige sind, ist weit gefehlt. Ganz im Gegenteil: Die Lüge des Politikers, die sich mitunter gegen die gängigen Vorstellungen wendet, erfordert nicht weniger Mut

als die Wahrheit. Offen blieb bislang die Frage, wie die Untergebenen darauf reagieren. Da sind recht unterschiedliche Positionen möglich: Einige werden sich der Lüge verschreiben, ihre eigene Denkweise anpassen und werden den in sie gesetzten Erwartungen entsprechen; andere werden sich der Lüge widersetzen, um an dem Prinzip des gesunden Menschenverstandes festzuhalten. Die wohl häufigste Gruppe werden gewiß jene darstellen, die mit gleicher Münze heimzuzahlen bereit sind — die an sie gerichtete Lüge werden sie ebenfalls mit Lüge beantworten, und zwar aus der Überzeugung heraus: Was der Macht recht ist, dürfte ihnen billig sein. Wenn die Macht — aus Furcht und Sorge um das Schicksal der Untergebenen — sich der Notlüge bedient, so sehen sich die Untergebenen durch einen ähnlichen Sachzwang in ihrer Lüge entschuldigt: Sie lügen der Macht zuliebe, um ihr Gefühl der Selbstzufriedenheit nicht zu trüben. Fühlt die Macht mit den Untergebenen mit (indem sie lügt), so wollen sich die Untergebenen im Gegenzug ebenfalls mitführend zeigen. Geht die Macht von der Grundannahme aus, der Gehorsam des Volkes habe seinen Grund allein in der Angst, so scheint es den Untergebenen angebracht, auch im Unterbewußtsein der Macht eine gewisse Angst wachzuhalten. Mitunter sehen sich beide Partner veranlaßt, dafür Sorge zu tragen, daß die Angst auf der anderen Seite nie gänzlich zum Erlöschen kommt. Genauso unerwünscht sind aber auch unkontrollierte Ausbrüche der Angst. Um diese Angst in Grenzen zu halten, ist es unumgänglich, zwischen den beiden sich gegenseitig Angst machenden Seiten einen heißen Draht einzurichten, einen Verbindungsweg offenzuhalten — nämlich jenen der Bestechung. Nichts baut die gegenseitige Angst so erfolgreich ab wie der Glaube an die Wirksamkeit der Bestechung. Wenn die Untergebenen in den Augen der Macht lediglich einen zu formenden Werkstoff darstellen, so erscheint ihnen auch die Macht zunächst als ein gesichtsloser Tonklumpen, der durch entsprechendes In-formieren zu formen ist. Auch der „Heroismus“ ist dergestalt bidirektional — warum sollte er nur der einen Seite eigen sein, wenn auch die andere gleichziehen will? Dem „heroischen“ Angebot des „kleineren Übels“ und der „höheren Form der Wahrheit“ wird auf seiten der Untergebenen ein gleichlautender Vorschlag entgegengebracht: Der Macht wird mit gleichem „Heroismus“ die „höhere Form der Wahrheit“ aufgetischt, indem ihr Lüge dargebracht wird, was gewiß ein „kleineres Übel“ als Lynchjustiz ist. In Augenblicken höch-

ster Anspannung gibt der Mensch dann doch meistens jener elementaren Regung des Selbsterhaltungstriebes nach, die den Gegner, solange er sich belügen läßt, lieber am Leben erhalten sehen möchte. Die Macht unterbreitete den Untergebenen das Angebot der „politischen Denkweise“ als ein aufgrund von Mißtrauen, Agitation und Denunziation erfolgloses Klassifizieren und Etikettieren. Die Untergebenen folgen bereitwillig dem Ruf, allerdings mit einem Gegenangebot, gestützt auf ein anderes Klassifizierungsprinzip — dafür bei ähnlicher Denkweise. Die Kriterien sind vereinfacht worden, infolgedessen die Zahl der Klassen geringer — es läuft letzten Endes alles auf eine sehr übersichtliche Gegenüberstellung hinaus: „Wir und jene da.“

Die Lügenspirale, einmal in Bewegung gesetzt, dreht sich von selbst weiter. So wird in gemeinsamer Anstrengung der Machthaber und der Untergebenen der Bau der Lüge errichtet. Teiluntersuchungen dieses Phänomens mögen mitunter lustig und amüsant sein, denn es bietet sich ein beachtliches Spektrum an Lügen: — es gibt solche, die beständig existieren, obwohl sie niemand glaubt; dann gibt es welche, die nur die Macht für bare Münze nimmt — die Untergebenen lachen sich dabei ins Fäustchen; fernerhin gibt es auch jene Lügen, denen nur die Untergebenen Glauben schenken. Es ist letztendlich auch nicht so wichtig, wer welche Lüge ernst nimmt; worauf es dabei ankommt, ist die Atmosphäre des allgegenwärtigen Mißtrauens und der Versicherung. Es wird bisweilen so weit getrieben, daß die Glaubwürdigkeit aller in Frage gestellt wird. Angezweifelt werden sogar die einsichtigsten Wahrheiten. Erst dadurch wird eine Lage geschaffen, von der Norwid kurz nach dem Ausbruch eines blutigen Aufstandes in Polen schrieb:

„Es sind bereits vierzig Tage verstrichen, seitdem sich die Polen gegen Moskau erhoben haben; genau genommen und aus europäischer Sicht formuliert — gegen die Lüge, die diesen fürchterlichen Kampf heraufbeschwor. Lügen von großer Beständigkeit, die mit besonderer Sorgfalt gehegt und gepflegt werden, müssen sich zwangsläufig an einem bestimmten Tag im Blutergießen entladen...“

Anmerkungen:

- 1) Torafski, T., Oni (Jene da) Londyn 1985
- 2) ebd., S. 356
- 3) ebd., S. 228
- 4) ebd., S. 314
- 5) ebd., S. 293
- 6) ebd., S. 357—358
- 7) ebd., S. 289—294 passim
- 8) Besancon, A., Les origines intellectuelles du leninisme, 1977, S. 253—254
- 9) Norwid, C. K., Listy do Michala Kleczkowskiego, 6. 3. 1863

selbst gern zurückgreift, um seine Notlügen zu entschuldigen. Die Volkstümlichkeit der Lüge läßt den Politiker volksverbundener erscheinen. Das „einfache Volk“ flüchtet sich zumeist aus Angst in die Lüge — dies wird folglich auch dem Politiker gebilligt, nur darf sich der letztere nicht von einer gemeinen Angst um sich selbst leiten lassen, sondern von einer Angst um das ihm anvertraute Volk. Eine solche Lüge erscheint legitim. Eine unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Rechtfertigung der politischen Lüge ist Schaffung eines den Machthabern und Untergebenen gemeinsamen Raumes der Angst. Dabei ist die Angst auf Seiten des Volkes nicht als eine dem Politiker vorgegebene Größe zu verstehen; ganz im Gegenteil, sie ist erst zu schaffen, was Aufgabe des Politikers ist. An ein bestimmtes Weltbild müssen bestimmte Ängste geknüpft werden, d.h., bestimmte Bilder müssen immer eine Angstreaktion hervorrufen. Zu diesem Zweck empfiehlt es sich, die Erkenntnisse der Assoziationspsychologie nutzbar zu machen. Es gilt nämlich, eine Assoziationskette aufzubauen, deren erstes Glied die Existenzangst ist. Auch alle anderen Bereiche und Empfindungen müssen an diese Kette angeschlossen werden, um auf Angst hinzuweisen und sie heraufzubeschwören. Es ist völlig unwichtig dabei, daß diese Angst gelegentlich als unbegründet und irrational erscheinen mag. Was zählt, ist die Kraft der elementaren Regung — der Assoziationszwang, der — einmal ausgelöst — zu einer blinden Gewalt werden kann, die sich einer jeglichen Kontrolle des gesunden Menschenverstandes entzieht.

40

Es muß ferner eine klare Zweiteilung der Welt vorgenommen werden: in das Lager der Freunde und jenes der Feinde. An beide Pole sind zwei gegenläufige Assoziationsketten geknüpft, die ständig verstärkt werden müssen durch den pausenlosen Bewußtseinsbeschuß mit zwei simplen, disjunktiven Sätzen: Wir leben im Lager der Freunde, die da drüben sind ausnahmslos unsere Feinde. Auch wenn wir drüben einen Freund hätten, ist höchste Vorsicht geboten, denn im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung wird er, „objektiv“ gesehen, auf der Feindeseite stehen, also gegen uns sein. Auf unserer Seite sind wir im Prinzip unter Freunden, aber auch da ist Wachsamkeit geraten, denn auch sie könnten sich u. U. mit unseren Feinden verbünden. Vorsicht und Mißtrauen sind somit logische Folgen einer solchen „objektiven“ Bestandsaufnahme. Die Angst erscheint allzu berechtigt. Sie ist sogar lebensnotwendig geworden: will man überleben, so muß man Angst haben. Die einmal aufgebaute Assoziationskette ermöglicht alsbald eine Rückkoppelung und automatische Verstärkung: Die Lüge ist nur aus der Angst heraus zu begründen, wird nun die Angst geschürt, so wächst auch die Empfänglichkeit für jede nächste Lüge, die wiederum die Angst steigert...

Bermann sagte folgendes:

„Polen kann man nicht aus dem sowjetischen Block herausreißen, denn wohin dann mit dem Land — auf den Mond etwa? Wollen Sie Polen auf den Mond verlegen? Das Land liegt nun mal auf dem Verbindungsweg zwischen der Sowjetunion und Westeuropa, und sein Spielraum ist in eine klare „Entweder-oder-Alternative“ gefaßt. Ein drittes ist nicht gegeben, keine Zwischenlösung. Polen kann unmöglich in der Luft aufgehängt werden. Objektiv gesehen kann es also meinetwegen den Amerikanern gelingen, uns soweit aufzuwiegeln, daß wir daran zugrundegehen, denn die Sowjetunion wird hart durchgreifen und in Polen intervenieren, weil es das übergeordnete Ziel — die Wahrung ihrer Machtinteressen — erforderlich macht. Dann wird Blut fließen; sehr viel Blut — das Volk wird daran verbluten, was keine Lösung ist. Sonst müßte aber das ganze Lager eine Niederlage erleiden, dann würde Polen auf das kleine Herzogtum Warschau zusammenschrumpfen — es sei denn, der 3. Weltkrieg würde ausbrechen und ganz bzw. halb Europa wegfegen. Eine andere Lösung ist nicht gegeben, und es wundert mich sehr, daß dies den Polen, den polnischen Intellektuellen nicht einleuchten will.“²⁾

Es ist folglich eine klare Zweiteilung vorgegeben — und die gefestigten Angstreaktionen. Will man das Blutvergießen vermeiden, bleibt die Lüge übrig, die Notlügen, erzwungen durch einen bestimmten Sachzwang, den die polnischen Intellektuellen nicht begreifen wollen: Polen kann doch unmöglich, in der Luft aufgehängt, frei dahinschweben. Die Intellektuellen zeigen sich störrisch genug, um immer wieder an die ungunstigen geschichtlichen Erfahrungen der Polen mit Rußland zu erinnern. Es sei eine unverzeihliche Verblendung, wenn man die Konsequenzen bedenkt. Die grundlegende politische Wahrheit lege uns Schweigepflicht auf, aller gewissenhaften Geschichtsschreibung entgegen. Die Angst vor dem Krieg und dem Tod muß so weit gesteigert werden, daß sie alle unbequemen Einzelwahrheiten in ihren Bann schlägt. Der Politiker will sie übrigens nicht in Abrede stellen, er zielt vielmehr darauf ab, ihren Geltungsanspruch durch geschicktes Manipulieren der Angst als eine verbrecherische Provokation erscheinen zu lassen.

Der tief eingeprägte bedingte Reflex der Angst wird durch Schreckensbilder der zu erwartenden Folgen des Anspruchs auf uneingeschränkte Wahrheit genährt. Im Vergleich dazu wird die Lüge als geradezu wohlthuend empfunden, schlimmstenfalls als das „kleinere Übel“. Wer soll aber die Grenzen des „kleineren Übels“ abstecken? Von wo an darf die Wahrheit gedeihen? Die Grenzen sind fließend — bis hin zum Absurden. Wir müssen aber immer wieder fassungslos zur Kenntnis nehmen, wie weit sich die Lüge vorwagt. Es reicht ein Blick auf

zwei Ausläufer der Lüge: die politischen Prozesse zu Zeiten Stalins und einen kleinen Zwischenfall bei der Erarbeitung der polnischen Verfassung. Bermann macht sich folgende Gedanken darüber:

„Es war mir rätselhaft, wieso es möglich war, daß z. B. Bucharin und Kamieniew in ihren Prozessen eine so sinnlose Selbstkritik ablegten und Verbrechen gestanden, die sie nie begangen hatten. Ich nehme an, man hatte sie dahin gebracht, indem man ihnen erklärte: „Hör mal, das Einzige, was du noch für die Partei machen kannst, ist, ein Geständnis über tatsächliche und vermeintliche Verbrechen abzulegen.“ Der Angeklagte war sich womöglich zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht im klaren darüber, daß ihn das Kopf und Kragen kosten wird, denn was man ihm zunächst nahelegte, war eine aktive Teilnahme an der Gerichtsverhandlung und ein öffentliches Geständnis. Er erklärte sich also bereit, diesen Dienst der Partei zu erweisen, wenn sie es von ihm fordert bzw. erwartet. Der Partei zu dienen war nämlich nicht nur ein erklärtes Ziel, sondern ein inneres Bedürfnis der Altkommunisten.“³⁾

Im Jahre 1952 begab sich eine Delegation polnischer Kommunisten zu Stalin, um den Entwurf der neuen polnischen Verfassung absegnen zu lassen. Bermann hielt es in seinen Erinnerungen fest:

„Wir zeigten ihm die Einleitung, die Präambel, vor, in der es hieß, daß Polen in seiner Vergangenheit von zwei Teilungsmächten — von Preußen und Österreich — geknechtet war. Den Schöpfern dieser Präambel erschien es ganz offensichtlich ratsam, von der Erwähnung der dritten Teilungsmacht — Rußland — abzusehen, um Stalin nicht zu reizen. So verschwiegen sie es geflissentlich. Stalin las es, man konnte aber letzten Endes doch nicht um die Frage umhin — wird nun die dritte Teilungsmacht, das zaristische Rußland, ausdrücklich genannt oder nicht. Stalin entschied sich klar dafür: Ihr sollt es ganz klar sagen, meinte er, es wäre sonst sinnlos. Es sei auch nichts Antisowjetisches daran. Und so hat uns Stalin geholfen, und auch die dritte Teilungsmacht wurde in der Präambel genannt.“⁴⁾

In beiden Fällen läßt sich der Angstbogen genau verfolgen. Der Politiker hat keine Angst um sich, es ist um das Volk besorgt, seine Angst weist eine „volkstümliche“ Prägung auf — er ängstigt sich im Namen des Volkes, gewissermaßen stellvertretend für das Volk. Wenn er nun einmal lügt, tut er das dem Volk zuliebe. Dadurch wird zwar seine Lüge weiterhin negativ besetzt — sie erscheint uns nach wie vor als Übel, aber als ein kleineres im Vergleich zu jenem, das eine fanatische Wahrheitsliebe über uns hereinbrechen lassen würde. An dieser Stelle tritt der eigenartige „Heroismus“ der Lüge zum Vorschein, es ist die heroische Bereitschaft des Politikers, an der schweren Bürde der politischen Notlüge zu tragen. Die Machtausübung fordert dieses Op-

fer, der Politiker bringt es, damit die Untergebenen in Ruhe die Früchte ihrer Arbeit genießen können, ja mehr noch: er billigt ihnen mitunter sogar einen Hauch der Heldenhaftigkeit dadurch, daß sie an der Lüge der Macht (eine wohl doch nicht gänzlich unkontrollierte) Kritik üben dürfen. Der „Heroismus“ der Lüge ist mit der Katastrophenangst aufs engste verweben, was möglich macht, daß die Lüge weit über das Maß des Zumutbaren hinauswuchern kann und monströse Züge annimmt. Bucharin und Kamienew ergeben sich in Selbstbeschuldigungen, um nicht die Partei in Verruf zu bringen. Väter der polnischen Verfassung steigern sich zu der heroischen Verleugnung der Beteiligung Rußlands an der Teilung Polens, um nicht den Unwillen Stalins zu provozieren. Je größer die Lüge, umso „heroischer“ die Selbstverleugnung in ihrer Verkündung, und umgekehrt: der wachsende „Heroismus“ der Lüge beschleunigt ihr Entgleiten ins Absurde.

Begriffswandlung

Einer Lüge, die sich aus der Angst nährt, sind dennoch Grenzen gesetzt. Ihre Wirksamkeit ist auf die Abwehr polemischer Einwände eingeschränkt. Als Baustoff für eine neue herrliche Welt ist sie wenig geeignet. Die Macht, auf eine Angst-Lüge angewiesen, gibt indirekt ihre Ohnmacht zu. Auf einer solchen Lüge will auch die Autorität nicht so recht gedeihen. Ein mutiger Vorstoß tut not: der Begriff der Wahrheit muß für Zwecke der Politik eine Wandlung erfahren. Die Gegner führen doch immer ihre Angriffe von der Festung der Wahrheit aus — und da muß man ihnen das Wasser abgraben. Was soll das nun sein, diese Wahrheit — gilt es zu fragen. Ein Mensch mit gesundem Verstand versteht unter der Wahrheit Übereinstimmung des Seienden mit unserer Erkenntnis (*adequatio rei et intellectum*). Folglich ist eine Aussage dann wahr, wenn sie dieser Kongruenzbedingung gerecht wird. Der politische Verstand macht aber keinen Halt davor und wirft weitere Fragen auf: Was ist das Seiende als Gegenstand der Erkenntnis? Was ist die Wirklichkeit? Gibt es denn überhaupt eine Konstante? — in der Mathematik sehr wohl, in der aber im gesellschaftlichen Leben. In der ständig wechselnden gesellschaftlichen Realität das im Werden Begriffene ist stärker da, intensiver und greifbarer, als das bereits Existierende, das der Vergänglichkeit anfällt. Daraus leitet der politische Verstand eine neue Auffassung der Wahrheit ab: Das und nur das ist wahr, was die erwünschte Wirkung bringt.

Diese politische Konzeption der Wahrheit fand ihre theoretische Fundierung im Marxismus-Leninismus, der die „Praxis“ zum letztgültigen Kriterium der Wahrheit erhoben hat. Die Praxis ist nach dem Marxisten Adam Schaff eine „Aktivität des Menschen, die die Umge-

staltung der objektiven Wirklichkeit zum Ziel hat“. Jene Menschen, denen die Rolle der Umgestaltung zufällt, sind Politiker. Sie sorgen für die gewünschte Ausrichtung der vom Volk betriebenen „Praxis“. Sie befinden auch darüber, was als „objektive Wirklichkeit“ angesehen werden soll, gestützt auf die materialistische Geschichtsauffassung und die revolutionäre Erfahrung der kommunistischen Partei. Theorie und Erfahrung stellen zwei Eckpfeiler der wissenschaftlich fundierten Politik. Die Erfahrung läßt den Politiker die granitharten Realien der „objektiven Wirklichkeit“ ertasten, die Theorie lehrt ihn aber, daß die Granitfelsen nichts weiter sind als Baustoff für einen zu errichtenden Bau. Eine zweckmäßige Strategie und Taktik in der Politik vermag Granitfelsen zu sprengen und sie feinzumahlen, um daraus eine neue herrliche Welt entstehen zu lassen.

Der Marxismus-Leninismus sichert dem Politiker den Luxus einer Lüge, an die er glauben kann. Seine Äußerungen sind anders: dynamischer (weil dialektisch) wahr, als es jener „metaphysische Aberglaube“ — die Wahrheit des statischen gesunden Verstandes ist. Das neue Verständnis der Wahrheit schließt jedoch das herkömmliche nicht gänzlich aus, es schränkt lediglich seinen Geltungsbe- reich ein: Das gemeine Denken soll dem Verstand des Politikers unterworfen sein, der seinen Freiheitsraum schon bestimmen wird. Zur Einhaltung der vorgezeichneten Grenzen wird die Zensur bestellt.

Zunächst aber muß die Zukunftsvision der „neuen herrlichen Welt“ heraufbeschworen werden, auf die hin sich die Geschichte zwangsläufig entwickelt. Bermann formulierte die Zielvorstellungen des Kommunismus so: „Das Ziel war immer das gleiche: ein anderes Polen schaffen, ein Polen ohne fremde Nationalgruppen, ohne Analphabetismus, von beachtlichem Industrialisierungsgrad, zivilisatorisch und kulturell hochentwickelt — ein Land, das Millionen Aufstiegs-möglichkeiten bietet. Das war unsere Vorstellung, unser Traum.“⁵⁾

Die Gegenwart wird als ein zu formender Werkstoff betrachtet: „Auf uns lastet die tausendjährige Geschichte, daher kann der Prozeß der Loslösung aus der Tradition und der Begeisterung für die neue Welt nicht ganz reibungslos und kontinuierlich ablaufen, es muß in wiederkehrendem Rhythmus Turbulenzen geben... Ich glaube zwar nicht an eine magische Kraft der Worte, bin aber dennoch der Überzeugung, daß ein Ensemble unserer überlegten gezielten Aktivitäten doch noch eines Tages Früchte bringen wird und ein neues Bewußtsein im Volke schafft... Es wird vielleicht in 50, vielleicht aber erst in 100 Jahren soweit sein, schließlich bin ich kein Prophet, ich halte aber an meiner Meinung fest — es muß so kommen.“⁶⁾

Auch jene Lüge, die sich bei genauerem Hinsehen als eine „höhere Form der

Wahrheit“ entpuppt, verdient unsere Aufmerksamkeit. Nehmen wir das Problem der Wahlen: War ihre Fälschung unumgänglich? Frau Torariska bedrängt Bermann mit dem erschreckend knappen Befund: „Ihr lügt, ihr lügt unaufhörlich!“ Darauf hat Bermann eine Antwort: „Eine andere Lösung war nicht gegeben, wenn man an der Macht bleiben will. Wir waren erst gar nicht vor die Alternative gestellt, im Falle des Wahlsieges an der Macht zu bleiben, und nach einer Niederlage — abzudanken. Wäre es so gewesen, dann hätte man sich auch die Wahrheit leisten können. Wir befanden uns aber in einer Notlage und durften uns nicht bei irgendeiner Wahl um die Ergebnisse scheren, denn es gab niemand, in dessen Hände wir die Macht hätten legen können. Es gibt nach wie vor keine Ablösung... Jetzt können wir uns freie Wahlen umso weniger leisten, denn jede Wahl würde uns derzeit eine weit größere Niederlage bescheren als etwa vor zwanzig Jahren. Darüber gibt es keine Zweifel. Was für einen Sinn haben denn überhaupt noch die Wahlen?“⁷⁾

Eine solche Wahrheit also, die — wie die Wahlen — nicht die gewünschten Folgen herbeiführt, ist keine Wahrheit. Der scheinbar gemeine Wahlbetrug wird auf eine andere Ebene gehoben und zu einer umfassenderen Wahrheit gekürt, denn er begünstigt eine Entwicklung, die ohnehin mit absoluter geschichtlicher Notwendigkeit auf den Sozialismus hinführt. Besançon gibt in seinem berühmten Buch „Les origines intellectuelles du leninisme“ eine treffende Charakteristik der marxistischen Konzeption der Wahrheit, indem er sie jener von Machiavelli gegenüberstellt, die immerhin in der Ebene des gesunden Menschenverstandes angesiedelt war: „Der ontologische Monismus von Machiavelli läßt den Gegensatz von Wahrheit und Lüge innerhalb der gleichen Wirklichkeit zu. Die Wahrheit beschreibt die gemeinsame Wirklichkeit, die Lüge hingegen entsteht sie und verfälscht. Es liegt folglich eine Art Doppelzüngigkeit vor: Sowohl die Wahrheit als auch die Lüge haben ihren Ursprung in dem gleichen Subjekt, das je nach seinem Willen lügt oder die Wahrheit spricht. Die Lüge zerfällt allerdings das Subjekt innerlich, denn in seinem Bewußtsein existiert sonst noch die Wahrheit weiter. Der ontologische Dualismus Lenins ist das Gegenteil davon: Es gibt keine Wahrheit an sich mehr, jede Wahrheit wird relativiert. Denn worüber sollte es eine Wahrheit geben und für wen — fragt sich Lenin. Es gibt keinen gemeinsamen Raum der Wirklichkeit mehr. Es sind zwei Wahrheiten, die sich gegenüberstehen und sich gegenseitig bekämpfen, jede an eines der beiden Lager gebunden: die bürgerliche Wahrheit für das Bürgertum und die proletarische Wahrheit für das Proletariat. Es gibt zwischen ihnen keine Symmetrie und erst recht keine Gleichheit. Die erstere gehört der Vergangenheit an, ist folglich falsch, die letztere ist

LÜGE IN DER POLITIK

Was kann ein Schriftsteller, weltabgeschnitten inmitten einer von der Pest heimgesuchten Stadt Sinnvolles tun? — Es sei ihm geraten, ein Buch darüber zu schreiben. Dieses Buch vermag zwar nicht die schlimme Zeit der Heimsuchung zu verkürzen, es wird aber eine wichtige Erfahrung für die künftigen Generationen hinüberretten. Was ist Aufgabe eines Philosophen in einem Land, dessen öffentliches Leben von der politischen Lüge beherrscht ist? Er wird gut daran tun, zur Feder zu greifen, um mit dem Phänomen der politischen Lüge abzurechnen. Auch davon dürfen künftige Generationen profitieren, und zwar gleichermaßen diese, die der Lüge absagen werden, als auch jene, die es sich zum Ziel setzen werden, sie weiterhin zu vervollkommen.

In Befolgung dieser Pflicht sei hier zunächst einmal geklärt, was unter dem Begriff „politische Lüge“ zu verstehen ist. Eine politische Lüge zeichnet sich dadurch aus, daß sie immer den Bedürfnissen der Macht entspringt, um sich in ihren Dienst zu stellen.

Der Lüge kommt dann in erster Linie die Aufgabe zu, das Selbstbewußtsein der Macht zu stärken, ihr Hoheitsgebiet auszuweiten und sie rechtfertigen zu helfen — vor sich selbst und vor anderen. Die Macht ist mithin nicht nur als Quelle der Lüge anzusehen, sondern zugleich auch als ihre hinreichende Rechtfertigung und fernerhin nicht selten (direkt oder indirekt) als Gegenstand der Lüge. Dieser machtorientierte Befund schließt selbstverständlich eine eventuelle Mitwirkung bzw. Komplizenschaft der Untergebenen nicht aus. Es ist nicht verwunderlich, daß dieser oder jener Politiker mit Lügen arbeitet, weit erstaunlicher ist, wie schnell und eigenständig sich die einmal in die Welt gesetzte Lüge verbreitet und von welcher zäher Lebenskraft sie ist. Sie wuchert wie Unkraut, von Machthabern und Untergebenen gleichermaßen genährt.

Sie wird auch nie groß hervorgekehrt; ein verlogener Politiker rühmt sich nie seiner Lüge, nicht einmal vor sich selbst, er ist vielmehr bemüht, sie geheim zu halten oder aber ihre Notwendigkeit einsichtig zu machen. Er strebt auch keine Umwertung der Werte an, trachtet nicht danach, nummehr an Stelle der Wahrheit die Unwahrheit zu setzen. Ganz im Gegenteil, er kann nicht eindringlich genug betonen, wie ernst er es mit der Wahrheit meint. Das tut er nicht nur im Interesse der Macht, es ist nicht zuletzt der tiefere Einblick in die innere Beschaffenheit der Lüge, die ihm diese Verhaltensweise zweckmäßig erscheinen läßt. Das Wesen der Lüge besteht darin, die Wahrheit vorzutauschen, und nicht etwa ihr Existenzrecht zu untergraben. Wer lügt, tut sehr

wohl Unwahrheit kund, gibt sie aber als Wahrheit aus. Er will somit seine Achtung vor der Wahrheit zum Ausdruck bringen und sie als einen wahren Wert hinstellen, dem er sich ebenfalls verpflichtet fühlt. Er tritt aber zugleich diesen Wert mit Füßen. Nun will aber einmal jede Mißachtung, jede Abweichung von ihr, gut begründet sein, so kann auch die politische Lüge nicht umhin, eine Rechtfertigung liefern zu müssen. Die politische Lüge verweist dabei immer auf die Macht, deren Interessen sie wahrzunehmen hat, und glaubt allein schon dadurch ausreichend gerechtfertigt zu sein.

Eine tiefere Einsicht in die hochkomplizierte Struktur der politischen Lüge ruft große Bestürzung hervor: Es ist ein Koloss, wenngleich auf tönernen Füßen. In ihrem Aufbau ist sie ein wahres Kunstwerk, ein sehr anmutiger und gediegener, andererseits aber geheimnisvoller Bau, vieldeutig-schillernd, mit weitverzweigten, nicht bis zuletzt erforschten Gängen, zahlreichen Treppen- und Leiterstiegen, die hinauf und hinunterführen — ein verlockendes Labyrinth, umgeben von verwilderten Wäldchen und sehr gepflegten Parkanlagen. Es bedarf einer besonderen Einweihung, um sich in dieser Welt zurechtzufinden, und eines großen Talents, um sie weiter vervollkommen zu können. Nicht jede Lüge ist in diesem Reich erlaubt, und nicht jeder hat das „Recht“ zu lügen. Besonders raffinierte Lügen sind der Elite vorbehalten, andere, in sehr plumper Ausführung, sind dem gemeinen Volk zugeordnet. Es gibt Lügen, die die Vergangenheit mit Beschlag belegen, solche, die zukunfts ausgerichtet sind, und nicht zuletzt jene, die die Gegenwart entstellen, was besonders frapierend ist, weil da die Manipulation vor aller Augen betrieben wird. Gelogen wird ferner über Hüben und Drüben, über die Hölle und den Himmel; einige Lügen sind unveränderlich, andere sehr wandlungsfähig, eine ganze Reihe geht an der Wahrheit oder an Altersschwäche zugrunde, es werden auch immer wieder neue hervorgebracht. Nicht zuletzt birgt dieser Bau in sich auch Lügen über Lügen. Wie kann denn eine solche Welt überhaupt existieren? Werden ihre tönernen Füße nicht doch eines Tages zerbröckeln? Ist eine solche realitätsferne Scheinexistenz grundsätzlich möglich?

Spätestens an dieser Stelle kommt in vielen Lesern die Frage auf, auf wen eigentlich diese Ausführungen gemünzt seien, und sie werden die Forderung erheben, nun solle der Steckbrief in vollem Wortlaut bekanntgegeben werden. Ich muß leider jene Leser enttäuschen — gemeint sind alle und niemand, d.h., unsere Aufmerksamkeit gilt der Erscheinung, nicht ihren Trägern. Wenn sich ein Politiker

durch die Lektüre dieser Zeilen angesprochen fühlt, dann ist er sich selber Rechenschaft schuldig darüber, inwieweit diese Bemerkungen auf ihn zutreffen. Die anvisierte Abstraktionsebene soll uns gleichwohl nicht daran hindern, einige konkrete Explikationen vorzunehmen. Wir wollen dabei auf ein Interview zurückgreifen, das JAKUB BERMANN — in der Stalinära der zweitstärkste Mann in Polen — Frau Torańska gegeben hat.¹⁾

Bermann ist ein typischer Vertreter der marxistischen Hemisphäre, und dieser Umstand kann womöglich Gegner des Marxismus zu der frohlockenden Feststellung verleiten: „Wir sind nicht wie ‚Jene da‘“. Dies wäre aber ein voreiliger Triumph. Die Grundstruktur der Lüge ist nicht notwendig ideologiegebunden.

Richten wir jetzt unser Augenmerk auf zwei Fragen: Wie läuft der Prozeß der Rechtfertigung der politischen Lüge ab und welche ideologischen und philosophischen Voraussetzungen sind für sein Zustandekommen konstituierend?

Gewiß setzt die Rechtfertigung der politischen Lüge ein den Machthabern und den Untergebenen gemeinsames Verständnis der Wahrhaftigkeit voraus: eine Aussage ist dann wahr, wenn sie mit dem sinnlich Wahrgenommenen übereinstimmt. Ein ideologiebedingtes Verständnis der Wahrheit setzt jedoch diese offensichtliche Verkoppelung außer Kraft. Den Untergebenen bleibt die Wahrheit vorenthalten, nur der Politiker kennt sie. Infolgedessen können sich die Untergebenen oft nicht des Verdachts erwehren, sie würden vom Politiker belogen werden. Sobald es ihnen aber gelingt, die Wege des politischen Denkens nachzuvollziehen, wird es ihnen einleuchten, daß der Politiker keineswegs lügt, sondern ihnen eine höhere Form der Wahrheit offenbart, zu der nur er Zugang hat.

Rechtfertigung der Lüge

Jede Lüge in der Politik verlangt nach einer besonders guten Begründung, denn wer mag es schon, angelogen zu werden — am allerwenigsten das sogenannte „einfache Volk“, für dessen Wohl sich die Politiker abmühen. Auf der anderen Seite herrscht ein allgemeiner Konsens darüber, daß in bestimmten Situationen eine Lüge nicht zu vermeiden ist. Die wichtigste Aufgabe des Politiklers beruht darauf, die Wahrheitstreue zum obersten Prinzip zu erheben und zugleich einige Ausnahmen — die Notlüge — plausibel zu machen. Diese Ausnahmen bedürfen einer Begründung, von der sich das „einfache Volk“ sofort angesprochen fühlen wird. Mithin müssen Argumente ins Feld geführt werden, auf die das „Fußvolk“

WIRTSCHAFT ZWISCHEN ETHIK UND SACHZWANG

Eine Reihe offener Fragen fordert jeden aufmerksamen Beobachter dazu heraus, wirtschaftliche Themen in der näheren und weiteren Umgebung auch aus ethischen Gesichtspunkten heraus zu betrachten: Arbeitslosigkeit trotz Wirtschaftswachstum, Veränderungen in der Arbeitswelt durch Einsatz neuer Techniken, Umweltbeeinträchtigungen, landwirtschaftliche Überproduktion in Industrieländern und Hunger in der Dritten Welt und viele weitere aktuelle Ansatzpunkte sind gerade für engagierte, idealistisch denkende — vor allem auch junge — Menschen Anlaß genug, sich intensiv und kritisch mit der Wirtschaft auseinanderzusetzen. Dies gilt insbesondere auch für Verantwortliche im kirchlichen Bereich, deren Aufgabe es ist, sich mit der Situation des Menschen in unserer Welt und der Verwirklichung religiöser Prinzipien zu beschäftigen.

Mit ebenso großem Ernst weisen Verantwortliche in der Wirtschaft — Unternehmer und Manager, Wirtschaftspolitiker und Wissenschaftler — auf Gesetzmäßigkeiten und „Sachzwänge“ im wirtschaftlichen Ablauf hin, die unter gegebenen Rahmenbedingungen bestimmte Handlungen erfordern, wenn Existenzsicherung, Versorgung und Lebensstandard aufrecht erhalten werden sollen. Markt und Wettbewerb, Außenwirtschaftsverflechtung, technischer Fortschritt und betriebswirtschaftliche Zusammenhänge — Kosten, Ertrag, Gewinn — sind gegebene Voraussetzungen, die berücksichtigt werden müssen, wenn wir wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzungen verwirklichen wollen.

Dieses Dilemma zwischen Ethik und Sachzwang stellt eine große Herausforderung an alle verantwortungsbewußt Wirtschaftenden sowie auch an jene dar, die sich mit der Verwirklichung von religiösen und moralischen Werten in unserer Welt beschäftigen. An diesen Fragen kann auch der Dialog Kirche/Wirtschaft nicht vorbeigehen.

Jedoch ist dieses Dilemma an der aktuellen tagespolitischen Oberfläche allein nicht zu lösen; wir müssen uns zuvor einige Grundfragen vom Wesen und von der Aufgabe der Wirtschaft vor Augen führen. Wir müssen uns fragen, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit die Wirtschaft ihre Aufgaben erfüllen kann und auf welche Weise sie ihre Ziele erreichen kann.

Vom Wesen der Wirtschaft

Die Wirtschaft ist ein Teilbereich der Gesellschaft. Ein Bereich, der sowohl klare

Funktionen und Aufgaben zu erfüllen hat, als auch für die Menschen in der Gesellschaft durch angebotene Güter und Dienstleistungen, durch Arbeitsplatz und wirtschaftliche Tätigkeiten den konkreten Rahmen und die nötigen Voraussetzungen für das Leben bietet. Alles hängt auch mit der Wirtschaft zusammen, aber Wirtschaft ist nicht alles. Im Gegenteil: Wirtschaft ist nie losgelöst von den Zielen und den Anforderungen der Gesellschaft zu sehen, die an sie gestellt werden. Individuelle Lebensziele und Bedürfnisse, Daseinsformen von Familien, Gruppen, Verbänden, Vorstellungen von Interessensvertretungen und staatlichen Gremien bilden in ihrer Gesamtheit — auch der sogenannte „Zeitgeist“ spielt hier eine Rolle — ein Netzwerk von Anforderungen in jeweils gegebener historischer Gestalt, denen die Wirtschaft zu dienen hat. Wenn auch vielfache Wechselwirkungen gegeben sind, an der grundsätzlich dienenden Rolle der Wirtschaft ist nicht zu zweifeln; es mutet eigenartig an, daß „Dienstleistungsgesellschaft“ und „Ver-dienen“ zwar positiv besetzte Begriffe sind, das „Dienende“ selbst jedoch nur ungern zu Kennntnis genommen wird. Vielleicht auch kann ein erster Ansatz zum Verständnis des Spannungsfeldes zwischen Ethik und Wirtschaft in der Betrachtung der Wege gefunden werden, die die wirtschaftliche und technische Entwicklung — zumindest in den Industriestaaten — einerseits und die Fähigkeit und die Bereitschaft der Menschen, ihr Leben nach bewußten ethischen, ja religiösen Wertvorstellungen und Zielsetzungen auszurichten, andererseits in den letzten Generationen genommen haben.

Besonderes Gewicht kommt der Wirtschaft als Lebensbereich dadurch zu, daß sie neben den Funktionen der Versorgung und des Erwerbs das Umfeld zur Entfaltung des Menschen durch konkrete Tätigkeit bietet; und das nicht nur in der „offiziellen“, erfahrbaren Wirtschaft, sondern auch in „inoffiziellen“ Formen, wie sie etwa in der Studie „Die andere Wirtschaft“ von Jiri SKOLKA beschrieben sind. Arbeit als Ausdruck der Persönlichkeit, Arbeit als Bereich der Persönlichkeitsentfaltung — diese Betrachtungsweise fordert auch den wirtschaftlichen Verantwortlichen dazu heraus, Arbeit nicht ausschließlich funktional zu betrachten, sondern menschliche, ganzheitliche Dimensionen zu berücksichtigen. In diese Richtung weisen nicht nur viele kirchliche Aussagen, zunehmend beginnen auch Wirtschaftstheorie und Lehren der Betriebs- und Mitarbeiterführung den

rational-funktionalistischen Ansatz — wieder — zu überwinden und den „ganzen Menschen“ in das Zentrum ökonomischer Überlegungen zu stellen.

Voraussetzungen des Wirtschaftens

Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit die Wirtschaft ihre Aufgabe erfüllen kann? Den klassischen Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden müssen wir auf jeden Fall das „materielle Kapital“ — den Stand von Wissenschaft und Technik, das sogenannte „Know how“ hinzufügen; ebenso das Wissen um Fragen der organisatorischen Gestaltung von Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft, die entscheidenden Anteil daran haben, welche Leistungen mit den jeweils vorhandenen Mitteln erbracht werden können. Die erste und grundlegende Voraussetzung ist jedoch die innere geistige Haltung und Einstellung der Menschen, durch die Ordnung und Ablauf des Wirtschaftsgeschehens bedingt werden. Damit ist mehr als Arbeitshaltung und Leistungsbereitschaft zu verstehen. Hier ist die Frage angesprochen, ob der Sinn wirtschaftlicher Tätigkeit sich im Materiellen selbst erschöpft, oder ob Wirtschaften seinen Sinngehalt zu höheren, außerökonomischen Zielsetzungen erfährt.

Fragen, die weit über das Ökonomische im engeren Sinn hinausgehen, stellen sich auch bei der konkreten Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben:

Wie gehe ich mit der Natur, mit den Rohstoffen, mit der Umwelt um, die die Grundlage jeder wirtschaftlichen Tätigkeit bietet? Dies ist nicht nur eine Frage der Kosten-Nutzen-Analyse, dies berührt auch ethische Werte.

Wie gehe ich mit den in der Wirtschaft tätigen Menschen, Mitarbeitern, Führungskräften um? Wie gestalte ich die Zusammenarbeit im Betrieb? Welches Menschenbild lege ich der organisatorischen Gestaltung wirtschaftlicher Tätigkeit zugrunde? Welchen Stellenwert messe ich der Selbstentfaltung, der Eigenverantwortlichkeit, der Sinnerfüllung bei der Arbeit bei? Auch dies ist eine Frage, die weit über das ökonomische Kalkül allein hinausreicht.

Wie gehe ich mit den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen um, für die ich meine Leistung erbringe? Nehme ich den „Markt“ als Ausdruck menschlicher Ziele und Werte wirklich ernst? Wie gehe ich mit dem Instrument „Werbung“ um? Welche Bedeutung messe ich der Qualität

meiner Leistungen und Produkte bei?

All diese Fragen haben sowohl ökonomischen wie ethischen Gehalt; es wird Aufgabe des Dialoges Kirche und Wirtschaft sein, sie von allen Seiten her nicht als Gegensatz zu sehen, sondern Wege zu finden, in der Gestaltung wirtschaftlicher Tätigkeit beiden Ansätzen gerecht zu werden. Welche Aufgaben lassen sich nun für Wirtschaft und Kirche ableiten?

Aufgaben für die Wirtschaft

Unternehmerisch Tätige, wirtschaftlich Verantwortliche, Wirtschaftspolitiker und Führungskräfte haben in ihrem Bereich klare wirtschaftliche Verantwortung zu tragen und sind dabei an ökonomische Gesetzmäßigkeiten und Zusammenhänge gebunden. Dies drücken auch die Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils aus, die den einzelnen Kultursachbereichen — also auch der Wirtschaft — ihre Eigengesetzlichkeit bestätigen, die beachtet werden muß. Aber diese Eigengesetzlichkeit ist eine relative und kein blinder, zwanghafter Mechanismus. Sie muß, wie Papst Johannes Paul II. in einer Ansprache anläßlich des Symposiums „Kirche und Wirtschaft in der Verantwortung für die Zukunft der Weltwirtschaft“ im November 1985 im Vatikan/Rom ausführte, „in einen sittlichen Zusammenhang gebracht werden und von dort ihre Ziele und letzten Motivationen erhalten“. Auch wirtschaftlich Verantwortliche müssen lernen, wirtschaftliche Fragen und Probleme nicht aus wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten allein heraus erklären und lösen zu wollen. Dies soll am Beispiel des Begriffs „Gewinn“ verdeutlicht werden: Es ist zunehmend unbestritten, daß der Gewinn eine wesentliche Bedeutung für die Existenz der Betriebe und damit für die gesamte Wirtschaft hat, es daher auch eine wichtige Aufgabe wirtschaftlich Verantwortlicher — Unternehmer und Führungskräfte — ist, gewinnbringend zu arbeiten. Dies bestätigt auch Kardinal KÖNIG, wenn er in einer Ansprache ausführt, „das Unternehmen rentabel zu führen, ist eine sittliche Pflicht des Managements ... dazu gehört auch der Gewinn“, und dazu ergänzt: „Rentabel heißt aber mehr als bloß gewinnbringend, denn Gewinn läßt sich auf verschiedene Weise erzielen, auch auf unreelle Weise. ... Echte Gewinne zeigen aber auch an, daß im Unternehmen die richtigen wirtschaftlichen Entscheidungen getroffen werden.“ Auch der Gewinn als unverzichtbare wirtschaftliche und betriebliche Kenngröße steht also in einem „sittlichen Zusammenhang“ (Papst Johannes Paul II.) und kann nicht allein aus ökonomischen Bestimmgründen heraus gerechtfertigt werden.

Zu lernen, sich mit Denk- und Werthaltungen außerhalb des engeren Bereiches der Ökonomie auseinanderzusetzen, ist eine wichtige Aufgabe für wirtschaftlich

verantwortlich Tätige. Dazu gehört Offenheit, das Suchen des Gesprächs, z. B. auch mit der Kirche, das Akzeptieren, daß andere Betrachtungsweisen als die eigene zulässig, ja manchmal sogar notwendig sind. Darüber darf jedoch die eigentliche Aufgabe, nämlich wirtschaftliche Abläufe optimal zu gestalten, nicht vernachlässigt werden. Gerade darin liegt ihre ethische Verpflichtung. Kostengünstig zu produzieren, das heißt auch, mit geringstem Aufwand an Rohstoffen und Energie; marktgerecht anzubieten, das heißt auch, den Zielen, Wünschen und Bedürfnissen der Menschen bestmöglich zu entsprechen; Betriebsführung, das heißt auch, die Arbeit so zu gestalten, daß möglichst keine sinnentleerten, sinnlosen und damit entwürdigende menschliche Tätigkeit anfällt.

Gerade der Bereich der Mitarbeiterführung und der Gestaltung der Zusammenarbeit im Betrieb zeigt auf, wie sich wirtschaftliche und ethische Maximen nicht nur nicht entgegenstehen, sondern geradezu bedingen:

Prinzipien der Betriebs- und Mitarbeiterführung, die sich ausschließlich an den funktionalen Aspekten der Zusammenarbeit orientieren, führen in der Praxis durchwegs, auch ökonomisch, zu schlechteren Ergebnissen als Ansätze, die den Menschen mit seiner ganzen Persönlichkeit, seinen Werthaltungen, seinen Bedürfnissen, seinen Erwartungen und Wünschen ernst nehmen und die Zusammenarbeit danach ausrichten. Dies führt dazu, daß gerade die erfolgreichsten Betriebe Führungs- und Arbeitsstrukturen aufweisen, die nicht nur ökonomischen Aspekten, sondern auch humanen Anforderungen am ehesten entsprechen. Dezentralisation, Einbinden der Mitarbeiter in Entscheidungsprozesse, Persönlichkeitsentwicklung, Achtung des einzelnen und seine Beteiligung an Zielfindungsprozessen sind Grundprinzipien, die auch in so ökonomisch ausgeordneten Darstellungen wie z. B. in „Auf der Suche nach Spitzenleistungen“ von PETERS/WATERMAN ganz oben stehen. Daß deren Verwirklichung in der Praxis vielfach unvollkommen ist, spricht nicht grundsätzlich gegen diese Entwicklung. Der betrieblichen Bildungsarbeit kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu: Dabei sind nicht nur fachlich-technische Inhalte von Bedeutung, sondern es kommt gerade dem Gespräch über die Fragen der menschlichen Zusammenarbeit, den dabei auftretenden Problemen und gemeinsam zu findenden Wegen, sie zu lösen, ein hoher Stellenwert zu. Kurzfristig werden dabei immer Spannungen und Probleme auftreten können. Langfristig werden sich Maßnahmen, die sich am Menschen orientieren, auch ökonomisch positiv auswirken, wenn auch dabei manchmal gängige Denkhaltungen übertreten werden müssen. So läßt auch Matthias MANDER, im Zivilberuf ein erfolgreicher Wirtschaftsmanager, in

seinem Roman „Wüstungen“ die Hauptfigur sagen: „... Dies beweist, daß stets Mißtrauen gegenüber bestehenden Denkmustern geboten ist. Was human notwendig war, erwies sich stets auch als ökonomisch zweckmäßig.“ Und weiter: „Moral steht nicht gegen Ökonomie, sondern gegen unreife Vorformen des Wirtschaftens.“ Daraus ergibt sich auch die Aufgabe Verantwortlicher in der Wirtschaft: „Unreife“ Formen des Wirtschaftens weiterzuentwickeln, um menschliche Zielsetzungen und ökonomische Notwendigkeiten weitestgehend zur Deckung zu bringen. Daß dies nicht vollständig gelingen kann, darf das Bemühen, in diese Richtung hin zu wirken, nicht beeinträchtigen, wobei die Verantwortung von Unternehmern und Führungskräften auch darin liegt, die Grenzen des konkret Möglichen konsequent zu wahren: „Das Management hat auch die moralische Verpflichtung, übertriebene Forderungen, die die Rentabilität des Betriebes und damit auch die Erhaltung der Arbeitsplätze bedrohen, abzulehnen. ... Verluste bedrohen die Existenzgrundlage aller im Betrieb Tätigen. Der sozial-ethische Arbeitsplatz ist dann nicht mehr sozial, wenn es ihn nicht mehr gibt.“ (Kardinal KÖNIG).

Die Aufgaben der Kirche

Nun soll versucht werden, aus der Sicht betrieblicher Tätigkeit und wirtschaftlicher Gestaltung — in aller Bescheidenheit — einige Aufgaben der Kirche herauszuarbeiten, wobei sowohl auf die weiter oben dargestellten Voraussetzungen des Wirtschaftens als auch auf kirchliche Dokumente — etwa „Laborem exercens“ — Bezug genommen werden kann.

Es wurde dargestellt, daß die geistige Haltung und die innere Einstellung der Menschen die erste und wichtigste Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit ist, ohne die konkretes Wirtschaftsgeschehen nicht erklärbar ist. Daraus ergibt sich schon die erste — auch aus der Sicht der Wirtschaft unverzichtbare — Aufgabe für die Kirche. Das Entwickeln eines geistigen Fundaments, einer inneren Haltung, die Formung von Lebenszielen und Wertvorstellungen, nach denen Handlungen ausgerichtet werden, kann nicht aus der Wirtschaft selbst heraus bewältigt werden. Ja, diese würde sich dadurch selbst ad absurdum führen. An dieser geistigen Basis zu arbeiten, sie zu fördern und nach den Glaubensvorstellungen einer Religion zu formen, ist eine originäre Aufgabe einer Glaubensgemeinschaft, die wiederum zum Bild und zum Zustand des Lebensbereiches „Wirtschaft“ ursächlich beiträgt. Vielleicht sind viele Fehlentwicklungen, die heute zu diagnostizieren sind, weniger auf äußerliches, faktisches Fehlverhalten in der praktischen Tätigkeit zurückzuführen, als auf das Fehlen einer breiten Basis gemeinsamer außer- und überökonomi-

scher Ziel- und Wertvorstellungen, was dazu führen muß, daß Handlungen und Zielsetzungen ihrer moralischen und ethischen Grundlage entäußert werden und damit letztlich im Vordergründigen, Oberflächlichen verhaftet bleiben. Damit schwindet auch die Chance, in der Arbeit selbst Aufgabenerfüllung und Lebensziel zu finden. „Wie könnte (der Mensch) — zerspalten in ein Arbeitstier und in ein Genußtier — jemals Grenzen seines Genusses finden! Auf der schiefen Ebene der schlechten Unendlichkeit, der Maßlosigkeit verkommt er“ (Walter HEINRICH). Die Entwicklung des beispiellosen materiellen Aufschwungs der letzten vierzig Jahre in den westlichen Industrieländern mag dazu beigetragen haben, daß Endzwecke der Wirtschaft zunehmend im Materiellen allein gesucht wurden, was wiederum die angesprochene Spaltung fördern mußte. Der Mensch aber ist nicht teilbar; durch diese Entwicklung wird schließlich der Wirtschaft als Lebensbereich und den in ihr tätigen Menschen gleichermaßen der Boden unter den Füßen fortgezogen.

Eine weitere Aufgabe der Kirche wird es sein, konkrete Ausprägungen wirtschaftlicher Tätigkeiten und deren Ergebnisse nach den Kriterien hin zu bewerten, die als religiöse Glaubensgrundsätze und ethische Zielvorstellungen formuliert sind. Dies muß aus der Sicht der Wirtschaft auch dann akzeptiert werden, wenn es zu ungleichen Ergebnissen führt. Auch innerhalb der Wirtschaft ist es unverzichtbar, Tätigkeiten und Zustände — auf welcher Ebene auch immer — zu überprüfen und zu kontrollieren, wobei jeweils die Maßstäbe, die außerhalb oder über der jeweiligen Stufe gelegen sind, herangezogen werden; sodaß es nur recht und billig ist, daß sich die Wirtschaft insgesamt an höheren, außerwirtschaftlichen Werten messen lassen muß. Allerdings wird auch dabei eine gewisse Verhältnismäßigkeit zu wahren sein. Die prinzipielle Unvollkommenheit des Menschen und seines Werkes wird eine wirklich zufriedenstellende Annäherung an religiöse Vorstellungen auf dieser Erde schwerlich ermöglichen, sodaß dem Augenmaß der kontrollierenden Instanz für das Erreichbare und für die Gefahren, die in Forderungen liegen, die über das Menschenmögliche hinaus gehen, eine hohe Verantwortung zukommt.

Und eine dritte Aufgabe der Kirche kann es sein, überall dort, wo sie selbst wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat — das sind nicht unbeträchtliche Bereiche — beispielgebend aufzuzeigen, wie Zusammenarbeit, Gestaltung menschlichen Wirkens und die Verwirklichung ethischer Anforderungen in der Realität betrieblicher und institutioneller Arbeit tatsächlich aussehen kann. Sichtbare Beispiele haben immer eine größere Ausstrahlung als Reden oder Schriften; viele verantwortungsbewußt Wirtschaftende wären dankbar für nachvollziehbare Anhaltspunkte zu einer Gestaltung wirt-

schaftlicher Tätigkeit, die ökonomischen und ethischen Betrachtungen standhält.

Aufgaben für Wirtschaft und Kirche

Die Umsetzung dieser Herausforderung an Wirtschaft und Kirche kann nur gelingen, wenn sie im gemeinsamen Gespräch, im sich persönlich und geistig Nähern von Menschen aus den verschiedensten Lebens- und Aufgabenbereichen vollzieht. „Die Kirche braucht den Dialog mit der Wirtschaft“, formulierte Papst Johannes Paul II. auf dem Symposium in Rom, und auch die Wirtschaft muß sich mit Haltung, Forderung und Kritik der Kirche — zum Beispiel mit dem Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz der USA — auseinandersetzen. Verbesserung der Information ist dabei wichtige Voraussetzung. „Nächst des religiösen ist vielleicht das wirtschaftliche Analphabetentum heute der bemerkenswerteste Mangel, selbst unter Hochgelehrten“, formuliert der Gegenhirtenbrief amerikanischer katholischer Geschäftsleute und spricht damit drastisch ein Problem an, das bewältigt werden muß, wenn im gemeinsamen Gespräch Kirche-Wirtschaft Ethik und Ökonomie einer Übereinstimmung nähergebracht werden sollen. Ohne ökonomischen Sachverstand möglichst aller Beteiligten können Aussagen zur Wirtschaft fatale Folgen haben, ja, es können ethisch höchststehende und moralisch bestens gemeinte Vorschläge und Handlungen Wirkungen zeitigen, die das genaue Gegenteil dessen darstellen, was eigentlich bezweckt wurde. Ebenso groß jedoch ist die Anforderung an die religiöse Bildung: es darf nicht verwundern, wenn ein guter Teil der Bevölkerung mit dem Wissen um Glaubensdinge, das vielleicht letztmals in der Pflichtschule vermittelt wurde, keine Antwort auf die brennenden und drängenden Fragen unserer Zeit, auch in ökonomischer Hinsicht, mehr findet, sich anderen Erklärungs- und Lösungsmustern nähert oder im vordergründig Materiellen verhaftet bleibt. Beides ist schädlich für Gesellschaft, Wirtschaft und Kirche. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, um diesen Mängeln abzuhelfen.

Gerade darin liegt aber auch unsere große Chance. Bildungsarbeit ist nicht nur der Schlüssel zur Bewältigung anstehender ökonomischer und technischer Probleme, Bildungsarbeit ist auch der Ansatzpunkt, der dazu beitragen kann, die Information über verschiedene Lebensbereiche zu verbessern und damit die Voraussetzung zu schaffen, im gemeinsamen Gespräch Wege und Lösungen zur Bewältigung offener Fragen zu finden. Institutionen und Bildungseinrichtungen, sowohl auf Seiten der Wirtschaft als auch auf Seiten der Kirche, bieten sich dazu an:

Die Volkswirtschaftlichen Gesellschaften

bemühen sich seit Jahren, in diese Richtung zu wirken, und in den katholischen Bildungseinrichtungen, Bildungswerken und Bildungshäusern ist zunehmend die Auseinandersetzung mit grundsätzlichen und aktuellen Fragen der Wirtschaft festzustellen. Auch in den Schulen wird der Beschäftigung mit diesen Themenkreisen — sowohl im Religionsunterricht als in wirtschafts- und sozialkundlichen Fächern — zunehmend Bedeutung zukommen, was wiederum das fächer- und institutionsübergreifende Gespräch zur Voraussetzung hat.

Diese Ansatzpunkte zu verstärken, gemeinsam Plattformen zu finden und das Gespräch in allen Ebenen der Wirtschaft und der Kirche — praktisch Tätige, Interessensvertreter, Bildungsverantwortliche, seelsorgerisch Tätige und viele andere — zu tragen, ist eine Herausforderung, der sich niemand, der es ernst meint, entziehen wird können.

Damit sind — Bescheidenheit ist angebracht — die eingangs erwähnten Probleme noch lange nicht gelöst. Zuversicht und Hoffnung sind jedoch dahingehend angebracht, Mißstände und Schwierigkeiten zu vermindern und positive Entwicklungstendenzen zu verstärken; vor allem auch das Ziel anzustreben, wirkliches Menschsein in Verbindung mit allen Aspekten der Wirtschaft — Arbeit, Gemeinschaft, Konsum — zu ermöglichen. Innere geistige Freiheit, politische und gesellschaftliche Freiheit lassen sich auf die Dauer von der materiellen Grundlage und der richtig verstandenen Freiheit im wirtschaftlichen Geschehen nicht trennen. Zuversicht und Hoffnung müssen Grundprinzipien für Wirtschaft und Kirche sein, gemeinsam die Zukunft zu bewältigen, und es gilt, möglichst viele Menschen in diesen Weg mit einzubinden.

LITERATUR

- Heinrich BADURA
Sinn und Widerspruch der Arbeit
Hermann Böhlau's Nachf., Wien — Köln — Graz 1985
- Walter HEINRICH
Adamitische und kainitische Wirtschaft in
Die Ganzheit von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft
Duncker & Humblot, Berlin 1977
- Thomas J. PETERS / Robert H. WATERMAN jun.
Auf der Suche nach Spitzenleistungen
Verlag moderne Industrie 1984
- Jiří SKOLKA
Die andere Wirtschaft
Signum Verlag, Wien 1985
- Anton TAUSCHER
Wirtschaftsethik
Max Hueber Verlag, München 1957
- Elmar WAIBL
Ökonomie und Ethik
Fromman-Holzboog Verlag,
Stuttgart — Bad Cannstatt 1984

CULTUR politicum

War die Kirche der jahrhundertelangen Träger künstlerischer Tradition, so kommt dem gegenwärtigen Verhältnis von „Kunst und Kirche“ auch heute noch ein besonderer Stellenwert zu.

Dieser Tatsache soll zunächst durch die Wiedergabe der ebenso fundierten wie zeitlos provokanten Ausführungen Msgr. Prof. Otto Mauers Rechnung getragen werden.

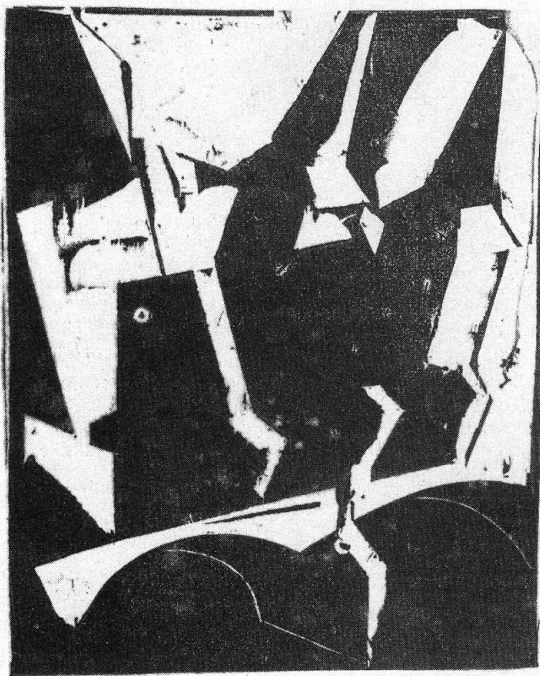
Damit wird aber auch die Grundlage für

einige — im wesentlichen auf die Steiermark bezogene — aktuelle Überlegungen in einem weiteren „politicum“ geschaffen.

Otto Mauer war einer der führenden Geister des österreichischen Katholizismus, Akademiker- und Künstlerseelsorger, Mitbegründer und letzter Chefredakteur der Konfrontationszeitschrift „Wort und Wahrheit“, Leiter der Galerie Nächst St. Stefan. Otto Mauer starb — sechsundsechzigjährig — am 3. Oktober 1973.

Otto Schulmeister schrieb vier Jahre nach dem Tod Otto Mauers: „Die Kirche, der Katholizismus, das intellektuelle Leben haben für dieses Temperament, einen Wegbahner und Unruhestifter, keinen Ersatz gefunden.“ Der folgende (gekürzte) Text entstammt einem Referat, das auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Bayern am 7. Oktober 1972 gehalten wurde. (Quelle: Kunst und Kirche, Heft 4/74, S. 181 ff, Linz 1974).

Heimo Widmann



Original-Holzschnitt-Probdruck von Fritz Panzer „Kirchtürme von Prag“.

„Christentum muß doch etwas Kreatives sein...“

Zur Problematik von Kunst und Kirche als pastorales Problem

von Otto Mauer

Moderne Kunst in christlicher Konfrontation: Die Kirche hat die sogenannte „moderne“ Kunst nicht ausgenutzt. Sie hat eine hilflose Distanz eingenommen, und wenn sie zugegriffen hat, waren es meistens — nicht immer — Fehlgriffe. Die Situation ist deplorabel, wenn man sieht, welch große Künstler niemals kirchlich beauftragt wurden, ein Cézanne zum Beispiel, oder ein Monet. Matisse hat zufällig einen intelligenten Dominikaner gefunden, der sich seiner angenommen hat, den Péro Coutu-

rier. In der Architektur ist es nicht viel anders. Das ist das erste erschütternde Phänomen. Es gibt ganze Tendenzen, die an der Kirche vorbeigegangen sind, der Jugendstil etwa, oder der Kubismus. Das ist nicht verwunderlich: hat man sich doch auf eine sogenannte Kirchenkunst spezialisiert. Man hat gemeint, das sei eine Kunst sui generis. Während die Kirche in anderen Zeiten, man denke an die romanischen, gotischen, Renaissance-Zeiten oder den Barock, ja noch an die

Biedermeierzeit, mit Naivität, allzu großer Naivität, unkritischer Naivität, die jeweilige Kunsttendenz ihrer Zeit übernommen hat, hat man gemeint, es müßte ein Reservat geben, einen Naturschutzpark sozusagen kirchlicher Kunst, und hat herumgerätselt, welche Charakteristika sie eigentlich haben müßte. Man hat auch Enormes vom christlichen Künstler verlangt, oder eben den christlichen Künstler für die christliche Kunst. Der Gegenbeweis ist längst geliefert: die Glasfenster von Léger in Audincourt sind nicht unspiritueller als vieles, was kirchengeringerische Künstler gemacht haben, obwohl er Atheist und eingetragener Kommunist war.

Es ist aber nicht nur das Mißverständnis „kirchlicher“, sondern auch das Mißverständnis „christlicher“ Kunst entstanden. Was soll denn das sein? Christliche Kunst könnte natürlich aufgefaßt werden als eine Kunst mit christlichen Themen, wo man Kreuzigungen, Weihnachtsereignisse sieht, wo man die Heiligen Drei Könige hingeknickt sieht vor der Mutter mit dem Kind. Natürlich, das kann man christliche Kunst nennen, wenn eine christliche Atmosphäre, christliche Pietät da ist. Aber was soll sonst christliche Kunst sein, worin besteht die Christlichkeit in einem Portrait? Hier vielleicht noch eher: Vielleicht ist das eben ein Zeichen von Christlichkeit, von Restchristlichkeit in Goya, wenn er Portraits von Königen und Königinnen geschaffen hat, die geradezu ein jüngstes Gericht und eine Demaskierung darstellen. Vielleicht sind die Propheten in diese Kultur abgewandert, in die Goya, Daurier, Georges Grosz, weil die Kirche keine Propheten mehr geduldet hat, weil die Hierarchie kein Interesse hatte, ihr aeternales unerschütterliches Gebäude durch Propheten, die sich nicht nur nach außen an die böse Welt wenden, vielleicht beunruhigen oder gar erschüttern zu lassen.

So stellt sich also die Frage: was soll denn christliche Kunst sein? Das alles läßt das Epitheton „christlich“ in der Kunst höchst dubios erscheinen, jedenfalls als sehr bedenkenswert im Sinne einer Einschränkung oder einer Reduktion auf einige wenige Indizien.

Das Ganze steht in einem antimodernistischen kirchlichen Abschaltungsprozeß des 19. Jahrhunderts. Es handelt sich auch um ein sich Wehren gegen das Auftauchen von Fragen, die man kaum überdacht hat, oder die man augenblicklich nicht beantworten kann oder niemals wird beantworten können. Das Christentum hatte sich ja einen spießbürgerlichen Sekuritätswahn zugelegt wie die ganze Gesellschaft. Darum hat die Kirche auch nicht den rasanten Wandel in der zeitgenössischen Kunst zur Kenntnis genommen.

Christentum muß doch etwas Kreatives sein

Ich möchte die These aufstellen, daß alle modernen Tendenzen, überhaupt alle Kunsttendenzen, die es jemals gegeben

hat, mit dem Christlichen vereinbar sind und durchaus verwendbar sind, wenn man sie zu kulturellen Zwecken heranziehen will. Die Theologie muß sich etwas umschichten. Bis jetzt hat sie die Welt an vorgefertigten Prinzipien dogmatischer Natur gemessen und hat sich — meiner Ansicht nach — einer doppelten Sünde schuldig gemacht: Sie hat erstens das Geschichtliche überhaupt abgewertet; zweitens hat sie das faktisch Geschichtliche, das Kairotische, das eben jetzt sich Ergiebigkeit und Auftauchende und damit die jeweilige Naivität, immer an vorgefaßten Maßstäben gemessen. Sie hat niemals verstanden, daß hier ein theologischer Topos vorhanden ist. Anders noch bei Paulus: er hat Theologie als Faktologie begriffen.

Die Kirche muß also einen Lernprozeß einschalten. Sie ist allzu gewohnt zu lehren, sehr aprioristisch oft, und sie muß hier empirischer sein und lernen. Man darf nicht vergessen, daß der Symbolismus, die Verweiskraft der Kunst für das Spirituelle längst noch nicht ausgeschöpft ist. Es sind ganze Welten sozusagen, die sich inzwischen ereignet haben, an der Kirche vorbeigegangen, nicht in ihre Scheunen eingebracht worden, sind nicht mehr von Christen durchlebt worden, purgiert worden, kritisiert worden, gesiebt worden, was selbstverständlich notwendig ist.

Kunst ist ja schließlich ein elementarer Lebensbereich des Menschen, nicht nur eine Atmosphäre, eine Zone, sondern eine Äußerung, eine wesentliche Äußerung des Menschen, und sie kann nicht nur zweckhaft betrachtet werden, sozusagen als engagierte Kunst, eben als fromme Kunst, als zweckhaft verwendete Kunst oder irgend etwas dergleichen, als pädagogisch katechetische, anagogische Kunst, sondern sie ist eben Kunst als solche.

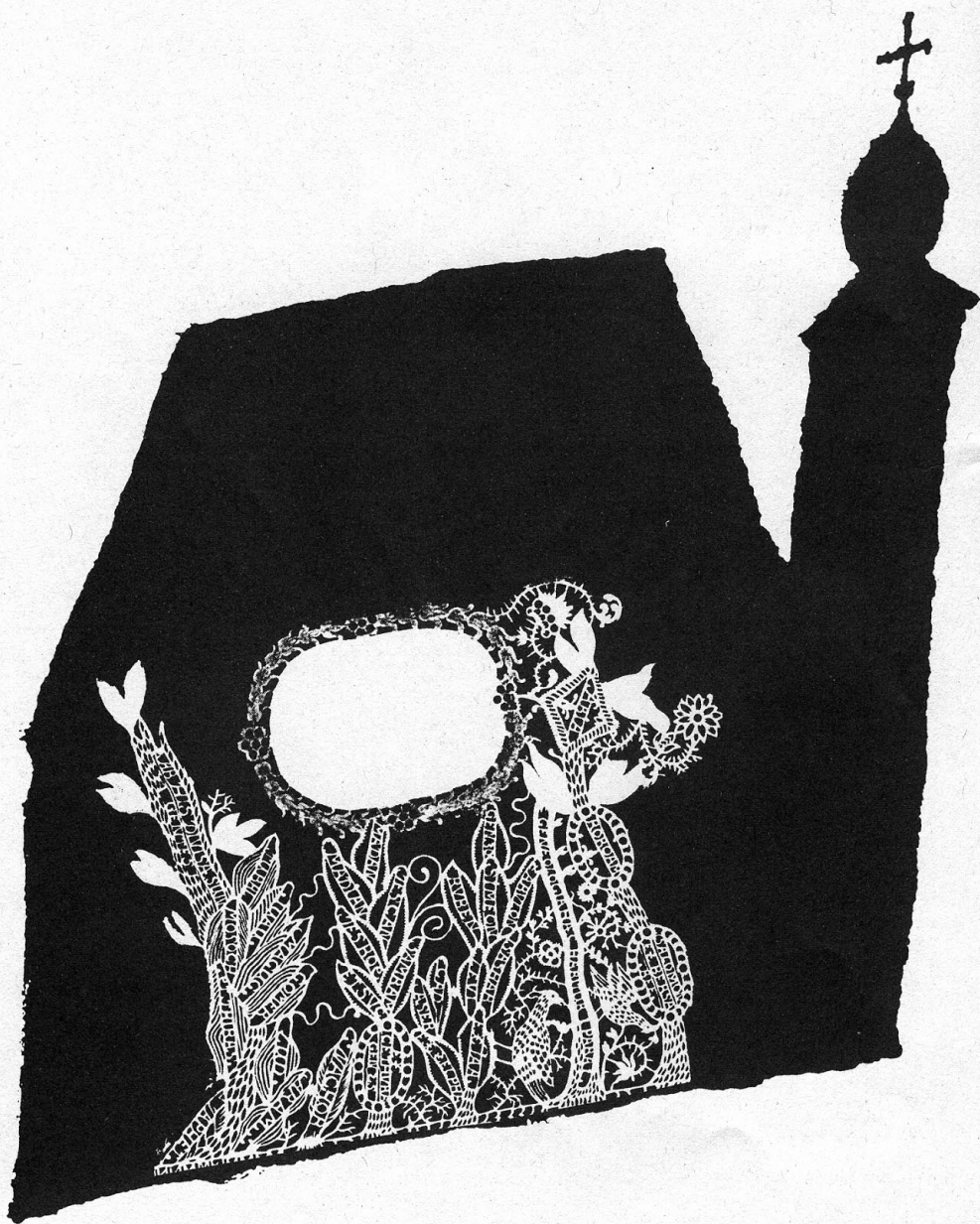
So wie die Kirche seit den Tagen der Apologeten gelernt hat, sich mit der Philosophie zu beschäftigen, so wie sie sich ständig mit dem Politischen auseinandergesetzt hat, wie sie sich ständig mit jenen Wirklichkeiten befaßt hat, die sie betreffen haben im wahrsten Sinne des Wortes, so muß sie sich auch permanent in einen Dialog mit der Kunst einlassen (um dieses allzu oft gebrauchte Wort trotzdem zu gebrauchen). Wenn man den abbricht, kommt man in die böse Isolierung. Das heißt also: nicht nur in Alexandrien bleiben, sondern nach Athen gehen: So wie die Kappadokier es begriffen haben, daß man nach Athen gehen muß, in die Metropole der heidnischen Philosophie, und nicht nur in der Katechetschule in Alexandrien bleiben darf. Theologisieren und Philosophieren kann man nur aufgrund eines unausgesetzten Kontaktes mit der Wissenschaft und Kunst seiner Zeit.

Die heutige Kunst bedarf sogar sehr einer spirituellen Exegese, einer weltanschaulichen Exegese, einer glaubensnormierten Exegese, einer ethnischen Exegese, und es gibt wenige Leute in jedem Lande, in jedem sozusagen christlichen Lande nur ein paar wenige Theologen, die

sich damit beschäftigen. Die Kunst ist ein Tummelplatz von Dämonen, denn sie wühlt den Menschen auf, sie ist etwas Ekstatisches, etwas, was den ganzen Menschen durcheinanderrüttelt, was alle Kräfte des Menschen, den Eros, den Sexus, auch die politischen Leidenschaftens entfesselt. Es ist notwendig, daß es Menschen gibt, die dadurch, daß sie mit der Kunst leben und Kunst schaffen, diese Dämonen in ihrem Werk bändigen.

Gleichzeitig kommt etwas Kreatives in das Christentum. Die Liebe, das größte Gebot, ist doch kreativ. Was Christus am Kreuz sozusagen geleistet hat, war doch ein Exzeß, eine Ekstase der Liebe. Aus dieser Ekstase ist die Kirche hervorgegangen, aus der Seiten- und Herzenswunde Christi, wie die Kirchenväter gesagt haben. Das Christentum kann doch nicht nur in Rechtsverhältnissen bestehen, nicht nur in Untertänigkeit und Oberherrschaft, nicht nur in Gesetzen und Rabbinismus, nicht nur in Dogmatismen, sondern es muß doch eine große, überzeugende, gewinnende Ekstase, ein Außersichgeraten und eine Mobilisierung aller menschlichen spirituellen Kräfte sein, es muß doch etwas Kreatives sein. Die Christen können doch nicht einfach immer nur nein sagen zu dem, was die Welt erdenkt oder erfindet.

Wenn die Kirche sich wieder mit der zeitgenössischen Kunst einläßt, kommt die Charismatik in der Kirche hoch. Also nicht mehr nur der Ordo, nicht mehr nur die Hierarchie, nicht mehr nur das, was sich immer aeternalisieren will und was von Natur aus die Immobilität sucht, sondern das freie Wehen des Geistes, der wie der Wind ist, die Charismatiker, die durch nichts ersetzbar sind, die neuen Glossalolen, die neuen Propheten, die neuen Hermeneuten, die neuen Therapeuten oder wie sie alle heißen. Damit rückt die Kirche näher dem Eschatologischen. Die Eschatologie hat natürlich schon begonnen: „Kinder, es ist die letzte Stunde“, wie Johannes sagt. Sie hat begonnen in dem Augenblick, in dem Christus durch den Geist Gottes die Dämonen austrieb, denn damit ist das Reich Gottes schon gekommen (Mt 12, 28). Aber es ist natürlich ebenso noch ausständig. Wir leben in einer Kirche „in exitu Israel de Aegypto, domus Jacob de populo barbaro“, in einer Kirche, die im Auszug begriffen ist, die sich also immer in einer Durststrecke befindet. Das Bild aber ist vermöge seiner Charismatik, seiner Spiritualität, seiner Kreativität, seiner Symbolität der große Verweis, daß hier nur das Ungenügen, das Bruchstück, der Schleier, das Unzulängliche, das werdende, das Noch-nicht-ist, und daß sich das Eigentliche erst ereignen muß. Ich schließe mit dem Grabspruch des Kardinal Newman: „Ex umbris et imaginibus in veritatem, — aus der Welt der Schatten und der Bilder zur Wahrheit, zur Wirklichkeit.“



safiricum

von Bernd Schmidt

Vom Positiven und vom Negativen

Auf den ersten Blick erscheint das Thema „Kirche & Politik“ wie ein Firmenschild. Es fehlt bloß die Fortsetzung, etwa: Ges.m.b.H. Doch wer würde es schon wagen, so schwergewichtige Begriffe wie Kirche und Politik aufs erste Hinsehen zu beurteilen?! Immerhin verleitet der freylerische Gedanke zu ein paar begleitenden Ideenfünkchen. So dächte ich mir zum Beispiel die beiden wohlbeleibten Herren in dunklen Gehrocken; der eine einen Zwickler auf der Nase, wie sie über die Bücher gebeugt sitzen. Samstags durchwandern sie gemeinsam das Comptoir, nicken freundlich-distanziert untertänig grüßenden Gehilfen zu, befühlen die Ware, oder runzeln, an schweren Schreibtischen zigarrenpaffend sich in lederne Ohrenstühle vergrabend, ob der Börsenkurse die Stirnen. Einmal in der Woche besuchen sie gemeinsam den Club, zur Weihnacht tauschen sie bei Höflichkeitsbesuchen kleine Geschenke edler Qualität aus, und hören weg, wenn ihre Frauen über Mode parlieren. Ich weiß nicht, ob dieses Bild, das sich mir bei der Nennung des Begriffspaares Kirche und Politik aufdrängt, positiv oder negativ zu beurteilen ist. Vor seiner scheinbaren Harmlosigkeit und Biederkeit ergreift mich dennoch ein leises Frösteln.

Natürlich wäre auch eine andere Assoziation möglich. Zwei düstere Figuren, jede eingespant in Panzer und Rüstung, bedeckt mit Wappen und Parolen, die Speerspitzen aufeinander gerichtet. Ergriffen vom Investiturstreit, getragen von — angeblich — heiligem Zorn beziehungsweise von — ebenso angeblich — ewigem Machtauftrag.

Das wäre nach unserem heutigen Einschätzen nun doch eher negativ. Negativ wie manches Denkerwort. Etwa: „Was die Kirche nicht verhindern kann, das segnet sie“, wie

es Kurt Tucholsky formulierte. Oder: „Politik ist die Kunst, die Leute daran zu hindern, sich um das zu kümmern, was sie angeht“, wie Paul Valéry sagt.

Doch läßt sich das Bild vom Pärchen Kirche & Staat nicht so leicht verschrecken, auch wenn Definitionen und Anmerkungen, beide betreffend, separiert voneinander Revue passieren („Kirche — Gebäude, wo der Pfarrer Gott verehrt und die Frauen den Pfarrer“, Ambrose Bierce; „Politiker benutzen die Zukunft als Sprungbrett für die Gegenwart“, Zarko Petan). Allzu deutlich hat sich die Silhouette des engumschlungen lustwandelnden Zweiergespanns eingepreßt.

Eng mit diesem und dem eingangs erwähnten Bild vom gemeinsamen Geschäft mögen wohl auch Assoziationen gemeinsamer Erscheinungsformen verbunden sein. Nicht von ungefähr hat sich die Kirche die Vorsilbe Amts- angeeignet; die Suada manches Politikers hinwiederum könnte eins zu eins von der Kanzel übernommen worden sein. (Wie ja überhaupt die Fernseh-Pressestunde von manchem Polit-Gast als sonntägliches Predigt-Surrogat mißverstanden wird...). Das heißt: Irgendwie vervetert sehen die beiden Institutionen (nicht die Ideologien — oder: nicht unbedingt) immerhin aus.

Und da wird die Sache kritisch. Wenn nämlich der Habitus zur gemeinsamen Uniform wird, wenn das eine das andere bis zum Exzeß unterstützt, so zum Exekutor des „Partners“ werdend.

Kirche und Politik können schwerlich auf entsprechende Distanz gebracht werden, wenn sich diese des Formen- und Symbolkatalogs jener bedient; wenn sich zum anderen jene zur Imitatorin letzterer degradiert, indem sie sich, aufs Ewige hin eingerichtet, zur Weltverbesserung gedrängt sieht. Beide zusammen schließlich, also Kirche und Politik, vermögen den ihnen zwangsläufig Ausgelieferten gewaltig in die Mangel zu nehmen. Der ideell wie finanziell ausgequetschten Zitrone gleich runzelt das Insti-

tutionenopfer nicht selten in einer dunklen Ecke vor sich hin; unerhellte vom Jenseitsversprechen, übersehen wohl auch von weltseitiger Wohlfahrt.

Wohlfahrt ist übrigens ein gutes Stichwort. Denn auch darin ist sich die Firma Kirche & Politik (nehmen wir das Bild in Gottes und des Präsidenten Namen wieder auf!) an ihrer Spitze einig: Die Freiheit habe wohl zu fahren, für des unfreien Restmenschen Sicherheit (was immer Bedrohliches dies auch heißen mag!) werde „höherenorts“ schon gesorgt. Ähnlich den Vögeln des Himmels, die weder säten noch ernteten, möge man sich getrost in diverse Allmächte begeben, wo einem schon, eingelullt in süße Parolen, Gutes geschehe nach höherem Plan. In der Tat, nicht nur säen und ernten, auch hören und sehen können einem dabei vergehen.

Ich meine, es ist die institutionalisierte Überheblichkeit, die aus — zumindest teilweise — positiven Einrichtungen negative macht. Hoffnung wird so durch Hoffart zu nichts, Mut in Armut gekehrt, noch dazu, während allenthalben Demut gepredigt wird.

Fassen wir zusammen: Den Repräsentanten der Kirche wie der Politik wäre zu raten, sich als das zu sehen, was ihre Aufgabe sein muß — Diener einer Sache zu sein (und dadurch wohl oder übel: Diener derer, denen diese Sache zu dienen vorgibt).

Unsere Aufgabe bestünde dann darin, die Administranten von Kirche und Politik und ihre Taten an den vorgegebenen und als wünschenswert deklarierten Zielen und Vorstellungen zu messen.

Würde die Waage zu deren Ungunsten ausschlagen, wäre dies in der Tat negativ für die vormals so Gewaltigen.

Uns freilich fiele die dankbare Pflicht zu, Gnade vor Recht ergehen zu lassen.

Und das wäre, finde ich, äußerst positiv — für uns.

Hans Maier:

**„Die Deutschen und die Freiheit“
Perspektiven der Nachkriegszeit
dtv zeitgeschichte**

Neugierige Offenheit, genaue Beobachtung und leise Ironie zeichnen den engagierten Christen und Politiker Hans Maier genauso aus wie Versöhnlichkeit im Urteil: In seinen Ansichten über die Deutschen und die Freiheit zieht er Bilanz über ein aktuelles Kapitel Geschichte, zeigt die Entwicklung und Situation des jungen deutschen Staates, von dem er in den hier vereinigten Reden und Aufsätzen ein persönliches Zeitbild entwirft. Es genügt Maier aber nicht, nur nach der Rolle und Position des Staates in Wirtschaft und Politik zu fragen, er beschäftigt sich auch mit den Freiheitstraditionen in Kunst, Literatur und Publizistik. Überdies wird deutlich, daß es nicht ausreicht, nur den eigenen Staat zu betrachten: Erst durch den Blick nach außen zu den Nachbarländern kann die Situation des heutigen Deutschland realistisch reflektiert werden.

Karl-Heinz Ruffmann:

**„Fragen an die sowjetische Geschichte“
Von Lenin bis Gorbatschow
Originalausgabe
dtv zeitgeschichte**

Siebzig Jahre sowjetische Geschichte von Lenin bis Gorbatschow im konzentrierten Überblick. Sind Revolutionen die Lokomotiven des Fortschritts? Ist das sowjetische System wandlungsfähig? Welche Bedeutung haben die großen Persönlichkeiten der Sowjetunion? Hat dieses Land eine „eigene“ Außenpolitik? Wie wichtig ist die Ideologie für die Sowjetunion?

Karl-Heinz Ruffmann, seit Jahrzehnten einer der hervorragenden Kenner der sowjetischen Geschichte, geht diesen Fragen nach.

Seweryn Bialer:

**„Der hohle Riese“
Die Sowjetunion zwischen Anspruch
und Wirklichkeit
ECON-Verlag**

Die Vorgänge in der Sowjetunion lassen die Welt aufhorchen. Wird es Parteichef Michail Gorbatschow gelingen, seinen Reformkurs fortzusetzen? Welche Folgen werden Änderungen für den Ostblock, für die westliche Welt haben?

Die neue Situation hat zahllose Kremlastrologen auf den Plan gerufen, die über die Zukunft des Riesenreiches im Osten rätseln.

Das Buch des Politologen Bialer ist nicht nur mit großer Sachkenntnis, sondern auch mit Einfühlbarkeit in die Mentalität der Sowjetmenschen und ihrer politischen Führer geschrieben.

Manès Sperber:

**„Die Tyranis und andere Essays aus
der Zeit der Verachtung“
Herausgegeben von Jenka Sperber
Originalausgabe**

Herausragendes Dokument von Sperbers Absage an die Gewaltherrschaft ist seine „Analyse der Tyranis“, die bereits im Jahre 1937 eine grundlegende Theorie des Totalitarismus versuchte. Wie schwierig der Ablösungsprozeß aber im einzelnen, in der konkreten tagespolitischen Auseinandersetzung mit der Bedrohung durch Hitler tatsächlich verlief, bezeugen die im vorliegenden Band erstmalig nachgedruckten Aufsätze, die Manès Sperber 1939/40 für die Emigrantenzeitschrift „Die Zukunft“ verfaßte. Es sind Schriften eines lebendigen, kämpferischen, heimatlos gewordenen Sozialisten, die viele Diskussionen der Nachkriegsjahre vorwegnehmen.

Marion Yorck von Wartenburg:

**„Die Stärke der Stille“
Erzählungen eines Lebens aus dem
deutschen Widerstand
Aufgeschrieben von Claudia Schmöl-
ders
dtv biographie**

Marion Gräfin Yorck von Wartenburg, nach dem Zweiten Weltkrieg Richter in Berlin, heiratete 1930 Peter Yorck von Wartenburg, den späteren Widerstandskämpfer gegen Hitler und Mitbegründer des „Kreisauer Kreises“. Nach dem Mißlingen des Attentats am 20. Juli 1944 wird sie zur Gefangenen in Hitlers Gefängnissen. In wochenlanger Einzelhaft erlebt sie hier die „Stärke der Stille“, die engste Verbundenheit mit ihrem inzwischen hingerichteten Mann und das Bewußtsein der eigenen Kraft, aus der sich dann ihr ganzes weiteres Leben speist.

**„Die Amerikanische Revolution und
die Verfassung 1754—1791“**

**Herausgegeben von Angela und Willi
Paul Adams
Originalausgabe**

Eine umfassende Sammlung von zum Teil erstmals ins Deutsche übersetzten Quellentexten zur Entstehung der Vereinigten Staaten von Amerika: Tagebuchnotizen, Briefe und Reden der Gründer, Zeitungsberichte, Kongreßprotokolle, Reisebeschreibungen, Memoiren, Aufrufe, Proklamationen und der vollständige, heute gültige Text der amerikanischen Verfassung.

Bernd-Jürgen Wendt:

**„Großdeutschland“
Außenpolitik und Kriegsvorbereitung
des Hitler-Regimes**

Die nationalsozialistische Außenpolitik zielte seit 1933 auf die Vergrößerung des deutschen „Lebensraumes“ in Europa. Dies sollte notfalls auch mit Gewalt ge-

schehen, wenn Drohungen und Erpressungen gegen andere Mächte nicht mehr weiterführen würden. Die Außenpolitik des Dritten Reiches war von Anfang an Kriegspolitik im Sinne einer kriegerischen Risikopolitik und der Vorbereitung auf den Fall des militärischen Konfliktes, selbst wenn sie in den ersten Jahren des Regimes primär eine andere Funktion hatte: den Umschwung zum Diktatorstaat und die „Wiederwehrhaftmachung“ im Innern durch Friedensparolen nach außen gegen fremde Interventionen wirkungsvoll „abzuschirmen“.

Diese Darstellung bezieht deshalb unter dem Aspekt der Kriegsvorbereitung das breite Spektrum von „Wehrwirtschaft“ und Außenwirtschaft, von militärischer Aufrüstung und Strategie, von Ideologie und Massenmobilisierung, Herrschaftsgefüge und staatlichen Entscheidungsstrukturen, personaler Verantwortung und überpersonalen Zwangslagen in die Betrachtung mit ein.

James Wessel / Mort Hantmann:

**„Getreidefieber“
US-Agrarkrise, Konzernmacht und
Welternährung
dtv sachbuch**

Eine Untersuchung der Zusammenhänge zwischen amerikanischer Landwirtschaft, Konzernmacht und Welternährung. Wo liegen die Ursachen der paradoxen Situation, daß sich trotz steigender Überschüsse die wirtschaftliche Lage der Farmer nicht verbessert und die Agrarexporte die Hungernden in der Welt nicht erreichen?

Rudolf von Thadden:

**„Fragen an Preußen“
Zur Geschichte eines aufgehobenen
Staates
dtv geschichte**

Wann, wo, wer, was und wie war Preußen, und was gilt davon heute noch? In sieben Fragen an Preußen setzt sich Rudolf von Thadden kritisch und differenziert mit dem heutigen Stellenwert des preußischen Staates auseinander und zeigt die Bedeutung Preußens für die deutsche Geschichte und deren Verlauf.

Stefan Lorant:

**„Ich war Hitlers Gefangener“
Ein Tagebuch 1933
dtv zeitgeschichte**

März 1933: Nach der Machtübernahme wurde in ganz Deutschland die Presse gleichgeschaltet. So auch in Bayern. Führende Redakteure wurden verhaftet, darunter auch Stefan Lorant, der Chefredakteur der „Münchner Illustrierten Presse“. Lorant mußte sechseinhalb Monate in Haft bleiben, zunächst im Polizeigefängnis in der Ettstraße, dann in Stadelheim.

In dieser Zeit führte er ein Tagebuch, das

er 1935, nun in der Emigration, in englischer Sprache veröffentlichte. Es war eines der ersten Zeugnisse, das im Ausland die erschreckenden Anfänge des Dritten Reiches dokumentierte, und es gibt auch heute noch einen authentischen Einblick in die Mechanismen des Naziregimes. Welche Bedeutung diesem frühen Bericht aus einem nationalsozialistischen Gefängnis zukam, zeigt das Echo, das er in England fand: Mehr als eine halbe Million Exemplare wurden verkauft.

„Die Sowjetunion — Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod“

Band 2: Wirtschaft und Gesellschaft
Herausgegeben von Helmut Altrichter und Heiko Haumann

Dieser Band dokumentiert die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in

Sowjetrußland von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod. Er beschreibt den Umsturz der Ordnung 1917 und die Schwierigkeiten des Neubeginns, die utopischen Pläne der Bürgerkriegszeit und ihr Scheitern, den Beginn der Neuen Ökonomischen Politik (1921) und ihre Entwicklungsprobleme, den Entschluß zur forcierten Industrialisierung und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft am Ende des Jahrzehnts, die Ausbildung und Festigung des stalinistischen Systems, seine Folgen und die schweren Jahre des Zweiten Weltkrieges, schließlich — als Ausblick — die Zeit danach, die innere Entwicklung Sowjetrußlands unter den Bedingungen des Kalten Krieges.

Wie beim ersten Band wurde ein Großteil der Dokumente neu aus dem Russischen

übersetzt, und wie dort, so liegt auch hier das Schwergewicht auf dem europäischen Teil der Sowjetunion.

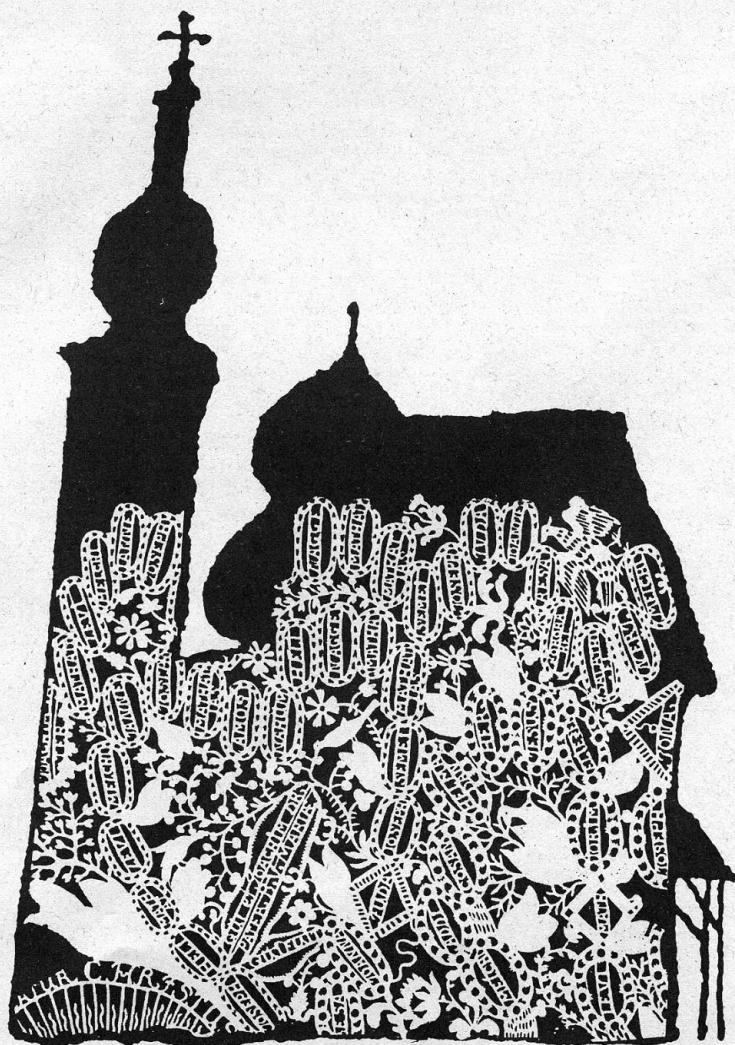
New dimensions in Bible study.

We're celebrating over 3 years of service as the leading Bible Vendor for all THIS WORLD's people. In addition to our large stock of the P.V. or P.V. Bible for just \$19.95, we now have a new Bible for you to read in English. You can even have it in your own language. Contact us now!

Our new INSTANT ACCESS Bible will save you time and money. It's the only Bible that will let you search for words and phrases in seconds. It's the only Bible that will let you search for words and phrases in seconds. It's the only Bible that will let you search for words and phrases in seconds.

Bible Research Systems (512) 251-7541
2243 Wells Branch Parkway, #304, Austin, Texas 78728

Der Computer macht's möglich!



CHRONIK

1. August 1987

Der sozialistische Freiheitskämpfer Joseph Hinds hat Bundespräsident Waldheim beim Wiener SP-Landesparteitag einen „hinterhältigen Lügner“ genannt. Waldheim wird Hinds nicht verkleiden. Wegen Verspottung des Ex-SP-Nationalrates Gradenegger erhielt der Kärntner Landeshauptmann Wagner 20.000 Schilling Geldstrafe.

Universitätsstreit um das Aufführungsverbot der Tabori-Inszenierung des Franz-Schmidt-Oratoriums „Das Buch mit sieben Siegeln“ in der Salzburger Universitätskirche. VP-Generalsekretär Graff meldet sich unqualifiziert zu Wort und empfiehlt, Tabori für seine Aufführung eine öffentliche Bedürfnisanstalt zur Verfügung zu stellen. Busek entschuldigt sich für seinen Parteikollegen.

Elf Zeugen im Ehrenbeleidigungsprozess Sinowatz gegen den Journalisten und Wiener Gemeinderat Worm, elfmal „Nein“ auf die Frage, ob der SP-Chef schon im Oktober 1985 von „Waldheims brauner Vergangenheit“ gesprochen habe. Der Ex-Kabinettschef von Sinowatz, Hans Pusch, wird vorgeladen. Er antwortet ebenfalls mit Nein.

6. August 1987

Der Semmering-Basistunnel und der zweigleisige Ausbau der Schöberalpstraße werden bis 1992 realisiert.

In Graz-Thondorf wird das letzte Puch-Fahrrad ausgeliefert.

Die Pro-Kopf-Verschuldung des Österreichers beträgt nunmehr 82.000 Schilling.

8. August 1987

Prälät Dr. Leopold Ungar feiert seinen 75. Geburtstag.

14 Südtiroler werden verhaftet, weil sie bei der KSZE-Konferenz in Wien für das Selbstbestimmungsrecht demonstrierten. Die italienische Executive beruft sich auf ein faschistisches Gesetz, wonach im Ausland nicht gegen Italien agitiert werden darf.

12. August 1987

Die Zahl der Gastarbeiter steigt: In Österreich sind es derzeit 151.839, in der Steiermark 5.564 (plus 95).

Jeder zweite Österreicher ist mit der ärztlichen Versorgung unzufrieden. Besondere Kritik an langen Wartezeiten und zu geringem Zeitaufwand der Ärzte für ihre Patienten.

13. August 1987

Das Waldheim-Weißbuch liegt vor.

17. August 1987

Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess im Alter von 93 Jahren gestorben.

20. August 1987

Aufsehen erregt die Ernennung Henry A. Grunwalds zum neuen US-Botschafter in Österreich. Grunwald ist gebürtiger Wiener und jüdischer Abstammung.

26. August 1987

Der ehemalige Generaldirektor der VOEST-Alpine, Heribert Alfalter, stirbt an den Folgen eines Herzinfarktes.

1. September 1987

Die Bundesbahnen nehmen heuer um 1,1 Milliarden Schilling weniger ein als geplant.

„Wenn's darauf ankommt, werden wir uns sicher zu wehren wissen“, gibt sich der neue VOEST-Zentralbetriebsratsobmann Erhard Koppler (48) kämpferisch.

Das zuletzt heftig umstrittene Smogalarmgesetz wird bei weitem länger als sich warten lassen als ursprünglich geplant. Es wird zwar noch im Herbst vom Parlament beschlossen, aber erst Mitte Juni 1989 wirksam werden. Danach wird den Ländern noch eine weitere versteckte Schonfrist von einem Jahr — also bis Mitte 1990 — eingeräumt.

2. September 1987

Ein Ladenschluß-Gipfel zwischen Dalling, Graf, Sallinger und Bispel endet mit positivem Durchbruch: Nun ist auch die Gewerkschaft für einen langen Einkaufsabend probeweise für ein Jahr.

Junge ÖVP-Graz: Landessekretär Christian Buchmann folgt Reinhard Zoffel als Obmann, der die Junge Union Hessen beim Wahlkampf unterstützt.

3. September 1987

Die OMV geht ab 3. Dezember mit Aktien an die Wiener Börse, 60 Prozent sollen in Österreich angeboten werden. Laut einer Umfrage sind 700.000 Österreicher an diesen Aktien interessiert.

Die SPÖ stockt den 56-köpfigen Parteivorstand um 9 Frauen aus jedem Bundesland auf. Damit ist bei 65 Mitgliedern mit 16 Frauen die Quotenregelung erfüllt.

Die Österreicher vertreten auch beim Sparkurs der Regierung das Floriani-Prinzip. Laut einer Untersuchung sind sie zwar fürs Sparen, aber möglichst dort, wo man selbst nicht betroffen ist.

7. September 1987

Neuerungen an Österreichischen Schulen: Unter anderem gibt es an den Hauptschulen mehr Partnerschaft. Buben wie Mädchen können zwischen Häkelnadel und Lötkolben wählen. Das weibliche Geschlecht verliert seine Dominanz bei den „Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe“. In den Volksschulen soll die Rechtschreibung verbessert werden.

Der Obmann der steirischen FPÖ, Rader, wird in einem Parteiausschlußverfahren freigesprochen. Rader bezieht neben seinem Landtagsabgeordnetenlohn noch eine Pension des Magistrats Graz. In der Begründung heißt es, daß er damit nicht gegen Parteibeschlüsse verstößt.

8. September 1987

Nur noch zwei Dienstwagen des Landes tragen ein zweistelliges Kennzeichen. Auf Antrag des Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer, werden alle anderen der Polizeidirektion zurückgegeben. Krainer hat noch das Kennzeichen G 1, welches nur bei besonderen Anlässen zu sehen ist. Wesentlich „grazischer“ fährt ein Amerikaner in Virginia. Er schenkte seiner Frau aus Graz das Kennzeichen „Graz A“.

14. September 1987

Agrokommerz-Finanzskandal erschüttert Jugoslawien: Vizepräsident Podcerac, der nächsten Jahr turnusmäßig Staatspräsident werden sollte, ist zurückgetreten. 42 Parteimitglieder werden ausgeschlossen.

Der österreichische Botschafter in Tel Aviv, Otto Pleinert, bleibt vorerst weiter auf seinem Posten.

15. September 1987

Salzburg gegen den Draken: Bürgermeister Reschen (SPÖ), ÖVP-Neureiter und Bürgerliste lehnen Draken-Landung in Salzburg ab, nur die FPÖ ist dafür.

Wien hat die aufgeblähteste Landesverwaltung mit 39 Landesbeamten pro 1000 Einwohner, die Steiermark ist mit 17 sparsam. Vorarlberg braucht mit 12 Beamten am wenigsten.

Die VOEST-Waffen-Tochter Noricum plant eine Waffenfabrik im Iran. Pressesprecher Orasch erklärt, die Errichtung dieser Fabrik sei keine gesetzwidrige Aktivität. Das Innenministerium demt eine Bewilligung.

Dr. Stephan Koren (68) bleibt weitere fünf Jahre Nationalbankpräsident.

16. September 1987

Die mögliche Anschaffung von Raketen durch das österreichische Bundesheer sei „zumindest befremdlich“ und entspreche „offenkundig nicht dem Geist der Zeit“. Mit dieser Formulierung hat die Moskauer Regierungszeitung „Iswestija“ erstmals zum Thema Panzerabwehrraketenkauf Stellung genommen.

Nachdrücklich hat Belgiens Außenminister Leo Tindemans die österreichischen Bemühungen einer EG-Annäherung begrüßt: „Sollte ein Aufnahmearrest gestellt werden, würde es für Österreich keine Hindernisse geben, wie sie für andere Bewerber existieren“.

17. September 1987

In der VOEST-Alpine AG stehen — unabhängig von der Waffenaffäre — die Zeichen auf Sturm: Der Vorstand präsentiert dem Zentralbetriebsrat Pläne zur Reduzierung des Personalaufwandes. Dieser lehnt vorerst alle Verhandlungen darüber ab.

19. September 1987

Der Wiener Vizebürgermeister Erhard Busek hat seine grundsätzliche Bereitschaft angedeutet, für die Funktion des Bundesparteiobermannes zur Verfügung zu stehen.

21. September 1987

Bundeskanzler Vranitzky fährt zu einem viertägigen Besuch nach Polen. Er ist damit der erste westliche Regierungschef, der seit Verhängung des Kriegesrechtes im Jahre 1981, in dieses Land fährt.

22. September 1987

„Das kommt nicht in Frage, es bleibt bei den Draken“. So reagierte Verteidigungsminister Lichal auf die Überlegungen, die bereits gekauften Draken gar nicht erst nach Österreich zu überstellen und gleich auf die nächste Generation von Saab-Abfangjägern auszuapern.

VP-Clubchef König kehrt mit Klubkollegen von einer privaten Südafrikareise zurück und entfacht mit unqualifizierten Äußerungen über Apartheid und die katholische Kirche Südafrikas einen außen- und innenpolitischen Wirbel.

24. September 1987

Die Süddeutsche Zeitung schreibt: „Die ÖVP bebrütet ein Machtvakuum. Mock scheint vom Drang nach internationaler Allgegenwart befallen zu sein und wird „Obmann ohne Partei“ genannt“.

Seit einigen Tagen erfährt man in der „Neuen Zürcher Zeitung“ auch das Wetter und die Temperaturen in Graz als eine von 56 Weltstädten.

Der international tätige technische Sachverständige Dr. Karl Maurer, Professor für Werkstoffprüfung an der Montanuni Leoben zu der Garantie von Saab-Scania, daß die Draken noch 1000 Flugstunden erleben: „Das ist etwa so, als würde ich Ihnen garantieren, daß Sie 100 Jahre alt werden. Viel Glück“.

Die deutsche Bundeswehr und die französische Armee halten Manöver ab, die davon ausgehen, daß ein Angreifer durch Österreich nach Bayern hineinstößt. Ob nun als Manöverannahme tatsächlich gilt, daß die NATO auf österreichischem Boden einen Atomschlag auslöst, ist ungeklärt.

Trotz des Verzehrs auf den Neubau der Elektrolyse ist der Standort Ranshofen der Austria Metall nicht gefährdet. Die Beteiligung an Elektrolysen in Venezuela und Australien sichert ab 1992 die Rohstoffversorgung auch mit hochreinem Aluminium. So werden auch die Arbeitsplätze erhalten bleiben können.

28. September 1987

Clubobmann Srenitz folgt am 24. November Gerhard Heidinger als Spitalslandesrat. Landesparteisekretär Trampusch wird zum geschäftsführenden Klubobmann gewählt.

29. September 1987

Chemie Linz: Der Aufsichtsrat beschließt die Aggregation der Bereiche Agrarchemie und Spezialchemie gegen den Willen der Belegschaftsvertreter. Der Vorjahresverlust von 670 Millionen Schilling wird sich heuer auf rund eine Milliarde erhöhen.

Bundeskanzler Vranitzky trifft zu einem zweitägigen Besuch in Ungarn ein. Im Rahmen dieses Besuches gibt es eine Absichtserklärung, die Weltausstellung 1995 in Wien und Budapest durchzuführen.

30. September 1987

Neun steirische Abgeordnete (Taus fehlte, Heinzinger verließ den Saal) und die Grünen bringen Mißtrauensanträge gegen Verteidigungsminister Lichal in der Draken-Frage ein.

AUTOREN DIESER NUMMER

Dieses Heft ist eine Gemeinschaftsproduktion der Bildungshäuser „Mariatrost“ und „Josef-Krainer-Haus“

Redaktion dieser Nummer:

Ludwig KAPFER

Franz KÜBERL

Karl MITTLINGER

Hans SEMMLER

Grafische Gestaltung und Illustration:

Georg SCHMID

culturpoliticum: Heimo WIDTMANN

satiricum: Bernd SCHMIDT

chronik: Reinhard HRASTNIK

Dolores BAUER
Stadtrat der Stadt Wien

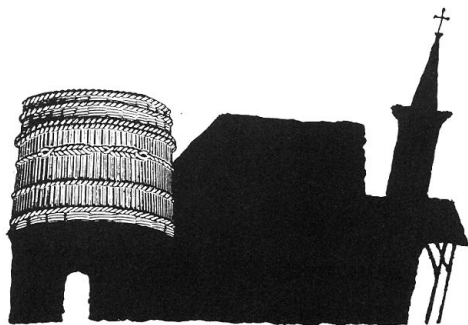
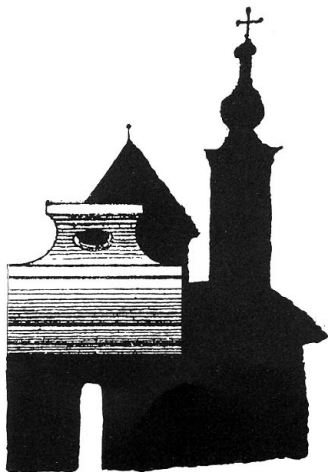
Dr. Gerhard BEERMANN
Evangelischer Pfarrer im Schuldienst

Dr. Norbert BLÜM
Bundesminister, Bonn (BRD)

Dr. Erhard BUSEK
Vizebürgermeister der Stadt Wien

Heinz HARRICH
Sekretär der Katholischen Männerbewegung, Wien

Mag. Peter HÄRTEL
Geschäftsführer der Volkswirtschaftlichen
Gesellschaft



Reinhard HRASTNIK
Journalist

Dr. Erich KITZMÜLLER
Freier Publizist und Sozialwissenschaftler

Mag. Wolfgang KOLB
Zivildienler, Mitarbeiter an der evangelischen
Pfarrgemeinde Heilandskirche

Dr. Franz KÖNIG
Kardinal

Mag. Leopold NEUHOLD
Universitätsassistent am Institut für Ethik und
Sozialwissenschaft an der Universität Graz

Dr. Hans PABST
Lehrer für kath. Religion an AHS; Vorsitzender
der Solidaritätsgruppe engagierter Christen (SOG)

Univ.-Prof. Dr. Herbert SCHAMBECK
ÖVP-Abgeordneter zum Bundesrat, Stellvertre-
tender Bundesratsvorsitzender, Wien

Bernd SCHMIDT
Schriftsteller

Dr. Grete SCHURZ
Frauenbeauftragte der Stadt Graz

Ing. Hans SEMMLER
Chemiker an der Universität Graz

Univ.-Prof. Dr. Józef TISCHNER
Institut für Philosophie, Universität Krakau,
Polen

Dr. Peter ULRAM
Meinungsforscher

Univ.-Doz. Dr. Heimo WIDTMANN
Lehrbeauftragter an der Universität Graz